Nr. 114. 34. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando Vierteljährl. 3,90 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,30 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Freitag, den 27. April 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Die Gewerkschaften an die Rüstungsarbeiter.

Arbeitseinstellungen sind zu vermeiden!

Ein Mahnruf der Gewerkschaften

Die Zentralleitungen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände haben dem Chef des Kriegsamts, General v. Gröner, folgendes Antwortschreiben übermittelt:

An den
Präsidenten des Kriegsamts
Herrn Generalleutnant v. Gröner, Exzellenz,
Berlin.

Berlin, den 26. April 1917.

Ew. Exzellenz

danken wir für die Uebermittlung des Schreibens des Herrn Generalfeldmarschalls von Hindenburg. **Mit den leitenden Gedanken der Darlegungen erklären wir uns völlig einverstanden.**

Arbeitseinstellungen in der gegenwärtigen Stunde sind zu vermeiden; Erhaltung und Sicherheit des Reiches stehen an erster Stelle. Nach allen Kundgebungen der Gegner Deutschlands unterliegt es für politisch reife Menschen keinem Zweifel, daß nicht eine Verminderung, sondern nur eine Erhöhung der Widerstandskraft Deutschlands uns einen baldigen Frieden bringen kann. Wo diese politische Erkenntnis nicht vorhanden ist, sollte zum mindesten das Mitgefühl mit unseren an den Fronten ihr Leben einsetzenden Söhnen und Brüdern die Arbeitnehmerschaft von Handlungen fernhalten, die geeignet sind, die Kraft der Kämpfenden zu lähmen.

Seit Jahresfrist haben England und Frankreich, unterstützt von den Vereinigten Staaten Nordamerikas, ungeheure Massen von Geschützen und Munition an der französisch-belgischen Front aufgehäuft. Das Ungeheuerlichste, was Menschenhirn sich auszumalen vermag, ist über unsere dort kämpfenden Volksgenossen hereingebrochen. **Nur ein herzloser, gewissenloser Mensch kann dazu raten, diesen die erforderlichen Verteidigungsmittel zu versagen.**

Diese Auffassung beherrscht nach unserer innersten Ueberzeugung auch die Bevölkerungskreise, die durch unsere Organisationen vertreten werden. Unsererseits wird alles geschehen, sie nicht nur zu erhalten, sondern zu stärken und zu erweitern.

Von unverantwortlichen Leuten ist, glücklicherweise mit ganz vereinzeltem Erfolg versucht worden, die Arbeitseinstellungen der Waffen- und Munitionsarbeiter politischen Zwecken dienstbar zu machen. Der Wunsch nach baldiger Beendigung des blutigen Völkerringens ist, ebenso wie in anderen kriegführenden Ländern, auch im deutschen Volke groß, er ist menschlich erklärlich und verständlich. Das Bestreben, ein Mittel zu finden, die Beendigung des Krieges herbeizuführen, beherrscht auch die arbeitende Bevölkerung. Bedauerlich ist, daß einige, wenn auch unbedeutende Kreise, dieses Mittel in einer Verweigerung der Herstellung der zur Landesverteidigung erforderlichen Waffen erblicken.

Solche Ideen hätten jedoch die beklagten Arbeitseinstellungen in dem eingetretenen Umfange nicht herbeiführen können, wenn nicht bestimmte Voraussetzungen für die

Mißstimmung in der arbeitenden Bevölkerung

vorhanden wären. Die wesentlichste Ursache, die die Stimmung für die Arbeitsniederlegungen schuf, ist in den unzureichenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährungspolitik zu erblicken. Den Arbeitern und Angestellten ist bekannt und die Tatsache läßt sich nicht bestreiten, daß immer noch verhältnismäßig große Mengen wichtiger Nahrungsmittel außerhalb der Rationierung, jedoch nur zu Preisen, die von der erwerbstätigen Bevölkerung nicht gezahlt werden können, erhältlich sind. Diese Nahrungsmittel werden gerade vielfach von Kreisen konsumiert, die nicht ihre volle Arbeitskraft in den Dienst der Landesverteidigung zu stellen genötigt sind. Das Verlangen Maßnahmen zu restloser Erfassung und gerechter Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel schleunigst herbeizuführen, hat im wesentlichen den Anlaß zu den Arbeitseinstellungen gegeben. Deshalb erwarten wir bestimmt, daß die in Aussicht gestellten und zum Teil in Angriff genommenen Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung der Städte und Industriegebiete mit der nötigen Schärfe und Rücksichtslosigkeit und dem dann zu erwartenden Erfolge durchgeführt werden. Damit würde der wesentlichste Grund zur Beunruhigung der arbeitenden Bevölkerung genommen sein.

Des weiteren muß alles vermieden werden, was geeignet ist, bei den Arbeitern und Angestellten das Gefühl aufkommen zu lassen, daß sie nicht die volle Beachtung und Wertschätzung ihrer Leistungen finden. Unzureichende Entlohnung, die Weigerung vieler Unternehmer, die Arbeitsleistung unter Berücksichtigung der für den Lebensunterhalt erforderlichen Aufwendungen zu bezahlen, unnötige Härten bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes, die vielfachen Versuche, die durch das Gesetz der Arbeitnehmerschaft zustehenden Rechte einzuschränken oder zu beseitigen, sind geeignet, eine große Mißstimmung und steten Konfliktsstoff zu erzeugen. Leider haben viele Unternehmer, vornehmlich in der Großindustrie, auch während der langen Dauer des Krieges, sich nicht von den Methoden der Behandlung der Arbeitnehmer freigemacht, die schon in Friedenszeiten zu großer Unzufriedenheit und zu scharfen Kämpfen führten und die auch jetzt unausgesetzte Reibungen hervorrufen. **Hier eine Aenderung herbeizuführen, sollten sich Staats- und Heeresleitung nachdrücklichst angelegen sein lassen.**

Wir werden immer wieder darauf hinweisen, daß diejenigen sich an unserem Lande versündigen, die durch willkürliche Herabminderung der Lieferung von Verteidigungsmitteln die Widerstandskraft unserer Truppen schwächen. Auf der anderen Seite muß aber auch alles getan werden, was erforderlich ist, die Leistungsfähigkeit der Heimarbeit zu erhalten. Werden die Pflichten mit dem tiefen Ernst, den die gegenwärtige Zeit erfordert, von allen Seiten erfüllt, so wird unser deutsches Volk **auch diese schwersten Wochen des furchtbaren Weltkrieges bestehen.**

Ew. Exzellenz bitten wir, dem Herrn Generalfeldmarschall von Hindenburg von diesem Schreiben Kenntnis zu geben.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Legien.
Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften.
J. Behrens.
Verband der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.).
Gust. Hartmann.
Polnische Berufsvereinigung.
J. Rymer.
Arbeitsgemeinschaft für die kaufmännischen Verbände.
Dr. Köhler.
Arbeitsgemeinschaft für ein einheitliches Angestelltenrecht.
S. Aufhäuser.
Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände.
Dr. Höfle.

* * *

Inhalt und Tendenz dieses Aufrufes entsprechen durchaus unseren wiederholt dargelegten Anschauungen. Es ist erste Pflicht der Arbeiterschaft, in einer so ungeheuer verantwortungsvollen Situation wie der jetzigen, festes und klares Denken zu bewahren und sich nicht zu impulsiven Gefühlsausbrüchen bewegen zu lassen, die bei ruhiger Ueberlegung niemand weder vor sich noch vor der Gesamtheit verantworten kann. Leider wird der Arbeiterschaft eine solche Haltung zurzeit von zwei Seiten in sehr unnützer und schädlicher Weise erschwert. Die eine Art der Treiber ist in dem Mahnruf der Gewerkschaften bereits hinreichend gekennzeichnet worden.

Die andere Seite, welche die Arbeiterschaft in Erregung versetzt und die allgemeine Spannung zum Schaden der Landesverteidigung erhöhen hilft, befindet sich gerade im entgegengesetzten Lager. Nicht als ob die Führer und Blätter der Rechten einem Ausstand das Wort redeten, ganz im Gegenteil. Aber wer in den letzten Wochen — sagen wir, seit Erlaß der Osterbotschaft — die öffentlichen Aeußerungen der unbekehrbaren Rechten verfolgt, der kann sich nicht verhehlen, daß hier eine Politik getrieben wird, die die Erregung der Arbeitermassen steigern muß. Eine Rede, wie sie z. B. Herr Dr. Diederich Hahn vergangenen Dienstag im Rheingold gehalten hat und von welcher die Blätter der Rechten mit der größten Ausführlichkeit Notiz nahmen, muß auf einen Berliner Arbeiter, der sie liest, ebenso moralisch deprimierend wirken (um mit einem Wort Gröners zu reden), wie eine Verkürzung der Brotration um hundert Gramm. Das gleiche gilt von Aeußerungen, wie sie die „Kreuz-Zeitung" unlängst zum Schutze des § 153 der Gewerbeordnung tat, von dem Widerstand gegen jegliche Neuorientierung, wie er tagtäglich in ihren Spalten, in denen der „Deutschen Tageszeitung", der „Berliner Neuesten Nachrichten" und geistesverwandter Blätter gepredigt wird.

Wenn in der Erklärung der Gewerkschaften und in den Debatten des Hilfsdienstausschusses namentlich von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen worden ist, daß sich zum moralisch Mitschuldigen der Ausstände auch derjenige macht, der als Landwirt Vorräte verheimlicht, oder als Schleichhändler Wucher treibt, so gilt das Gleiche auch von den politisch Besitzenden, die den nämlichen Mangel an Opfersinn bekunden. Ihre Aeußerungen erwecken in weiten Volkskreisen die Befürchtungen, daß nach dem Kriege die bestehenden politischen Vorrechte aufrechterhalten und mit ihrer Hilfe der politische Kurs weiter gesteuert werden würde, der bereits von der Regierung als verfehlt preisgegeben worden ist und den sich ein Volk, das durch drei Jahre so Ungeheueres geleistet hat wie das deutsche, schlechterdings nicht mehr gefallen lassen kann.

Wenn solche Ausfälle, wie sie z. B. die „Kreuz-Zeitung" gleich am Tage nach der Osterbotschaft gegen die Neuorientierung richtete, überhaupt in der jetzigen Zeit erträglich sind, so infolge des Bewußtseins, daß hinter dem reaktionären Willen nicht die gleiche Macht steht, infolge der sicheren Voraussicht, daß das in den Schützengräben gestählte Volk nach dem Kriege die Kraft haben wird, eine gründliche Reform unserer inneren Zustände auch gegen den Widerstand derer zu erzwingen, die wieder einmal nichts gelernt und nichts vergessen haben.

Das werden sich auch die Arbeiter bei ruhiger Ueberlegung sagen. Der politische Kampf gegen die Feinde jeder Neuorientierung wird sich nach dem Kriege mit voller Kraft entfalten können und steht keineswegs aussichtslos. Die Arbeiterschaft steht mit den Ihren im Schützengraben in täglichem Briefwechsel und lächelt der Worte des Herrn Diederich Hahn, daß die Arbeiter im bunten Rock aufgehört hätten, Sozialdemokraten zu sein. Im Gegenteil, unter den Männern im bunten Rock sind der Sozialdemokraten viel mehr geworden, als es vor dem Kriege waren. Vielleicht erkundigt sich Herr Diederich Hahn hierüber einmal bei der „Sozialdemokratischen Feldpost", die fast ausschließlich in den Schützengräben gelesen wird. — Diese ruhige Gewißheit, daß wir es nach dem Kriege mit Hilfe unserer Feldgrauen auf alle Fälle schaffen werden, soll und wird der Arbeiterschaft in der jetzigen Zeit die nötige Ruhe gegen politische Provokationen von rechts her geben.

Ein Streik im gegenwärtigen Augenblicke wäre nichts anderes, als wenn die Mannschaft eines Schiffes, weil sie sich mit dem Kapitän und den Offizieren nicht über Entlohnung und Behandlung verständigen kann, während eines Sturmes die Arbeit einstellt: das Schiff geht zugrunde und erreicht wird nichts als der allgemeine Untergang. Vielleicht daß in irgendeinem Rettungsboot die Mannschaft triumphiert. Aber nicht ein armseliges Boot, sondern ein großes stolzes Schiff wollten sie dereinst beherrschen; — für uns und unsere eigene Zukunft helfen wir, daß Deutschland im Sturm dieses Weltkrieges nicht zugrunde geht.

Neuerdings 55 000 Tonnen vernichtet.

Berlin, 26. April. Amtlich. Im Mittelmeer wurden neuerdings zehn Dampfer und sechs Segler mit rund 55 000 Br.-Reg.-To. versenkt, darunter am 5. April der bewaffnete englische Dampfer City of Paris (9239 Br.-Reg.-To.) von Bombay nach Marseille mit Stückgut; am 10. 4. der bewaffnete englische Dampfer Dalton (3486 Br.-Reg.-To.) von Saloniki nach Malta bestimmt, und der italienische Dampfer Porto di Rode (2480 Br.-Reg.-To.) auf dem Wege von Alexandrien nach Genua mit Stückgut; am 11. 4. der griechische Dampfer Maritos (2500 Br.-Reg.-To.) mit Kohlen von England nach Port Said; am 12. 4. der bewaffnete englische Dampfer Kildale (3830 Br.-Reg.-To.) mit Kohlenladung; am 15. 4. der bewaffnete englische Dampfer Mashobra (8236 Br.-Reg.-To.) voll beladen mit Mais und Lebensmitteln von Indien nach Marseille unterwegs; am 16. 4. ein

englischer Truppentransportdampfer von etwa 12 000 Brutto-Register-Tonnen,

wahrscheinlich zur Orientline gehörig, im Aegäischen Meer, und der griechische Dampfer Zanobia (4000 Br.-Reg.-To.) mit Kohlen von England nach Italien; am 17. 4. ein unbekannter tief beladener Dampfer von etwa 3500 Br.-Reg.-To.; am 18. 4. der bewaffnete englische Dampfer Rinaldo (4321 Br.-Reg.-To.) mit Kohlen wahrscheinlich nach Italien. Die versenkten Segler hatten hauptsächlich Schwefel nach italienischen Häfen geladen.

Nach eingetroffenen Ergänzungsmeldungen befanden sich unter den am 16. April bekanntgegebenen U-Boot-Erfolgen im Mittelmeer noch folgende Dampfer: der bewaffnete englische Dampfer Britannia (3129 Br.-Reg.-To.) mit Baumwolle von Alexandrien nach Liverpool, der bewaffnete englische Dampfer Calliope (3829 Br.-Reg.-To.) mit 5100 To. Kohlen, von Cardiff nach Malta, der bewaffnete englische Dampfer Trefusis 2642 Br.-Reg.-To.) mit 4006 To. Kohlen von Cardiff nach Alexandrien, der bewaffnete englische Dampfer Tremorvah (3674 Br.-Reg.-To.).

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ausdrücklicher Verzicht auf Annexionen.

Eine österreichische Erklärung.

Das Organ der österreichischen Regierung, das Wiener „Fremdenblatt" veröffentlicht in seiner Morgenausgabe vom 26. d. M. unter der Ueberschrift: „Antwort an die Sozialdemokraten", eine gute und deutliche Erklärung, deren Gedankengang, laut W. T. B., etwa folgender ist:

Wie aus den Blättern zu ersehen ist, sind die österreichischen, ungarischen und **deutschen Sozialdemokraten,** von dem Wunsche geleitet, zur Beendigung des furchtbaren Weltkrieges das Ihrige beizutragen, aus eigenem Antriebe zusammengetreten, um die Frage zu erörtern, ob durch eine **internationale sozialistische Beratung** die Sache des Friedens gefördert und der Weg zu einem Friedensschluß geebnet werden könnte. Im Anschluß an diese in Berlin abgehaltenen Besprechungen hat die deutsche Sozialdemokratie in der „Internationalen Korrespondenz" die Frage an die Regierung gerichtet, ob diese bereit sei, offiziell zu erklären, daß sie

auf Annexionen verzichte,

und in der Resolution, die in Berlin unter Zustimmung der Vertreter aus Oesterreich und Ungarn gefaßt wurde, ist als wichtigste Pflicht der Partei bezeichnet worden, die Regierungen zum klaren Verzicht auf jede Eroberungspolitik zu veranlassen.

Eine Erklärung über diesen Punkt wäre **nun eigentlich überflüssig,** da die verschiedenen Aeußerungen der österreichisch-ungarischen Regierung die gewünschte Antwort schon enthalten haben. Wenn die Oeffentlichkeit aber eine neuerliche Erklärung hören möchte, so kann ihr gesagt werden, **daß unsere Monarchie absolut keine aggressiven Pläne gegen Rußland hat und auch nicht beabsichtigt, ihr Gebiet auf dessen Kosten zu erweitern.**

Von sozialdemokratischer wie von jeder anderen Seite wird man gewiß anerkennen, daß die österreichisch-ungarische Regierung damit in vollkommen offener und freimütiger Weise und ohne Umschweife gesprochen hat.

Das Ausland darf in dieser Stellungnahme der österreichisch-ungarischen Regierung kein Zeichen von Schwächegefühl erblicken, wie hiermit ausdrücklich konstatiert werden mag, da die feindliche Presse, um die Wirkung unserer Friedenskundgebungen zu durchkreuzen und ihren Sinn zu entstellen, das dem Publikum der Ententeländer als Beweis der Abnahme unserer Widerstandskraft vorzuführen liebt. Die gegen uns kämpfenden Truppen würden sich, wenn sie solchen Darstellungen Glauben schenkten, in einem verhängnisvollen Irrtum befinden. Wir haben immer wieder betont, daß wir einen Verteidigungskrieg führen, und daß wir ihn solange fortsetzen werden, bis wir unseren Zweck erreicht haben, der darin besteht, daß wir uns Sicherheit für unsere künftige Existenz schaffen. Mit kräftigen, überzeugenden Worten führt das Blatt aus, daß wir nicht nur entschlossen sind, durchzuhalten, sondern daß wir uns auch militärisch und wirtschaftlich stark genug fühlen, um den Kampf auszufechten, um die Feinde, die uns zu diesem nötigen, niederzuzwingen. Wenn wir uns bereitgefunden haben, ein Friedensangebot zu machen, so ist es geschehen, weil wir nutzlose Menschenschlächterei verhindern und alles aufbieten wollen, um die kostbaren Menschenleben, die die Fortführung des Krieges verschlingen muß, zu erhalten.

Von uns ist den Sozialdemokraten kein Hindernis in den Weg gelegt worden, auf einem internationalen Parteitag über den Frieden zu sprechen. Im Gegenteil, wir haben, soweit es an uns gelegen war, die Wege zu dieser Aussprache geebnet. Das monarchische und angeblich reaktionäre Oesterreich-Ungarn und das politisch angeblich rückständige **Deutsche Reich** haben ihren Sozialdemokraten gestattet, hinauszugehen und über den Frieden zu sprechen, während es bisher noch mehr als fraglich ist, ob das moderne, freiheitliche Rußland den Vertretern seiner Sozialdemokratie erlauben wird, sich gleichfalls einzufinden, und noch fraglicher, ob England, das sich als oberster Repräsentant aller demokratischen Grundsätze ausgibt, und ob das republikanische Frankreich sich dazu herbeilassen werden.

Da unter den Verbündeten volle Uebereinstimmung besteht, ist ohne weiteres anzunehmen, daß zwischen den Zeilen des „Fremdenblatt" auch die wahre Meinung der deutschen Regierung zu lesen ist, die man in den Zeilen der „Nordd. Allgem. Ztg." vergeblich gesucht hat.

Der englische Ansturm.

Im Felde, den 25. April 1917.

Der Dienstag brachte die energische Fortsetzung des englischen Generalsturms an der Arrasfront. Dabei verzog sich das Zentrum der Kämpfe weiter südlich. Während der geschlagene Gegner im Raume von Lens und Oppy und in dem Schutze starken Artilleriefeuers gestern seine Verbände neu ordnete, brach er zu beiden Seiten der Scarpeniederung in mehreren Wellen und dichten Kolonnen erneut gegen unsere erste Linie vor. In der Gegend von Gavrelle nordöstlich Arras entspannen sich nach leichtem englischen Vorrücken erbitterte Nahkämpfe, die noch nicht abgeschlossen sind. Hier richtete das deutsche Sperrfeuer in den dicht massierten englischen Sturmkolonnen besonders große Verheerungen an. Tollkühne Versuche englischer Artillerie, ihren Infanteriemassen zu folgen, endeten westlich von Gavrelle mit der völligen Zusammenschießung dieser frisch aufgefahrenen Batterien. Südlich der Scarpeniederung, in dem sanften Hügelgelände, in das unsere Siegfriedstellung ausläuft, warf der Gegner noch größere Massen gegen unsere Verteidigung. Besonders in der Gegend von Monchy und Chérisy, zwei Dörfern, deren Todesfrieden ich bei meiner Reise in der Zerstörungszone vor einigen Wochen beschrieben habe, wurde mit großer Erbitterung um einzelne Hügel gerungen. Alle hartnäckigen und wiederholten englischen Versuche, welche die Umflügelung und Aufrollung unseres rechten Siegfriedflügels anstrebten, sind hier gestern wie vorgestern vollkommen gescheitert. Dabei hat der Gegner, wie durch unsere Beobachtung festgestellt wurde, gerade in diesen Kämpfen grauenhafte Verluste erlitten.

Vergleicht man die augenblicklich tobenden Kämpfe mit der Sommeschlacht, so fällt vor allem die quantitative und qualitative Steigerung der deutschen Artilleriewirkung auf. Nur dadurch ist der bisherige Sieg in den beiden Abwehrschlachten möglich gewesen. Die Vermehrung der deutschen Artillerie und die Fülle der ihr zur Verfügung gestellten Munition haben die Verlustziffern gegenüber der Sommeschlacht wesentlich vermindert. Zu dieser Leistung der deutschen Heimatfront kommt die außerordentliche Vermehrung und Verbesserung des deutschen Flugzeugwesens. Auch sie ist ein Verdienst der Heimatfront. Während die Sommeschlacht anfangs eine starke quantitative Ueberlegenheit feindlicher Flieger zeigte, hat bei Arras und an der Aisne die deutsche Fliegertruppe im Kampf wie in der Beobachtung den Sieg errungen.

Dr. Adolf Löser, Kriegsberichterstatter.

Bei Arras nur Teilangriffe — Vergebliche englische Anstürme südlich der Scarpe — Deutscher Vorstoß bei Hurtebise Fe — Französischer Angriff bei Braye — Zunehmendes russisches Feuer, deutsches Vergeltungsfeuer — Der Kampf am Dojransee.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 26. April 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Gestern raffte sich der Feind bei Arras nur noch zu Teilangriffen auf.

Südlich der Scarpe stürmten seine Angriffswellen dreimal gegen unsere Linien, dreimal fluteten sie zurück.

Der Artilleriekampf hielt in einigen Abschnitten in beträchtlicher Stärke an.

Bei Gavrelle liegt unsere Stellung am östlichen Dorfrande.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Die Gesamtlage ist unverändert.

Der Feuerkampf beschränkte sich auf begrenzte Frontstrecken.

Bei Hurtebise Fe und östlich wurden durch Vorstöße, bei denen wir drei Offiziere und mehr als 160 Franzosen zu Gefangenen machten, unsere Stellungen auf dem Chemin-des-Dames-Rücken verbessert.

Am Abend griff der Feind nach heftiger Feuersteigerung beiderseits von Braye in 3 Kilometer Breite an; er wurde blutig abgewiesen.

In der Champagne kam es nur zu Handgranatenkämpfen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine besonderen Ereignisse.

Gestern verlor der Feind sechs Flugzeuge, von denen Leutnant Schaefer zwei, seinen 22. und 23. Gegner, abschoß.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Riga, bei Jacobstadt, Smorgon, westlich von Luck, östlich von Zloczow, an der Zlota Lipa und längs Putna und Sereth hat die russische Feuertätigkeit und entsprechend unser Vergeltungsfeuer zugenommen.

Mazedonische Front.

Aussagen von Gefangenen aus dem Kampf am Dojransee am 24. 4. ergeben, daß dort die Engländer mit starken Kräften auf schmaler Front einen in seinen Zielen weitgesteckten Angriff geführt haben.

Die wackere bulgarische Infanterie hat einen schönen Erfolg davongetragen, alle ihre Stellungen behauptet und dem Feinde im Verein mit deutschen und bulgarischen Maschinengewehren und Batterien schwere Verluste zugefügt.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 26. April 1917, abends:
Von den Kampffronten ist nichts Besonderes zu berichten.

Der österreichische Bericht.

Wien, 26. April 1917. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die russische Artillerie forderte an mehreren Stellen das Vergeltungsfeuer unserer Geschütze heraus.

Keine besonderen Kampfereignisse.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Verschärfung des Weltwirtschaftskrieges.

Vorzugszölle für die englischen Kolonien.

Amsterdam, 26. April. Nach einem hiesigen Blatte schreibt der Parlamentsberichterstatter der „Times", daß Bonar Law heute am Donnerstag eine sehr wichtige Mitteilung über die englische Wirtschaftspolitik machen wird. Dem Verlauten nach wird die Regierung erklären, daß sie Vorzugszölle für die britischen Kolonien einführen und ihre Wirtschaftspolitik auf die Pariser Konferenzbeschlüsse gründen will. Im Unterhause hat Bonar Law mitgeteilt, daß der Reichskriegsrat diese Frage am Tage vorher vollständig behandelt habe. Runciman hielt im Unterhause eine Rede, aus der hervorgeht, daß die Freihändler eine solche Politik entschieden bekämpfen werden.

Friedenskundgebungen.

Der schweizerische Preßtelegraph meldet nach Mailänder Blättern aus Petersburg: Das zum Teil vom Arbeiter- und Soldaten-Ausschuß geleitete sozialistische Blatt „Rabotschaja Gaseta" (Arbeiterzeitung), das bisher wenigstens in innerpolitischen Angelegenheiten eine gemäßigte Haltung eingenommen hat, fordert zur Vervielfachung der Volksversammlungen und Arbeiterzusammenkünfte in ganz Rußland auf, um den Frieden zu erwirken. Das Blatt schreibt: Man möge überall von der provisorischen Regierung verlangen, daß Verhandlungen mit den Alliierten angeknüpft würden, um den Entwurf des Friedens, gestützt auf demokratischer Grundlage, auszuarbeiten. Dazu bemerkt der Berichterstatter des „Corriere della Sera", es liege auf der Hand, daß diese politische Agitation dazu beitrage, die Kriegführung Rußlands zu erschweren.

*

Wie aus London nach Amsterdam berichtet wird, fand im Viktoria-Park am 15. April eine Demonstration für einen Frieden auf der Basis von Unterhandlungen statt, die aber gestört wurde. Der Aufzug, an dem etwa 1000 Personen teilnahmen, wurde von Gardener, Mitglied des Grafschaftsrats, geführt. Frau Despard, die Schwester des Generals French, und Frau Sylvia Pankhurst waren gerade im Park angelangt, als die Menge auf die Demonstranten einstürmte, die Banner zerriß, die Instrumente des Musikkorps in Stücke schlug und verschiedene Demonstranten mißhandelte. „Wer will Frieden, während wir am Siege sind?" rief man allenthalben. Die Polizei mußte die Führer des Aufzuges in Schutzhaft nehmen.

Kohlenmonopol in Rußland.

Petersburg, 26. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Im Handelsministerium fand eine Beratung statt, welche sich mit der Frage der Einführung eines Steinkohlenmonopols beschäftigte. Das Ministerium beabsichtigt, der Regierung das Verfügungsrecht über alle brennbaren Mineralien zu übertragen und deren Verteilung zu regeln. Die Vertreter der Industrie, welche der Beratung beiwohnten, erhoben keinen Einspruch gegen diesen Plan, der, wie man glaubt, im Mai verwirklicht werden wird.

Der Dorpater Aufruhr — eine „Times"-Erfindung.

Kopenhagen, 24. April. Hier eingetroffene russische Zeitungen enthalten entrüstete Proteste gegen die reaktionäre und verlogene Berichterstattung der Londoner „Times" über die Revolutionsereignisse in Rußland. Durch vollständig erdichtete Tatsachen suchte der Petersburger „Times"-Korrespondent die russische Freiheitsbewegung zu diskreditieren und die demokratischen Organisationen als anarchisches und landesschädliches Element hinzustellen. „Times" übernehme die Rolle der in Rußland bereits überwundenen Schwarzhundert-Presse.

Ebenso wie jene nach der Revolution 1905 die Juden als Anstifter der Revolution bezeichnete und durch Pogromhetzen dazu verhalf, daß die russische Freiheitsbewegung damals in jüdischem Blut erstickt wurde, ebenso suche jetzt die „Times" die revolutionäre Bewegung als jüdischen Aufruhr darzustellen. So habe „Times" gemeldet, daß die jüdischen Studenten in Dorpat eine eigene Miliz bildeten, daß es zwischen dieser und den Organen der provisorischen Regierung zu blutigen Zusammenstößen gekommen sei, und daß auch in anderen Orten infolge der jüdischen Umtriebe Aufruhr und Anarchie herrschten.

Die Blätter weigern sich, das Berichtigungsschreiben des „Times"-Korrespondenten Wilton abzudrucken, weil diese Zuschriften wieder grobe Tatsachenfälschungen enthielten. So behauptete Herr Wilton, daß er seine Meldungen über die Dorpater Ereignisse auf Grund von Mitteilungen von Rigaer Behörden abgefaßt habe. „Birschewyja Wjedemosti" wandte sich daraufhin an den Rigaer Gouverneur Braskaln um Auskunft und erhielt von demselben den Bescheid, daß keine Behörde in Riga dem „Times"-Korrespedenten irgendwelche Auskunft erteilt habe, und daß sämtliche Mitteilungen der „Times" über jüdische Studentenmiliz, Anarchie und Blutvergießen in Dorpat vollständig erfunden seien.

Der Petersburger Journalistenverein veröffentlicht in allen Petersburger Blättern einen Protest gegen die Tätigkeit des Petersburger „Times"-Berichterstatters.

Stimme der Vernunft aus Frankreich.

In der „Humanité" schreibt Sixt-Quenin:

Herr Painlevé hat gesagt, daß wir in die entscheidende Phase des Krieges eintreten, daß aber „entscheidend" nicht gleichbedeutend sei mit „kurz". Wagten doch unsere Schädeleinschläger den Herrn Kriegsminister als Verbreiter „schändlicher Gerüchte" zu denunzieren! Der Sieg ist also nicht nahe, obgleich Herr Barrès versichert, daß Deutschland das dringendste Bedürfnis habe, schnellstens Schluß zu machen, daß wir „die letzten Sprünge der Bestie" beobachten können, und daß nur verbrecherische Pazifisten so tun, als zweifelten sie daran . . . Ich weiß sehr gut, daß Herr Barrès schon Ende Oktober 1914 angefangen hat, diese schneidend bestimmten Erklärungen von sich zu geben. Aber da seine Leser von Woche zu Woche die Hoffnungsgründe, die er ihnen auseinandergesetzt hat, vergessen haben, wozu sollten wir an sie erinnern? . . .

Es sei den deutschen Barrès überlassen, aus dieser vernünftigen Aeußerung den Schluß zu ziehen, daß nun Frankreich ganz bestimmt am Ende sei und daß nur verbrecherische Pazifisten so tun, als zweifelten sie daran. Wir wissen sehr gut, daß auch die deutschen Barrès usw. wie oben.

Der Krieg auf den Meeren.

Die Beschießung von Dünkirchen.

Paris, 25. April. Meldung der Agence Havas. **Das Marineministerium meldet: Ein Geschwader deutscher Zerstörer beschoß von der hohen See aus in der Nacht zum 25. zwischen 2 Uhr 15 und 2 Uhr 25 Minuten Dünkirchen. Die Batterien an der Küste antworteten. Französische und englische Patrouillenfahrzeuge verwickelten den Feind, der sich mit großer Schnelligkeit nach Ostende hin zurückzog, in einen Kampf. In dem kurzen Kampfe wurde einer unserer Zerstörer versenkt. Die Verluste des Feindes sind unbekannt.**

Englische Flugzeuge gegen deutsche Zerstörer

London, 25. April. Die Admiralität teilt mit: Drei britische Wasserflugzeuge haben am Nachmittag des 23. April fünf deutsche Torpedobootszerstörer fünf Meilen von der belgischen Küste entfernt angegriffen. Ein Zerstörer ist getroffen worden, und man glaubt, daß er gesunken ist. Am Abend sind vier Zerstörer bei der Rückkehr nach Zeebrügge gesehen worden.

Zu vorstehender Meldung der englischen Admiralität wird von deutscher Seite bemerkt, daß am 23. April, nachmittags 5 Uhr, einige unserer vor der Flandrischen Küste übenden Torpedoboote von fünf feindlichen Kampfflugzeugen ohne jeden Erfolg angegriffen worden sind. Irgendwelcher Schaden oder Menschenverlust ist nicht entstanden. Die feindlichen Flugzeuge wurden durch unsere sofort zur Abwehr aufgestiegenen Kampfeinsitzer vertrieben.

Das Begräbnis der deutschen Seeleute.

Die deutschen Seeleute, die in dem Gefecht im Kanal gefallen sind, sind am Mittwoch mit militärischen Ehren bestattet worden. Der einzige Kranz stammte von dem Vizeadmiral der Schiffahrtspatrouille von Dover und trug die Aufschrift: Ehre den tapferen Feinden.

Seesperre und Versenkungen.

Amerikanischer 13 639-Tonnen-Dampfer versenkt.

London, 26. April. Reutermeldung. **Die amerikanischen Blätter berichten: Der Kapitän des amerikanischen Dampfers Mongolia (13639 Brutto-Register-Tonnen) meldete, daß sein Schiff von einem deutschen U-Boot durch Geschützfeuer zum Sinken gebracht worden ist.**

*

Rotterdam, 25. April. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" erfährt, daß diejenigen niederländischen Schiffe, die noch immer in englischen Häfen liegen, höchstwahrscheinlich am 1. Mai

ihre Heimreise fortsetzen werden. Die deutsche Regierung wird ihnen für diesen Tag sichere Fahrt zusagen. Es handelt sich um ungefähr 20 Dampfer, die mit Viehfutter, Getreide, Mais usw. beladen sind.

*

Berlin, 25. April. Amtlich. Am 23. April nachmittags hat eines unserer Marine-Luftschiffe in der Nordsee die norwegische Bark Royal (688 Brutto-Registertonnen), die mit Grubenholz nach Westhartlepool unterwegs war, aufgebracht und durch ein an Bord gesetztes Prisenkommando nach einem deutschen Hafen einbringen lassen.

*

Kopenhagen, 26. April. Infolge des durch den Untersee-Boot-Krieg entstandenen Rohstoffmangels namentlich für die Margarineindustrie haben sich die Industrieorganisationen an die hiesige Regierung mit dem Ersuchen gewandt, dafür Sorge zu tragen, daß durch die Herabsetzung der Ausfuhrmenge an Butter und Fett der für die dänische Bevölkerung entstandene Mangel ersetzt wird.

Kopenhagen, 25. April. Das Ministerium des Aeußern teilt mit, daß nach einer Meldung der Vereinigten Dampfschiffahrtsgesellschaft der Dampfer Ydun auf der Reise von Frederikshavn nach Kristiania mit Reisenden und Ladung von einem deutschen Kriegsschiff aufgebracht und nach einem deutschen Hafen übergeführt worden ist.

Englische bewaffnete Dampfer verletzen die norwegische Seehoheit.

Kristiania, 25. April. (Meldung des Norwegischen Telegraphenbureaus.) Nach einer Meldung an die norwegischen Marinebehörden wurde der deutsche Dampfer Vesta am 22. April in Baasneringen in norwegischen Hoheitsgewässern von einem englischen bewaffneten Fischdampfer beschossen. Am selben Tage wurde der deutsche Dampfer Klara Blumenfeld bis zum Baadfjord von zwei englischen bewaffneten Fischdampfern verfolgt. Die norwegische Regierung hat telegraphisch die Gesandtschaft in London Auftrag gegeben, gegen diese Verletzungen der norwegischen Hoheitsgewässer bestimmten Einspruch zu erheben.

Die Schlachtfelder der Westfront.

Feindliche Kriegsberichte.

Französischer Heeresbericht vom 25. April nachmittags. Zwischen Somme und Oise war die Nacht verhältnismäßig ruhig. Der beginnenden Beschießung unserer Gräben bei La Fère wurde durch Gegenfeuer unserer Artillerie alsbald ein Ende gemacht. Im Aisne-Gebiet machten wir einige Fortschritte südöstlich von Cerny-en-Laonnais und machten Gefangene. Ein heute früh nach heftigem Geschützfeuer angesetzter deutscher Angriff in der Umgebung von Hurtebise und auf der Hochfläche von Vauclerc wurde durch Feuer glatt aufgehalten. In der Champagne haben wir am „Berge ohne Namen" gleichfalls Fortschritte erzielt und Gefangene und ein Geschütz eingebracht. Der Feind hat verschiedene Handstreiche bei Tahure und bei Maisons-de-Champagne fruchtlos versucht; seine Stoßtrupps ließen viele Tote in unseren Drahtverhauen zurück. Im Ober-Elsaß ist eine unserer Erkundungsgruppen in der Gegend von Ammerzweiler in deutsche Linien eingedrungen und hat Gefangene eingebracht.

Vom 25. April abends. Der Artilleriekampf dauerte den Tag über auf der ganzen Front an. Nördlich von Vauxaillon wurde ein deutscher Angriff auf unsere Gräben heute nachmittag durch unser Artillerie- und Maschinengewehrfeuer aufgehalten. Es bestätigt sich, daß die Deutschen heute früh bei ihrem Angriffsversuch auf die Hurtebise-Ferme einen blutigen Mißerfolg erlitten haben. Das erstemal aufgehalten durch unser Feuer, erneuerten sie ein wenig später ihren Angriff. Ein kräftiger Gegenangriff warf sie in ihre Linien zurück. Im Laufe dieser Kampfhandlung konnte unsere Artillerie bedeutende Ansammlungen im Norden der Hochfläche von Vauclerc unter ihr Feuer nehmen und zerstreuen. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Englischer Heeresbericht vom 25. April, abends. Unsere Linie wurde heute südlich der Scarpe ein wenig vorgeschoben. Wir erbeuteten gestern zwei Feldgeschütze in dieser Gegend. Mehrere Tausend toter Deutscher liegen auf dem Schlachtfelde, welches wir besetzten. Am Morgen wurden in der Nähe von Lens und Ypern feindliche Streifzüge zurückgeschlagen. Gestern wurden zahlreiche Luftstreifen ausgeführt und mit Erfolg Bomben auf feindliche Eisenbahnknotenpunkte, Flugplätze und Munitionsdepots abgeworfen.

Der englische Angriff am Doiransee.

Berlin, 26. April. In Mazedonien wurde ein neuer Vorstoß gegen die Doiran-Vorstellung leicht abgewiesen. Nachträglich wird über den letzten englischen Angriff am 24. April zwischen Wardar- und Doiransee, der mit einem gänzlichen Mißerfolg der Engländer endete, gemeldet, daß der Angriff auf dem schmalen Raum vom Westrand des Doiransees bis Doldzeli von zwei englischen Divisionen ausgeführt wurde, die tief durchstoßen sollten. Wochenlang wurde der Angriff hinter der Front vorgeübt. Der Hauptstoß richtete sich gegen den linken Flügel am Doiransee, wo dichte Infanterielinien vorstürmten, die zum Teil im Gegenstoß von der mit großer Tapferkeit kämpfenden bulgarischen Infanterie, unterstützt durch vorzügliche wirkende Artillerie, zurückgeworfen wurden. Besonders ausgezeichnet hat sich bei der Abwehr dieses Angriffs eine deutsche Gebirgs-Maschinengewehr-Abteilung. Weiter westlich bei Doldzeli war der Kampf äußerst erbittert. Die Verluste der Engländer sind schwer. Ueber 300 Tote wurden in den gesäuberten Gräben und Hindernissen gefunden. Eine große Anzahl liegt im Vorfelde zerstreut. Auch südöstlich Dogorodica scheiterte der feindliche Angriff völlig.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der neue Generalgouverneur von Belgien. Zum Nachfolger des in voriger Woche gestorbenen Frhrn. v. Bissing wurde Generaloberst v. Falkenhausen ernannt. Er hat das Alter seines Vorgängers — 73 Jahre. Zu Beginn des Krieges trat er nach zwölfjähriger Dispositionsstellung wieder in das Heer ein und führte eine Armeegruppe im Elsaß.

Das neue portugiesische Kabinett. Die Agence Havas meldet: Alfonso Costa hat folgendes Kabinett gebildet: Ministerpräsident und Finanzminister: Alfonso Costa, Kriegsminister: Mendes Ribeiro Norton de Matos, Marineminister: Rantes Fedroso, Minister für Auswärtige Angelegenheiten: Auguste Soares.

Rücktritt der luxemburgischen Regierung. Die luxemburgische Regierung erklärte offiziell vor der Kammer ihren Rücktritt mit der eigenartigen Begründung, niemand befolge die Regierungsvorschriften, und die Presse mit wenigen Ausnahmen ermuntere den Widerstand.

Ministerwechsel in Norwegen. Der Justizminister Urdhe hat infolge Abstimmung im Odelsthing über Einschränkung der Pressefreiheit sein Abschiedsgesuch eingereicht.

Völlige Einstellung der Lebensmittelausfuhr aus Schweden? „Berlingske Tidende" meldet aus Stockholm: Die staatliche Lebensmittelkommission beantragte bei der Regierung derartige Einschränkungen der Lebensmittelausfuhr, daß diese in Wirklichkeit einer vollständigen Einstellung der noch freien Ausfuhr von Lebensmitteln aus Schweden gleichkommen.

Die schwedischen Demonstrationen. Havas berichtet aus Stockholm: Die Demonstrationen gegen die Lebensmittelteuerung dauern in der Provinz fort. Die Manifestanten verlangen eine Erleichterung der wirtschaftlichen Lage; sie sangen die Marseillaise und die Internationale.

Englische Massenverluste im März. Nach englischen Zeitungen betrugen die englischen Verluste im März bei der Armee 1765 Offiziere (344 gefallen) und 28 709 Mann, bei der Flotte 123 Offiziere (40 gefallen) und 1423 Mann (328 gefallen).

Die amerikanische Kriegsgewinnsteuer. Aus New York wird der „Frankf. Ztg." gemeldet, daß der erhöhten Einkommen- und der Kriegsgewinnsteuer keine rückwirkende Kraft für das abgelaufene Jahr gegeben wird.

Der neue russische Befehlshaber im Kaukasus. General Judenitsch, der früher die Kaukasus-Armee kommandiert hatte, ist als Nachfolger des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch zum Oberbefehlshaber im Kaukasus ernannt worden.

Die zweite Schlacht bei Gaza. Ein Bericht der „Agentur Milli" beziffert den englischen Verlust an Toten und Verwundeten auf mindestens 10 000 Mann.

Aufstände in Persien meldet die „Nowoje Wremja". Sie sollen im Rücken des auf Mossul vorrückenden russischen Heeres und auch im südlichen Persien, im Ispahaner Gebiet, ausgebrochen sein.

Politische Uebersicht.

Abgeordnetenhaus.

Petitionen.

Einen Vorgeschmack davon, wie schwer es ist, in Preußen selbst die bescheidensten Reformen durchzuführen, gewinnt man aus den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom Donnerstag. Auf der Tagesordnung stand u. a. eine Petition des Zentralverbandes der Hausangestellten Deutschlands um Aufhebung der Gesindeordnung. Selbst die Petitionskommission mußte anerkennen, daß der heutige gesetzliche Zustand unhaltbar ist, aber sie blieb auf halbem Wege stehen, sie begnügte sich mit dem Antrage auf Ueberweisung als Material und mit einer Entschließung, die die Regierung auffordert, baldmöglichst den Entwurf einer Gesindeordnung für Preußen als Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch, unter Aufhebung der bisherigen Gesindeordnungen, vorzulegen. Vergebens forderte unser Genosse Hirsch die völlige Beseitigung der Gesindeordnungen und die Gleichstellung des Gesindes mit den gewerblichen Arbeitern. Das Haus lehnte mit großer Mehrheit den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ueberweisung zur Berücksichtigung ab und schloß sich den Kommissionsanträgen an. Bemerkenswert ist, daß die Redner der Freikonservativen, der Nationalliberalen und des Zentrums ausdrücklich den Gedanken der Unterstellung des Gesindes unter die Gewerbeordnung von sich wiesen.

Vorher hatte das Haus eine Reihe von Anträgen betr. die Löschung von Disziplinarstrafen und betr. die Offenlegung der Dienstakten der Beamten, zu denen sich außer den Rednern der übrigen Parteien auch Genosse Haenisch wohlwollend äußerte, Kommissionen überwiesen.

Eine Petition des Verbandes der katholischen Arbeitervereine um Ergänzung des Knappschaftsgesetzes beantragte die Kommission, der Regierung zur Erwägung zu überweisen. Unter Ablehnung eines Antrages Hue auf Ueberweisung zur Berücksichtigung trat das Haus dem bei und ersuchte gleichzeitig die Regierung um Vorlegung einer Denkschrift über die mit den Knappschaftskriegsgesetzen und in deren Ergänzung mit der Durchführung der Petition voraussichtlich verbundene finanzielle Belastung der Knappschaftskassen.

Am Freitag stehen wieder Petitionen und kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung.

Provozierendes Gerede.

Die konservative Presse berichtet in langen Spalten über eine Rede, die Diederich Hahn in einer „großen" Versammlung seiner Berliner Parteifreunde gehalten hat. Der Redner sagte u. a.:

> Arbeiter im bunten Rock und Sozialdemokratie gehören nicht zusammen; denn diese Arbeiter sind königstreue Männer, keine Sozialdemokraten. Wie hätte die Regierung diese Stimmung des Heeres benutzen können, um der Sozialdemokratie zu sagen: deine Wählermassen gehören uns, denn in ihnen schlägt das Herz für König und Vaterland, nicht für die abgestandenen Parteiideale, die niemand mehr schaden als den Arbeitern selber.

Herr Hahn forderte sodann einen Teil Rußlands und verlangte Brutalität im Kampfe gegen England. Dem Reichskanzler will er einen Kürassierstiefel verehren und was dergleichen Mätzchen mehr sind.

Wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir annehmen, daß die Hahnsche Demagogie selbst in konservativen Kreisen in diesem Augenblick nicht als ganz zeitgemäß empfunden wird.

Graf Reventlow auf dem Standpunkt des „Vorwärts".

Der sächsische Minister Vitzthum von Eckstädt hat sich den Unwillen des Grafen Reventlow zugezogen, weil er jüngst in einer Rede äußerte, es gelte nur noch kurze Zeit durchzuhalten, die Ereignisse in Rußland und die Erfolge unserer Unterseeboote ließen den Zeitpunkt voraussehen, wo auch England für den Frieden reif wäre. Das bedauert Graf Reventlow als „unzweckmäßige Taktik". Er schreibt:

> So guten Grund wir zu der Annahme haben, daß in der Lebensmittelversorgung Englands sehr bald recht ernste Schwierigkeiten entstehen werden, und so genau wir wissen, daß die ganze gegnerische Kriegführung durch unsere U-Boote von Tag zu Tag stärker beeinträchtigt wird — **einen bestimmten Zeitpunkt**, in welchem die Widerstandskraft der Feinde völlig gebrochen oder doch hinreichend geschwächt wäre, um uns den endgültigen Sieg zu sichern, **kann heute noch niemand voraussagen.** Ein Zusammenbruch des feindlichen Kriegswillens kann in einigen Monaten erfolgen, **es können aber auch bis dahin noch eine ganze Reihe von Monaten vergehen**: bestimmt wissen wir heute erst, daß die Lage sich im ganzen von Woche zu Woche für uns militärisch wie wirtschaftlich günstiger im Verhältnis zu der unserer Feinde gestaltet, und daß England auf die Dauer den U-Boot-Krieg nicht aushalten kann.

Als wir diese Gedankengänge lasen, kamen sie uns merkwürdig bekannt vor. So ähnliches hat nämlich vor etwa Monatsfrist im „Vorwärts" gestanden, aber damals wurde es von dem Grafen Reventlow mit geradezu fanatischer Wut bekämpft. Freilich war der Zusammenhang ein anderer. Wir wiesen nach, daß die gegen England gerichteten Zerschmetterungsdrohungen gewisser alldeutscher Kreise unbedingt kriegsverlängernd wirken müßten. Zum Beweise führten wir auch an, daß die Wirkungen des U-Boot-Krieges sich in England nur in einer stufenweise fortschreitenden Verschlechterung der Lage geltend machen würden. Wann ein völliger Zusammenbruch eintreten würde, könne niemand sagen, es könnten noch viele Monate bis dahin vergehen. Biete man also dem englischen Volke einen billigen und gerechten Frieden an, so würde es hierauf zu einem viel früheren Zeitpunkt einzugehen geneigt sein, als wenn man es durch Zerschmetterungsdrohungen aufstachelte, bis zum Alleräußersten auszuhalten.

Das alles hat damals Graf Reventlow leidenschaftlich bekämpft. Er sah statt der stufenweisen Verschlechterung eine Katastrophe in nächster Nähe und baute darauf seine politischen Schlüsse. Heute behauptet er genau dasselbe, weswegen er uns vor Monatsfrist leidenschaftlich bekämpfte, freilich zu anderem Zweck und Ziel. Einen bestimmten Zeitpunkt der englischen Katastrophe will Graf Reventlow nicht mehr voraussagen, prolongiert ihn von einigen Monaten „auf eine ganze Reihe von Monaten" und konstatiert auch nur als einzig sicheres Moment die allmählige Verschlechterung der englischen Lage. Graf Reventlow hat sich also bezüglich der tatsächlichen Voraussetzungen zu der Auffassung des „Vorwärts" bekehrt, logischerweise muß er nun auch unsere politischen Schlußfolgerungen zu den seinigen machen. (z)

Urlaubsgesuche zur Frühjahrsbestellung. Im preußischen Abgeordnetenhause ist ein von allen Parteien unterzeichneter Antrag eingegangen, die Regierung zu ersuchen, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die Erledigung von Urlaubsgesuchen von Mannschaften des Heeres und der Marine zur Frühjahrsbestellung mehr als bisher beschleunigt wird und der Urlaub der bereits zur Frühjahrsbestellung beurlaubten Mannschaften die infolge der ungünstigen Witterung notwendig gewordene Verlängerung erfährt.

Tod eines Landtagsabgeordneten. Die „Kölnische Volkszeitung" meldet aus Bensberg: Landtagsabgeordneter Euler (Z.) ist heute morgen im Krankenhaus in Bergisch-Gladbach gestorben.

Ein Aufruf des Kriegsamts an die Rüstungsarbeiter ist zur Verbreitung gelangt und soll an den Litfaßsäulen angeschlagen werden, so daß sich sein Abdruck erübrigt.

Letzte Nachrichten.

Die Kriegsziele der provisorischen Regierung

Eine neue russische Note.

Petersburg, 26. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die provisorische Regierung bereitet augenblicklich eine Note vor, die sie nächstens an die alliierten Mächte zu richten beabsichtigt und in der sie mehr ins einzelne gehend ihre Ansichten über die Probleme und Ziele des gegenwärtigen Krieges darlegen wird, gemäß der von der provisorischen Regierung über diese Frage schon veröffentlichten Erklärung.

Die Entente-Sozialisten in Petersburg.

Petersburg, 26. April. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die sozialistischen Abordnungen Frankreichs und Englands in Rußland haben Journalisten gegenüber ihre Eindrücke bekanntgegeben. Sanders erklärte, die englische Abordnung ist nach Rußland gekommen, nicht nur um die Revolution zu begrüßen, sondern auch, um die Haltung der englischen Arbeiterklassen in betreff des Krieges klarzulegen. Die natürliche Neigung der russischen Arbeiterführer zum Frieden schließt jeden Gedanken an einen Sonderfrieden oder einen von Deutschland diktierten Frieden aus. Die englische Abordnung hat dem Rat der Soldaten- und Arbeiterabgeordneten ein obligatorisches Programm unterbreitet, auf das England niemals verzichten wird und das die Rückgabe aller gewaltsam entrissenen Gebiete und die Wiedergutmachung aller verursachten Schäden durch die für den Krieg verantwortlichen Mächte einschließt. Das Programm enthält notwendigerweise die Wiederherstellung der kleinen besetzten Länder. Die Abordnung erwartet eine genaue Antwort des Soldaten- und Arbeiterrates.

Moutet, der Abgeordnete von Lyon, erklärte, die französische Abordnung hat die Ausdrücke der Formel „Friede ohne Annexionen und Kriegsentschädigung" genauer festgestellt und dem Soldaten- und Arbeiterrate klargemacht, daß Frankreich die Wiedergutmachung der verursachten Schäden nicht als Kriegsentschädigung betrachtet. Ohne diese Wiedergutmachung ist ein Friede unmöglich. Frankreich wird niemals einen ehrlosen Frieden unterschreiben. Der Ausdruck Annexionen umfaßt durchaus nicht die Wiederherausgabe gestohlener Gebiete wie Elsaß-Lothringen. Diese Frage ist ein Ideal, daß die freien Demokratien nicht opfern können. Nach meinem Gefühl, erklärte Moutet, besteht zwischen dem Rat der Abgeordneten und uns schon ein prinzipielles Einverständnis über die Frage der Annexionen. Wir erwarten auch eine genauere Feststellung des Ausdruckes Kriegsentschädigung.

Petersburger Truppen an die Front.

Amsterdam, 26. April. Dem „Algemeen Handelsblad" wird aus Petersburg telegraphiert, daß gestern die erste Abteilung revolutionärer Truppen die Hauptstadt verließ, um an die Front zu gehen. In dem Telegramm wird gesagt, daß die Truppen aus eigener Initiative an die Front gingen, denn die Regierung habe sofort erklärt, daß sie die revolutionären Truppen von Petersburg nicht an die Front schicken würde.

Mobilisierung der russischen Aerzte.

Petersburg, 26. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Kongreß von Abgeordneten der Militär- und Marineärzte hat eine Entschließung angenommen, die erklärt, daß die sofortige Mobilisierung der Aerzte und Aerztinnen für die Bedürfnisse des Heeres und des Landes notwendig sei.

Zusammenschluß russischer Flüchtlinge in Frankreich.

Genf, 26. April. (Frkf. Ztg.) Die in Frankreich bestehenden 21 Gruppen politischer Flüchtlinge aus Rußland haben mit Genehmigung und Unterstützung der provisorischen Regierung einen Zentralausschuß in Paris eingesetzt, der die Heimkehr aller politischen Flüchtlinge fördern soll.

Die Entente fordert Ausweisung griechischer Offiziere.

Bern, 26. April. Lyoner Blätter melden aus Athen, daß General Conobe namens der Alliierten von der griechischen Regierung gefordert habe, daß gewisse Offiziere, darunter der Gendarmeriekommandeur und der Sekretär der Polizeidirektion aus Griechenland entfernt würden.

Die polnische Frage im Unterhause.

London, 26. April. Im Unterhause wird Asquith heute die Frage stellen, ob die Regierung über die Zukunft Polens Mitteilung machen kann.

Windheim — und weiter?

Minden (Westfalen), 26. April. Regierungspräsident v. Borries beabsichtigt, demnächst von seinem Amt zurückzutreten.

Gewerkschaftsbewegung

Eine Mahnung an die Metallarbeiter.

Auch der Zentralvorstand des Metallarbeiterverbandes richtet sich mit einer Mahnung an die Verbandsmitglieder, in der er die Kollegen vor der Beteiligung an nutzlosen Streiks warnt. Nach einem kurzen Hinweis auf gegenwärtig harte Bedrängung unserer Feldgrauen an der Westfront und der Last des Krieges, unter der die Arbeiter besonders zu leiden haben, wird die von den Arbeitern erhobene Forderung, für eine bessere Verteilung der Lebensmittel zu sorgen, als durchaus berechtigt anerkannt. Dann aber wird an die Solidarität der Daheimgebliebenen appelliert, ihre kämpfenden Brüder nicht im Stiche zu lassen und sie nicht schutzlos den ungeheuren Angriffen der Gegner preiszugeben. Und dann heißt es in dem Aufruf:

„Bisher habt ihr trotz aller Bedrängnisse wacker eure Pflicht erfüllt, erfüllt diese eure Pflicht noch weiter, selbst wenn die Bedrängnisse sich noch steigern. Leiht eure Ohren nicht den falschen Propheten, die euch mit gleisnerischen Phrasen von eurer ernsten und verantwortungsvollen Pflicht abzudrängen, euch in der ernsten und schwersten Stunde unseres Volkes zur Erkämpfung von „Friede — Freiheit — Brot" zu Arbeitseinstellungen zu veranlassen suchen. Haltet fest an den Grundsätzen unseres eigenen Werkes, unserer Gewerkschaft, die in der erfolgreichen Vertretung eurer Interessen von jeher und auch im Kriege nicht erlahmt ist euch auch fürderhin treu zur Seite stehen wird. Seid eingedenk der Tatsache, daß Tausende und Abertausende unserer Verbandskollegen euch den Verband als teures Kleinod in Gewahrsam gegeben haben; die Organisation ungeschwächt und in sich geschlossen, wie sie diese verlassen mußten, von euch zurückverlangen. Haltet fest an den gewerkschaftlichen Aufgaben und Grundsätzen, die wir uns im Verband gestellt haben und wacht peinlich darüber, daß die Streitigkeiten, die die politische Arbeiterbewegung in eine so bedauerliche Lage gebracht haben, unserem Verbande fernbleiben. Besonders in letzter Zeit haben es einige unserer Verbandskollegen sowie außerhalb unseres Verbandes stehende Personen versucht, Mitgliedschaften unseres Verbandes zu Arbeitseinstellungen, zu politischen Zwecken zu mißbrauchen und dies leider auch in einigen Fällen erreicht, ohne allerdings den in Aussicht gestellten Erfolg damit zu erreichen.

Der von gewissenloser Seite den deutschen Arbeitern empfohlene „Generalstreik" kann schon seinem Wesen nach weder den von uns allen ersehnten Frieden, noch eine Erleichterung der Ernährungsschwierigkeiten bringen; er verzögert vielmehr nur den Friedensschluß und vermehrt die Leiden des Volkes. Allein die Stillegung der Eisenwerke, der Munitionsfabriken und der Transportmittel würde genügen, die vorhandenen Schwierigkeiten ins ungemessene zu steigern. Die rechtzeitige Heranführung der Lebensmittel aus den Ueberschußgebieten in die Bedarfsbezirke wäre damit unmöglich gemacht und die städtische Bevölkerung, vor allem die deutschen Arbeiter, auf das allerschwerste davon betroffen.

Mitglieder unseres Verbandes, ihr seid vor solchen falschen Freunden hiermit dringend gewarnt. Verlaßt in dieser harten und ernsten Zeit nicht den Boden der uns selbst gegebenen Verfassung. Auch in Kriegszeiten ist die Verfassung, unser Verbandsstatut, der einzige und beste Ratgeber und Wegweiser. Derjenige, der sich an diesen Wegweiser nicht hält, stellt sich außerhalb des Statuts und damit außerhalb unseres Verbandes. In welchen Fällen zur Waffe der Arbeitseinstellung gegriffen werden soll und darf, ist in unserem Verband verfassungsmäßig festgelegt, ebenso, daß die Entscheidung über die Anwendung dieses Kampfmittels beim Verbandsvorstand liegt. Daß aber dieses Mittel erst angewendet werden darf, wenn alle Versuche einer gütlichen Verständigung fehlgeschlagen sind, ist ein in Zeiten des Friedens allgemein beobachtetes, von unseren Generalversammlungen ausdrücklich und wiederholt gebilligtes Verfahren, gilt insbesondere auch zu Zeiten des Krieges, zumal da heute gesetzliche Einrichtungen bestehen, die auf Anrufung schlichtend einzugreifen haben. Diese Einrichtungen sind geschaffen, um den Arbeitern möglichst schnell zu ihrem Rechte zu verhelfen und um Erschütterungen im Wirtschaftsleben zu vermeiden, weil solche Erschütterungen zur Beunruhigung und zur Schwächung unserer Grenzwachen und Verteidigungslinien führen müssen. Tragen die geschaffenen Schlichtungseinrichtungen an irgend einem Orte den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter je nicht genügend Rechnung, dann ist durch Vorstelligwerden bei den weiterhin vorgesehenen Instanzen auf Abhilfe zu dringen.

Darum vergeht sich an seinen Volksgenossen, an seinen Arbeitsbrüdern, an seinem eigenen Fleisch und Blut draußen auf den Schlachtfeldern, jedes Verbandsmitglied, das sich an Arbeitseinstellungen und Demonstrationen zu politischen Zwecken, die im Widerspruch mit unserem Statut stehen, beteiligt oder solche gar selbst einleitet.

Der Verband muß einheitlich und geschlossen bleiben, mehr denn je. Die Kriegszeit mit ihren ungeheuren Kriegsgewinnen hat die wirtschaftliche Macht des Unternehmertums außerordentlich gestärkt. Große Wirtschaftskämpfe sind nach eingetretenem Friedensschluß zu erwarten, die hohe Anforderungen an die gewerkschaftliche Organisation stellen werden. Der Verband muß demgegenüber gerüstet sein und darf keine Schwächung erfahren. Das war bis jetzt nicht der Fall. Erst im letzten Vierteljahr konnte der Verband einen hocherfreulichen quantitativen Erfolg erzielen. Seine Mitgliederzahl stieg von 267 360 am 31. Dezember 1916 auf 281 000 im März dieses Jahres. Sie wird weiter steigen und den Einfluß des Verbandes stärken, wenn in dem altbewährten Sinne weitergearbeitet wird.

Insbesondere verlangen wir von unseren Vertrauensleuten, daß sie den unverantwortlichen Treibereien keinen Vorschub leisten, ihnen vielmehr auf das allerentschiedenste entgegentreten. Den berechtigten Wünschen der Mitglieder kann nur im innigen Einvernehmen mit den zuständigen Verbandsstellen Geltung verschafft werden. Die Vertrauensleute haben die Pflicht, aufklärend zu wirken und die Ortsverwaltung laufend und rechtzeitig über alle Vorkommnisse in den Betrieben zu unterrichten. An diese Verbandspflicht sei hiermit auf das nachdrücklichste erinnert.

Kollegen und Kolleginnen! Wollt ihr nach wie vor Solidarität mit unseren draußen stehenden Volksgenossen, Arbeitsbrüdern und Verbandskollegen üben, so dürft ihr sie nicht schutzlos dem mörderischen Feuer der Gegner ausliefern. Beachtet diese Mahnung und wahrt die Geschlossenheit und Einigkeit in unserem Verbande."

Deutsches Reich.

Die Bergarbeiterlöhne in Preußen.

Am 16. April richteten die vier gewerkschaftlichen Bergarbeiterverbände eine Eingabe an den Handelsminister Dr. Sydow um Veröffentlichung der Lohnstatistik. Am 20. April wurde diese Lohnstatistik im „Reichsanzeiger" veröffentlicht. Danach betrugen die Durchschnittslöhne der Gesamtbelegschaft sowie der eigentlichen Bergarbeiter pro Schicht (in Mark):

	Gesamtbelegschaft			Eigentl. Bergarbeiter		
	2. Viertel 1914	4. Viertel 1916	Steigerung in %	2. Viertel 1914	4. Viertel 1916	Steigerung in %
Ruhrgebiet	5,22	6,86	31,4	6,19	8,88	43,5
Oberschlesien	3,65	4,68	28,2	4,87	6,94	42,5
Niederschlesien	3,49	4,27	22,3	3,93	5,11	30,0
Saargebiet	4,42	5,40	22,2	5,08	6,60	29,9
Aachener Revier	4,80	5,58	16,2	5,43	6,81	25,4
Niederrh. Steinkohlenbergbau	5,49	7,20	31,1	6,14	8,90	44,9
Haller Braunkohlenbergbau	3,74	4,50	20,3	4,17	5,43	30,2
Linksrh. Braunkohlenbergbau	4,25	5,37	26,3	4,65	6,44	38,5
Haller Salzbergbau	4,20	5,00	19,0	4,72	6,00	27,1
Clausthaler Salzbergbau	4,39	5,05	15,0	4,98	6,20	24,5
Mansfelder Erzbergbau	3,66	5,68	55,2	3,83	6,67	74,1
Oberharzer Erzbergbau	3,55	5,51	55,2	4,13	7,19	74,1
Siegener Erzbergbau	4,40	6,15	39,8	5,03	7,49	48,9
Nassau-Wetzlarer Erzbergbau	3,52	4,84	37,5	3,70	5,18	40,0
Rechtsrh. Erzbergbau	3,97	5,34	34,5	4,50	6,43	42,9
Linksrh. Erzbergbau	3,34	4,38	31,1	3,69	4,91	33,1

Am meisten sind seit Kriegsbeginn die Löhne in den Erzbergbaurevieren gestiegen, wo Kupferschiefer gefördert wird. Das ist nicht verwunderlich, denn Kupfer hat heute einen märchenhaften Preis, und die Kupfergrubenbesitzer schwimmen im Gold. Die niedrigste Steigerung weist der Salzbergbau im Clausthaler Revier auf, trotzdem standen im IV. Quartal 1916 dort die Löhne immer noch besser als im Haller Braunkohlenbergbau, in dem der Lohn der eigentlichen Bergarbeiter im IV. Quartal 1916 nur 5,43 M. betrug.

Am schlechtesten steht es mit der Lohnhöhe im linksrheinischen Erzbergbau aus, wo die eigentlichen Bergarbeiter trotz einer Steigerung von 33,1 Proz. noch mit einem Lohn von 4,91 M. abgespeist werden.

Im Saargebiet ist der Lohn der eigentlichen Bergarbeiter nur um 29,9 Proz. gestiegen seit dem II. Quartal 1914, er stand im vierten Viertel 1916 auf 6,60 M. gegen 8,88 M. im Ruhrgebiet und 8,90 M. am Niederrhein.

In Niederschlesien ist eine 30prozentige Lohnerhöhung eingetreten, doch waren die Löhne im II. Quartal 1914 derart niedrig, daß im IV. Vierteljahr die eigentlichen Bergarbeiter im Durchschnitt nur 5,11 Mark verdienten.

Im I. Quartal 1917 wird im Ruhrgebiet eine weitere Steigerung von 10 bis 15 Proz. eingetreten sein, in anderen Revieren ist die Steigerung noch geringer zu schätzen.

Nachdem die amtlichen Zahlen über die Lohnhöhe im IV. Quartal 1916 vorliegen, wird wohl das müßige Gerede über die hohen Löhne der Bergarbeiter verstummen und die Allgemeinheit wird die Unzufriedenheit der Bergarbeiter mit solchen Löhnen in der so teuren Kriegszeit verstehen und begreifen. Hoffentlich geht das Tempo der Lohnerhöhungen nun etwas flotter von statten. Das erwarten die Bergarbeiter sowohl von den Werksherren der Privatgruben, wie vom Fiskus.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Kupferwerke Deutschland, Berlin-Oberschöneweide, zahlen 14 Proz. Dividende (gegen 12 im Vorjahre). — Die Chemische Fabrik auf Aktien (vorm. E. Schering) verteilt eine Dividende von 16 Proz. — Die Akt.-Ges. für Bauausführungen hat ihre Dividende auf 12 Proz. festgesetzt. Die Generalversammlung genehmigte eine Erhöhung des Aktienkapitals von 1 Million auf 3½ Millionen Mark.

Deutsche Bank und Bagdadbahn.

Die Generalversammlung der Deutschen Bank setzte die Dividende auf 12½ Proz. fest. In der Versammlung waren 48 307 200 M. Aktien mit 483 072 Stimmen vertreten.

Auf eine Anfrage hin erklärte Direktor v. Gwinner die Behauptung, die Bank habe 320 Millionen Mark in der Bagdadbahn festgelegt, für eine freie Erfindung. Die Beteiligung der Bank an der Bagdadbahn sei derart, daß sie nach menschlichem Ermessen keinen Verlust nach sich ziehen könnte. Die Steigerung der Löhne und Preise mache aber eine Aenderung der Konzession notwendig, wozu das Unternehmen der Hilfe der deutschen und der türkischen Regierung bedürfe.

Friedensverflauung. Auf der gestrigen Börse waren, wie der Bericht sagt, Deutsche Waffen vorübergehend schwächer, Köln-Rottweiler und Dynamit stellten sich niedriger. Die ganze Rüstungsindustrie zeigte vorwiegend schwächere Haltung bei geringem Geschäft.

Soziales.

Krieg und Krankheitshäufigkeit.

Die Annahme ist naheliegend, daß die größere Arbeitsintensität verbunden mit den ungünstigen Ernährungsverhältnissen zu einer Steigerung der Krankenzahl geführt hätte. Diese Annahme wird jedoch durch die Krankenkassenstatistik widerlegt. Nach den in den „Monatsberichten des Statistischen Amtes der Stadt Berlin" veröffentlichten Zahlen über alle der Aufsicht des Magistratskommissars unterstellten Krankenkassen einschließlich der Reichs- und Staatskrankenkassen ist die Zahl der erwerbsunfähigen Kranken bei Ausbruch des Krieges stark zurückgegangen. Gegen Ende des Jahres 1914 wurde der Tiefstand der Krankenziffer erreicht; seither ist wieder eine Steigerung zu beobachten, doch bleibt die Krankenziffer noch weit hinter dem Friedensstand zurück.

Die Zahl der versicherungspflichtigen männlichen Mitglieder der Berliner Krankenkassen betrug Anfang Juli 1914 507 158; sie ging, von einigen Schwankungen abgesehen, fortgesetzt zurück und betrug am Ende des Jahres 1916 nur noch 307 566, also eine Verminderung um 39,3 Proz. In der gleichen Zeit stieg die Zahl der versicherungspflichtigen weiblichen Mitglieder von 358 099 auf 439 769, eine Zunahme um 22,8 Proz. War das Verhältnis der männlichen zu den weiblichen Kassenmitgliedern im Juli 1914 wie 100 : 70,6, so zeigt ein Vergleich des Standes am Ende des Jahres 1916 ein Verhältnis von 100 : 143,0.

Die Zahl der erwerbsunfähig Kranken war im Frieden bei den weiblichen Mitgliedern in der Regel verhältnismäßig größer als bei den männlichen. Auf 1000 versicherungspflichtige Mitglieder kamen am 1. Juli 1914 bei den männlichen Mitgliedern 46,5, bei den weiblichen 64,5 Kranke. In den ersten Kriegsmonaten ging die Krankenziffer rapid herab. Auf je 1000 Mitglieder berechnet kamen am 1. November 1914 25,7 männliche, 22,0 weibliche Kranke. Der Krankenstand der weiblichen Mitglieder war also noch günstiger als der der männlichen. Noch größer ist der Unterschied am 1. Januar 1915, wo 28,2 pro Mille der männlichen, aber nur 21,3 pro Mille der weiblichen Mitglieder erwerbsunfähig krank war. Vom Beginn des Jahres 1915 ab steigt die Krankenziffer wieder bei beiden Geschlechtern. Der Unterschied in der Krankheitshäufigkeit der männlichen und weiblichen Mitglieder gleicht sich so ziemlich aus; am 1. Januar 1917 waren 35,3 pro Mille der männlichen und 35,5 pro Mille der weiblichen Mitglieder erwerbsunfähig krank.

Die auffällige, starke Verminderung der Krankenziffer zu Beginn des Krieges ist sicher nicht allein darauf zurückzuführen, daß in der allgemeinen Erregung von der alle Welt erfaßt wurde, körperlichen Beschwerden eine geringe Bedeutung beigemessen wurde. Die Vermutung liegt nahe, daß die Kassenärzte für die Anerkennung der Erwerbsunfähigkeit einen strengeren Maßstab anlegten als früher. Ist das der Fall, dann allerdings erscheinen die steigenden Krankenziffern in den letzten Monaten in einem anderen Lichte. Es ist dann nicht angängig, diese Ziffern mit den entsprechenden aus der Friedenszeit zu vergleichen. Man muß die Krankenstatistik in der Kriegszeit für sich betrachten und dann kommt man zu dem Ergebnis, daß der Krankenstand der Arbeiterschaft in erheblichem Maße steigt. Bietet auch der augenblickliche Krankenstand noch keinen Anlaß zu Besorgnissen, so wird man diesen Dingen doch die notwendige Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Die Wünsche der Arbeiter nach Verkürzung der Arbeitszeit und gerechter Verteilung der Lebensmittel werden durch die Ergebnisse der Krankenkassenstatistik wesentlich unterstützt.

Entlassene Mannschaften in militärischen Krankenanstalten.

Die Frage, ob entlassene Mannschaften, die später zur ärztlichen Behandlung in militärische Krankenanstalten überwiesen werden, als wieder in den Heeresdienst einberufen gelten, ist vom Minister des Innern verneint worden. Daraus folgt, daß Familien solcher Mannschaften für die Dauer dieser Behandlung keinen gesetzlichen Anspruch auf Familienunterstützung haben. Andererseits aber muß nach dem Mannschafts-Versorgungsgesetz denjenigen Rentenberechtigten, die Ernährer von Familien sind, während der Dauer ihres Aufenthalts in militärischen Krankenanstalten die Rente nach Bedürfnis ganz oder zum Teil zur Bestreitung des Unterhalts ihrer Familie gewährt werden. Die Entscheidung hierüber steht den Generalkommandos zu, der Antrag auf Bewilligung ist bei dem zuständigen Bezirksfeldwebel zu stellen. Die neben der Rente etwa gewährten Versorgungsgebührnisse (Kriegszulage, Verstümmelungszulage) bleiben während des Aufenthalts in der Krankenanstalt unverkürzt zahlbar.

Mit Rücksicht darauf, daß der Arbeitsverdienst während dieser Zeit wegfällt und daß die Familien trotz der Ansprüche aus dem Mannschaftsversorgungsgesetz nicht selten in Not geraten, hat der Minister des Innern die Gemeinden angewiesen, die Familien nötigenfalls im Wege der Kriegswohlfahrtspflege zu unterstützen. Die öffentliche Armenpflege kann in solchen Fällen, wie es in dem Erlaß ausdrücklich heißt, nicht in Betracht kommen. Hiernach sind also diejenigen Kriegerfamilien, die wegen Wegfalls des Arbeitsverdienstes des Ehemannes anläßlich seiner Ueberweisung in eine militärische Krankenanstalt in Not geraten, aus Mitteln der Kriegswohlfahrtspflege und nicht aus Armenmitteln zu unterstützen.

Verbot der Benutzung gesundheitswidriger Räume.

Aus gesundheitspolizeilichen Gründen war an den Anwalt und Notar Glaser in Neumarkt (Schlesien) eine polizeiliche Verfügung ergangen, ein unzulängliches Schreibmaschinenzimmer und ein Mädchengelaß nicht mehr benutzen zu lassen. Das Mädchengelaß stand in Verbindung mit dem Abortraum.

G. beschwerte sich vergeblich beim Regierungspräsidenten in Breslau. Der Regierungspräsident war ebenfalls der Meinung, daß aus Gesundheitsrücksichten die Benutzung der beiden Räume zu einem mehr oder minder dauernden Aufenthalt von Menschen zu unterbleiben habe.

Der Anwalt klagte nun gegen den Regierungspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht und machte geltend, es könne nicht davon die Rede sein, daß die Benutzung der Räume eine Gesundheitsgefährdung mit sich bringe. Von den Mädchen, die die Räume benutzt hätten, sei noch keines krank geworden.

Es wurde ein Sachverständiger gehört. Dieser meinte, daß eine Gefährdung der Gesundheit dann nicht zu befürchten sei, wenn eine ausreichende Lüftung vorgenommen und das Klosett abgeschlossen würde.

Das Oberverwaltungsgericht wies jedoch die Klage des Anwalts ab und führte aus:

Die polizeiliche Verfügung sei gerechtfertigt. Nach dem Gutachten wäre es ja allerdings möglich, eine Gefährdung der Gesundheit durch eine ausreichende Lüftung zu verhindern. Im anderen Falle bestehe also eine Gesundheitsgefahr. Es fehle nun aber eine Gewähr dafür, daß die Lüftung wirklich in ausreichendem Maße stattfinden werde. Deshalb müsse es bei dem polizeilichen Verbot verbleiben. Es finde seine Stütze im § 10 Teil 2 Titel 17 des Allgemeinen Landrechts, wonach es Aufgabe der Polizei sei, bevorstehende Gefahren vom Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben abzuwenden.

IX. A. 14. 16.

Berichtigung. Im dritten Absatz der gestern abgedruckten kleinen Abhandlung „Keine Klassenhygiene" beginnt der letzte Satz mit „Natürlich". Das ist ein Druckfehler. Der Satz soll lauten: „Wörtlich heißt es in der Erklärung weiter."

Eingegangene Druckschriften.

Schwarzgeld. Von Hermann Bahr. 2 M. — **Volk, Staat und Persönlichkeit.** Von Leopold Ziegler. 2 M. — **Weltkrieg und Völkerrecht.** Von Ferdinand Tönnies. 1 M. — S. Fischer, Verlag, Berlin.

Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst. Von Dr. Georg Baum. Bosch. 2 M., geb. 3 M. — Verlag von J. Heß, Stuttgart.

Die Freiheit der Meere. Von Dr. Joseph Neumann. 1,80 M. — Reichsverlag Hermann Kalkoff, Berlin W 35.

Normenlehre. Von W. Porstmann. Geh. 6 M., geb. 7 M. — Schulwissenschaftlicher Verlag A. Haase, Leipzig.

Verantwortl. f. Politik: Dr. **Franz Diederich**, Berl.-Friedenau; für d. übrigen Teil d. Blattes: **Alfred Scholz**, Neukölln; für Inserate: **Th. Glocke**, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Eine Hausbibliothek gratis!

Verlangen Sie kostenlos Probeheft.

Alle Leser erhalten gegen Einsendung des nebenstehenden Gutscheines ein Gratis-Probeheft der rühmlichst bekannten illustrierten Zeitschrift „Welt und Wissen". Dieselbe bringt von ersten Schriftstellern gemeinverständliche Abhandlungen aus allen Wissensgebieten. Jedes Heft enthält ca. 20 Artikel, z. B.: Der Mensch in der Pfahlbauzeit — Wenn die Erde erzittert. — Wie erhalte ich mich jung. — Der Wille und dessen Gymnastik. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisterwelt. — Flüssige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verschwundene Städte in der Sahara. — Eine Fahrt im Unterseeboot usw.

Außerdem erhält jeder Abonnent eine große illustrierte **Hausbibliothek gratis** und zwar zu jedem Jahrgang drei Werke.

Damit jeder Leser darauf abonnieren kann, ist der Preis auf nur 20 Pf. pro Heft festgesetzt.

Gutschein V

für ein **Gratis-Probeheft.**

An den Verlag von **„Welt und Wissen"**
Berlin-Schöneberg, Am Park 11.

Ich bestelle hiermit ein Probeheft kostenlos zugestellt.

Name _____

Ort _____

Abgeordnetenhaus.

86. Sitzung. Donnerstag, den 26. April 1917. nachmittags 2 Uhr.

Das Haus ehrt zunächst das Andenken der inzwischen gestorbenen sowie des früher bei einem Sturmangriff im Osten gefallenen Abgeordneten Imbusch (Z.) durch Erheben von den Plätzen.

Auf der Tagesordnung stehen

Initiativanträge und Petitionen.

Ein Antrag Fritsch (natl.) und Genossen ersucht die Regierung, dahin zu wirken, daß die seit längerer Zeit betriebenen Vorarbeiten zur Schaffung einer deutschen Einheitskurzschrift für den Verkehrsgebrauch einen möglichst beschleunigten Fortgang erfahren. Abg. Fritsch begründet den Antrag in längeren Ausführungen, die auf der Tribüne völlig unverständlich bleiben.

Der Antrag wird hierauf angenommen.

Es folgt ein Antrag Althof (natl.) und Genossen, der wünscht, daß Disziplinarstrafen in den Personalakten der Beamten nach Ablauf einer angenommenen Frist gelöscht werden sollen.

In Verbindung damit werden beraten Anträge verschiedener Parteien, wonach den Beamten von nachteiligen Eintragungen in den Personalakten Kenntnis und Gelegenheit zur Aeußerung, auf Wunsch auch Einsicht in die Personalakten gegeben werden soll.

Abg. **Haenisch** (Soz.):

Es ist bedauerlich, daß um eine eigentlich so selbstverständliche Sache in der Zeit der Neuorientierung so lange gekämpft werden muß. Die Regierung erblickt in den Anträgen eine Gefährdung der Disziplin. Sie wird sich hier aber ebenso zum Umlernen genötigt sehen, wie in der Frage der Arreststrafen der Beamten. Ich will heute nicht alle Gründe, die für die Anträge sprechen, wiederholen, sondern nur zwei Momente hervorheben. Zunächst verweise ich darauf, daß nach der Zivilprozeßordnung im Schuldnerverzeichnis alle Personen, die den Offenbarungseid geleistet haben, nach einer gewissen Frist gelöscht werden, und dann erinnere ich an den Gnadenerlaß vom 27. Januar 1916, wodurch der größte Teil der Strafen, die vor 1906 verhängt worden sind, gelöscht wurde. Wenn das bei ernsten kriminellen Vergehen möglich war, um wieviel mehr ist ein ähnliches Vorgehen bei den Disziplinarstrafen notwendig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es sind durchaus nicht die untüchtigsten Beamten, die sich in jüngeren Jahren einmal eine Disziplinarstrafe zuziehen, die ihnen dann ihr Leben lang als Kette am Bein nachschleppt. Die guten Eigenschaften stehen nicht in den Akten.

So ergeben die Akten oft ein ganz falsches Bild, was besonders verhängnisvoll wirkt, wenn der Beamte den Dienst wechselt und neue Vorgesetzte bekommt. Auch urteilen die Vorgesetzten ganz verschieden. Aus all diesen Gründen stimmen wir dem Antrage zu. (Bravo! b. d. Soz.)

Ein Regierungskommissar erklärt, daß die Regierung den Anträgen auf Löschung der Disziplinarstrafen nach einer gewissen Frist wohlwollend gegenüberstehe. Die Offenlegung der Personalakten sei indes von außerordentlicher Tragweite für das Beamtenverhältnis; dieser Forderung ständen bei sämtlichen Ressorts die größten Bedenken gegenüber.

Abg. **Bartscher** (Z.) erwartet von der beantragten Zurückverweisung der Anträge an die Kommission eine die Beamten voll befriedigende Lösung. Die Offenlegung der Personalakten ist schon in den 50er Jahren verlangt worden. Die Beamten haben gegen nachteilige Eintragungen nicht einmal das Recht der Verteidigung, das selbst dem schwersten Verbrecher zusteht.

Abg. Dr. **Liepmann** (natl.): Herr Haenisch irrt, wenn er meint, daß in die Personalakten nicht auch anerkennende Vermerke eingetragen werden. Der Zurückverweisung der Anträge stimmen wir zu.

Abg. **Delius** (Vp.) spricht für die Anträge und bedauert die ablehnende Haltung der Regierung.

Abg. **Ad. Hoffmann** (Soz. Arbg.): Herr Haenisch hoffte, daß die Regierung in dieser Frage umlernen werde. Aber die Regierung hat es mit dem Umlernen nicht so eilig wie andere. Daß auch das Haus nicht daran denkt, umzulernen, beweist die Zurückverweisung dieser Anträge, die doch nur eine Verschleppung der Angelegenheit bedeutet. Von dem „Wohlwollen" des Hauses haben die Beamten nichts. Ein glattes Nein sagt man in dieser Zeit nicht, aber wenn Sie erst aus dem jetzigen Druck heraus sind, werden Sie ein Entgegenkommen nicht mehr für nötig halten. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbg.)

Damit schließt die Debatte, die Anträge werden an die Kommission zurückverwiesen.

Ein Antrag **Aronsohn** (Vp.) u. Gen. betreffend Umrechnungen eines Teiles der Militärdienstes auf das Besoldungsdienstalter bei den Kommunalverwaltungen wird auf Antrag der Konservativen an die Gemeindekommission verwiesen.

Es folgen Petitionen.

Eine Petition des Zentralverbandes der Hausangestellten Deutschlands um

Aufhebung der Gesindeordnung

beantragt die Kommission der Regierung als Material zu überweisen. Ferner schlägt die Kommission folgende Entschließung dazu vor:

> Die Regierung wolle baldmöglichst den Entwurf einer Gesindeordnung für Preußen als Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch unter Aufhebung der bisherigen Gesindeordnungen vorlegen.

Abg. Hirsch (Soz.):

Meine Freunde beantragen, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Beschluß der Kommission, die zwar die bisherige Gesindeordnung aufheben will, aber gleichzeitig Einführung einer neuen Gesindeordnung wünscht, geht uns lange nicht weit genug. Darüber sollte hier Uebereinstimmung herrschen, daß die jetzigen Gesindeordnungen in die neue Zeit nicht mehr hineinpassen. Auch der Kommissionsbericht spricht schon von einer Masse veralteter Bestimmungen. Insbesondere handelt es sich da um die Bestimmungen, die der Herrschaft in gewissen Fällen ein Züchtigungsrecht gegenüber dem Gesinde einräumen. Angesichts solcher Bestimmungen verlangen wir, daß ganze Arbeit gemacht wird. Sonderbar berührte die Antwort des Regierungsvertreters in der Kommission, der erklärte, die Neuregelung des Rechtsverhältnisses des Gesindes könne zurzeit in Rücksicht auf die Geschäftslage nicht in Aussicht gestellt werden, weil die Verwirklichung dieser Absicht erhebliche gesetzgeberische Vorarbeit verlangt. Mit dieser Ausrede kann man uns stets kommen. (Sehr wahr!) Sie bringt man auch bei der Wahlreform vor. Die „rechte Stunde", von der in der Osterbotschaft die Rede ist, ist auch gekommen zur Beseitigung der Gesindeordnung. Wer einen Hauch der neuen Zeit verspürt hat, muß für unsere Forderung eintreten (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Paul Hoffmann** (Soz.): Die Aufhebung der Gesindeordnung ist für uns eine selbstverständliche Forderung. Solange das Züchtigungsrecht der Herrschaft besteht, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn das Dienstpersonal in solchen Fällen zur Selbsthilfe greift. Die ganze Neuorientierung, wie sie jetzt dem Volke vorgeredet wird, hat lediglich den Zweck der Täuschung.

Abg. **v. Oertzen** (fk.): Daß die Gesindeordnung, die vor 200 Jahren erlassen ist, nicht mehr heutigen Verhältnissen entspricht, ist auch uns klar. Sie wollen sie beseitigen, wir wollen sie ändern. Bei den komplizierten Verhältnissen auf dem Lande kann das Gesinde nicht einfach unter das Bürgerliche Gesetzbuch gestellt werden.

Abg. **Wagner** (fk.): Herr Hirsch hat den Sinn der Entschließung der Kommission nicht richtig aufgefaßt. Sie will, daß alle bestehenden Gesindeordnungen aufgehoben werden und ein Gesinderecht im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches mit einigen ergänzenden Bestimmungen gemacht wird.

Abg. **Lieber** (natl.): An eine Verewigung der Gesindeordnung denken wir nicht; wir halten es aber nicht für angebracht, das Gesinde einfach unter das Bürgerliche Recht zu stellen, sondern halten einige besondere Bestimmungen für notwendig.

Abg. **Herold** (Z.) spricht gleichfalls für den Kommissionsbeschluß.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Unter Ablehnung des Antrags der Sozialdemokraten beschließt das Haus gemäß den Anträgen der Kommission.

Eine Petition des Bundes deutscher Militäranwärter wünscht

Abschaffung der Arreststrafe

für untere Beamte.

Abg. **Hoffmann** (Soz. Arbg.): Selbst in dieser Zeit, wo auch den Beamten die größten Opfer zugemutet werden, kann man sich noch nicht einmal dazu entschließen, das Unwürdigste, das noch für die Beamten existiert, die Arreststrafen für untere Beamten aufzuheben. (Lebhafte Zurufe: Sie ist ja abgeschafft!) Sie ist überholt durch das Reichsgesetz, die preußische Regierung mußte durch das Reichsgesetz gezwungen werden. (Gelächter.)

Abg. **Delius** (Vp.): Nicht durch Reichsgesetz, sondern durch Beschluß der preußischen Staatsregierung sind die Arreststrafen für untere Beamte in Preußen aufgehoben. Die Materie ist also längst erledigt, aber die Petition ist viel früher eingereicht worden, daher mußte sie hier zur Beratung kommen.

Abg. **Hoffmann** (Soz. Arbg.): Daß die Materie erledigt ist, ist klar. (Große Heiterkeit.) Sie ist aber nur erledigt, weil man wußte, daß ein Reichsgesetz eingereicht würde, wenn hier nicht Wandel geschaffen wird. (Erneute große Heiterkeit.)

Die Petition wird hierauf für erledigt erklärt.

Eine Petition des Verbandes der katholischen Arbeitervereine um

Ergänzung des Knappschaftskriegsgesetzes

beantragt die Kommission, der Regierung zur Erwägung zu überweisen und die Regierung zu ersuchen, dem Hause eine Denkschrift über die mit den Knappschaftskriegsgesetzen und mit der Durchführung der Petition voraussichtlich verbundene finanzielle Belastung der Knappschaftspensionskassen vorzulegen.

Abg. **Hue** (Soz.): Wir beantragen, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Petition wünscht, daß eine Bestimmung erlassen wird, daß die einberufenen Bergleute während der Zeit ihrer militärischen Dienstleistungen wirkliche Mitglieder der Pensionskassen bleiben und fordert weiter, daß auch den Hinterbliebenen im Kriege gefallener oder im Kriegsdienst verstorbener Knappschaftsmitglieder, die vor Ausbruch des Krieges zum Militärdienst eingezogen wurden und keine Anerkennungsgebühren bezahlten, die Hinterbliebenenbezüge gewährt werden. Je länger der Krieg dauert, desto notwendiger sind die Forderungen der Petition. Wir haben in den letzten Tagen zahlreiche Dankeskundgebungen an unsere heldenhaft kämpfenden Soldaten gehört. Es wäre ein schlechter Dank, wenn wir ihnen wieder nur Vertröstungen brächten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Brust** (Z.) weist darauf hin, daß es sich um Zehntausende eingezogener Bergleute und eine Gesamtbelastung der Knappschaftskassen schon in den ersten zwei Kriegsjahren von 61 Millionen handelt, so daß die Gefahr besteht, daß die Gewerkschaften schließlich die Zahlungen einstellen. Redner bittet daher, es bei dem Kommissionsbeschluß zu lassen.

Ein Regierungsvertreter weist gleichfalls auf die erheblichen finanziellen Folgen dieses Antrages hin. In den drei Kriegsjahren seien die Knappschaftskassen bereits mit rund 160 Millionen belastet.

Abg. **Schrader** (fk.) tritt ebenfalls für den Kommissionsantrag ein.

Abg. **Hue** (Soz.): Bei den fabelhaften Milliardenausgaben, die durch die Länge des Krieges entstanden sind, können diese Millionen nicht so ins Gewicht fallen, um offenkundige Ungerechtigkeiten gegenüber gewissen Bergleuten zu begehen. Durch unseren Antrag wird dem Geist des Knappschaftskriegsgesetzes entsprochen.

Der Antrag Hue wird gegen die Sozialdemokraten, die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und die Volkspartei abgelehnt. Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Nach Erledigung weiterer Petitionen vertagt sich das Haus auf Freitag 12 Uhr. (Kleine Vorlagen, Anträge, Petitionen.)

Schluß 5½ Uhr.

Militärfragen im Hauptausschuß

Gröner gegen die Streiks.

Zu Beginn der Sitzung erklärte der Kriegsminister: Die Frage der Beseitigung der Strafe des Anbindens sei noch nicht entschieden, sie werde noch weiter geprüft werden.

Abg. Erzberger stellt fest, daß der Ausschuß allerdings das Recht hat, entgegen der Ansicht Helfferichs die Fragen der Kriegführung zu erörtern. — Abg. Schöpflin (Soz.) vermißt, daß der Kriegsminister dem Ausschuß nicht genauere Informationen über die Kriegslage gibt. Neutrale Journalisten pflegen besser informiert zu werden. Innere Schwierigkeiten müssen bei der jetzigen Situation vermieden werden; es ist aber verkehrt, anzunehmen, daß die letzten Streikbewegungen auf äußere Einflüsse zurückzuführen seien. Die Ursache war die ganz verfehlte Lebensmittelpolitik. Redner schildert die schlimmen Verhältnisse im sächsischen Erzgebirge. Die Regierung trägt die Schuld an diesen Zuständen und man sollte es sich recht sehr überlegen, ob man mit Zwangsmitteln gegen die Arbeiterschaft vorgehen will.

General Gröner

bespricht dann ausführlich die Streiks und sagt:

Es hat mich gefreut, daß der Vorredner (Schöpflin) die Rüstungsstreiks verurteilt hat, aber er hätte weiter gehen können. Nicht nur längere Streiks sind vom Uebel, sondern überhaupt jeder Streik, und wenn er nur drei Stunden dauert.

Wie war denn die Sache mit dem Streik in der vorigen Woche? Nach dem langen Brukenwinter, den wir hinter uns hatten, nach der langen Kälte verstehe ich durchaus die Depression, in der sich die Arbeiter befanden, oder in die sie kamen, als plötzlich die Herabsetzung der Brotportion eintrat. Es ist ein sehr bedauerliches Zusammentreffen, daß gerade in dem Moment, wo die arbeitenden Menschen wieder aufatmeten, diese Maßregel kommen mußte. Ich verstehe, daß eine gewisse Unruhe in die Arbeiterschaft hineinkam, um so mehr, als so manche Zusagen, die auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung gemacht worden waren, nicht in Erfüllung gehen konnten. Ich stehe nicht an, das hier zu erklären; denn es trifft zu, daß es an vielen Stellen nicht gelungen ist, die in gutem Glauben gemachten Zusagen zu erfüllen. Wir leiden ja noch immer darunter. Aber die Arbeiter müssen auch einsehen, daß bei der ungeheuren Schwierigkeit der ganzen Materie sich hier und da solche Differenzen ergeben. Man muß es ihnen sagen, und man muß sie darüber eingehend aufklären.

In diese Depression hinein kam plötzlich — ich will nicht sagen woher — der Ruf: Wir müssen der Regierung zeigen, daß sie versäumt hat, rechtzeitig Maßnahmen zu treffen, wir müssen demonstrieren, wir wollen am 16. streiken. Dieser Gedanke ging wie ein Lauffeuer durch die Fabriken. Ich habe Briefe von Arbeitern bekommen, die die Sache beschrieben. Niemand wußte recht, woher die Sache kam. Es war der Boden bereitet für eine Massensuggestion. Nun habe ich die Sache wenig tragisch aufgenommen aus dem einfachen Grunde, weil ich sie mir aus psychologischen Dingen erklärt habe. Am 16. sollte gestreikt werden. Ich habe für meinen Teil bei den leitenden Persönlichkeiten immer davor gewarnt, nun sofort mit strengen Maßregeln vorzugehen, weil ich der Auffassung war: man tut ganz gut, das Ventil einmal etwas zu öffnen und die Stimmung abblasen zu lassen. Der 16. trat ein. Die Leute waren durchaus vernünftig. Sie gingen heraus aus den Fabriken. Sie wußten selbst nicht recht, warum.

Ich habe hier einen Brief liegen, den ich erst heute vormittag bekam, in dem ein Arbeiter mir schreibt: Ja, wir haben gefragt, warum sollen wir eigentlich streiken? Wir wollen eigentlich gar nicht streiken. Warum sollen wir es tun? Warum sollen wir heraus aus den Fabriken? Am 16., 9 oder 10 Uhr früh, riefen einzelne Leute in den Fabriken: Nun aber heraus aus der Fabrik, Leute! Einige mutige Leute frugen da, aus welchem Grunde und zu welchem Ziele? Sie erhielten keine Antwort. Als und zu wurde geantwortet: „Du hast doch Hunger, Du sollst zeigen, daß Du Hunger hast." Das war die Tendenz am 16.

Auch am 17. zeigte sich unter den Arbeitern viel Verständigkeit. Tausende gingen hinaus in den Grunewald, gut gekleidet, und machten sich einen guten Tag. Ich hätte gar nichts dagegen einzuwenden von meinem Standpunkte aus. Unterdessen hatten die Gewerkschaften, denen vorher der Massensuggestion gegenüber der Einfluß nicht ausreichend möglich war, die Leitung der Sache in die Hand genommen, und es wurde beschlossen, am 17., am anderen Tage, die Arbeit wieder aufzunehmen. Das geschah auch in zahlreichen Betrieben.

Bis dahin hätte ich die Minderung der Produktion durchaus ruhig hingenommen, um eben einmal den Arbeitern Gelegenheit zu lassen, sich nun von dieser Depression zu erholen. Jetzt trat aber

eine ganz scharfe Wendung in der Sache

ein. Von Mittwoch ab traten politische Dinge in den Vordergrund und damit hörte die Gemütlichkeit in der Sache auf. — das muß ich ganz scharf erklären —. Und woher rührten diese politischen Dinge? Ihnen allen ist das Leipziger Programm und das ganz unverschämte Telegramm an den Reichskanzler bekannt. Der Inhalt ist eine ganze Reihe politischer Forderungen, Wahlrechtsforderungen, vor allem aber zum Schluß Einsetzung eines Arbeiterrates nach russischem Muster, und zu dem Zwecke sollte der Reichskanzler eine Deputation empfangen. Das war toll, mehr als toll! Und diese politischen Momente sind hierher übertragen worden, sind in die deutschen Waffen- und Munitionsfabriken hineingetragen worden und die Unerfahrenheit und Gutmütigkeit und Ehrlichkeit der Arbeiter ist mißbraucht worden. Wir haben auch Beweise, daß aus dem Ausland Agitationsmaterial hereingeschmuggelt wurde. Es sind solche Schmuggelwaren in unsere Hände gefallen. Ueber die Logik solchen Agitationsmaterials brauche ich kein Wort zu verlieren.

Nun hatte ich es doch für nötig, gerade am heutigen Tage noch einige Worte zu sagen und meine persönliche Auffassung für die Zukunft Ihnen darzulegen. Es wird morgen von mir ein Aufruf an die Rüstungsarbeiter in ganz Deutschland verbreitet werden. **Ich verlange, daß die Streiks aufhören!** Es gibt keine Streiks mehr, und wir werden rücksichtslos gegen die Drahtzieher vorgehen. Und wir werden diese **politischen Landesverräter** treffen mit der ganzen Macht des Gesetzes. (Bravo!) Aber wenn wir von den Arbeitern verlangen, daß sie bei der Arbeit bleiben und daß sie unentwegt bis zum glücklichen Ende des Krieges auf jeden Streik verzichten, und zwar aus innerer Ueberzeugung verzichten — und dazu müssen sie aufgeklärt werden —, wenn wir das von ihnen verlangen, müssen wir aber auch vernünftig sein und etwas anderes tun. Wir müssen den Arbeitern unter allen Umständen Sprachrohre geben, durch die sie ihre Wünsche rechtzeitig richtig und an die richtigen, zuständigen Stellen bringen können. Welches sind diese Sprachrohre? Ich habe schon vor längerer Zeit an die Regierungen den Rat gegeben, **in die Lebensmittelorganisation der Provinz und der Kommunen Arbeitervertreter hineinzunehmen, damit sie selbst mitarbeiten,** damit sie sehen, wie die Dinge stehen, welche Maßregeln möglich sind. Ich hoffe, daß diesem Rat in weitestem Maße Folge gegeben wird, und habe erneut noch einmal mich an den preußischen Staatskommissar in dieser Richtung gewendet. Das ist nicht, wie in einigen Zeitungen besprochen wurde, eine politische Maßregel, nicht eine Sozialdemokratisierung der Ernährungspolitik. Das ist nichts anderes, als eine immens praktische Maßregel, wie wir sie jetzt in dieser Situation für die Durchführung des Kriegs gebrauchen. Also ich verurteile die Presse, die nun aus dieser Maßregel heraus darum nach der anderen Richtung politische Drahtzieherei betreibt.

Das ist das eine Sprachrohr. Nun das zweite. Wir haben das Hilfsdienstgesetz. Dieses gibt den Arbeitern bestimmte Rechte, die der Reichstag gewollt hat, und durch dieses Sprachrohr müssen alle Beschwerden, alle Lohnfragen ihren Austrag finden, und ich werde ebenso, wie ich einerseits gegen die Streikhetzer vorgehe, **ebenso scharf vorgehen gegen diejenigen, die die Rechte, die die Arbeiter bekommen haben durch das Hilfsdienstgesetz, verkürzen wollen.** (Bravo!) Denn darüber kann kein Zweifel sein, das Kriegsamt und ich persönlich stehen auf absolut neutralem Boden. Was dem einen recht ist, muß auch dem andern billig sein. Ich werde also auch gegen diejenigen Hetzer vorgehen, die gegen das Hilfsdienstgesetz zu hetzen suchen, und ich richte von dieser Stelle aus einen sehr warmen, aber **letzten Appell auch an die Arbeitgeber, daß sie sich abfinden mit dem, was den Arbeitern an Rechten zugebilligt ist,** und daß sie restlos mitwirken zu einer loyalen Ausführung des Hilfsdienstgesetzes, und ich meine, wenn wir alle auf diesen Boden uns stellen und in der Weise vorgehen, habe ich gar keinen Zweifel, **daß unsere Arbeiterschaft in der treuesten Weise bis zum Ende des Krieges hinter dem Heere stehen wird und dem Heere die Waffen und die Munition liefern wird, die wir dringend, dringend nötig haben. Deshalb muß das Motto sein: Arbeit und wiederum Arbeit bis zum glücklichen Ende des Krieges.** (Bravo!)

Davidsohn (Soz.) gibt der Befürchtung Ausdruck, daß von dem soeben Gehörten nur die Drohungen verwirklicht werden könnten, aber nicht die kargen Versprechungen. Sei doch das Hilfsdienstgesetz bisher nicht nur von Arbeitgebern, sondern auch von Behörden mißachtet worden. Wenn der Chef des Kriegsamts eine Politisierung der Streiks nicht wolle, so könne man das durchaus verstehen. Aber durchaus berechtigt sei auch das Interesse der Arbeiter dafür, wie es mit ihren politischen Rechten nach dem Kriege bestellt sein werde.

General **Gröner** rechtfertigt die Verbote der Ausfuhr von Büchern, die nur erlassen wurden, um eine Einheitlichkeit herbeizuführen. — Abg. **Giesberts** (Z.) bezeichnet die Arbeitseinstellungen in der Rüstungsindustrie als völlig ungerechtfertigt. Auf der anderen Seite dürfen die Einwirkungen der Ernährungsschwierigkeiten nicht verkannt werden, die den Gewerkschaften das vermittelnde Eingreifen sehr erschweren.

Im weiteren Verlauf der Debatte gibt auch Abg. **v. Graefe** (fk.) zu, daß die Strafe des Anbindens nicht mehr zeitgemäß sei. Zu bedauern sei auch, daß die Eisernen Kreuze häufig bei den Stellen hängen bleiben, die mit der Verteilung betraut sind.

Der Marineetat im Haushaltsausschuß.

Am Donnerstagnachmittag behandelte der Ausschuß zunächst den Marineetat, zu dem ein Nachtragsetat eingebracht wurde, in welchem eine Million Mark für den Bau einer weiteren Hafeneinfahrt in Wilhelmshaven verlangt wird.

Von einem Vertreter der Reichsmarineverwaltung wird Aufschluß gegeben über die Lohnaufbesserung in den Betrieben, die sich auf 75 Proz. beziffert. Der Gesundheitszustand in der Marine sei ausgezeichnet.

Admiralitätsrat **Schramm** berichtete über die wirtschaftlichen Maßnahmen, die im Interesse der Arbeiter getroffen worden sind. Insbesondere seien Speiseanstalten geschaffen worden, die für billiges Geld gutes Essen liefern und sich eines guten Zuspruches erfreuen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen entspann sich eine Diskussion zwischen dem Staatssekretär und den Fortschrittlern über die Frage, wer den Wert des U-Boot-Krieges zuerst erkannt habe und ob auf diesem Gebiete alles geleistet worden sei, was erwartet werden konnte. Die Antwort, die Staatssekretär v. Capelle darauf erteilte, war vertraulich.

Parlamentarisches.

Im Abgeordnetenhaus sollen Freitag und Sonnabend noch kleinere unwichtigere Gegenstände beraten werden. Am Montag soll mit der Verhandlung der zweiten Lesung des Wohnungsgesetzes begonnen werden und man nimmt an, daß dazu drei Tage erforderlich sein werden. An die Beratung des Wohnungsgesetzes soll sich dann die zweite Lesung des Fideikommißgesetzes anschließen. Ob es aber dazu kommt, ist noch fraglich und vielleicht findet darüber bereits in der Freitagsitzung des Seniorenkonvents eine Klärung statt.

Die elsaß-lothringischen Refraktäre.

Genosse Hermann Wendel schreibt uns:

Im Bericht des „Vorwärts" über die Erörterungen der elsaß-lothringischen Unerfreulichkeiten im Haushaltsausschuß des Reichstags wird mehrfach von 20 000 Elsaß-Lothringern gesprochen, die zum Feinde „übergegangen" seien. So heißt es vom Abgeordneten Haas: „Er bitte um Aufklärung, ob es wahr sei, daß 20 000 Elsaß-Lothringer zu den Franzosen übergegangen seien" und den Genossen Böhle läßt der Bericht sagen: „Nach seiner Ueberzeugung sei es ganz ausgeschlossen, daß die 20 000 Elsaß-Lothringer, von denen die Rede war, zu den Franzosen übergelaufen sein sollen." Da der durch seine Kürze notwendig ungenaue Bericht derart nicht klar erkennen läßt, worum es sich eigentlich handelt, mag er hier im Interesse der wichtigen Sache ergänzt und geklärt werden.

Um die von allen Parteien des Ausschusses mißbilligten Maßregeln gegen die Elsaß-Lothringer zu rechtfertigen, führte der Kriegsminister neben anderen Gründen auch an, bei Kriegsbeginn hätten sich 20 000 Elsaß-Lothringer durch Flucht nach Frankreich ihrer Dienstpflicht entzogen. Auch nach der Meinung des Kriegsministers handelte es sich also nicht um Ueberläufer, d. h. um Soldaten, die sich während des Feldzugs aus den eigenen Reihen zum Feinde schlagen, sondern um Refraktäre, das will sagen: um Dienstpflichtige, die ihrer Einberufung durch schleuniges Verschwinden ausweichen. Die Meinung des Kriegsministers wurde aber sofort gründlich berichtigt, einmal durch den Genossen Böhle, dann ausführlicher und mit mehr Einzelheiten durch den Abgeordneten Haaß, der mitteilte, er habe sich an amtlicher Stelle in Straßburg nach den 20 000 Refraktären erkundigt und den Bescheid erhalten: von dieser Zahl seien nur einige Hundert vor und bei Kriegsbeginn geflüchtet, um ihrer Wehrpflicht zu entgehen. Der Rest, also über 19 000, setze sich entweder aus solchen vormals elsaß-lothringischen Staatsangehörigen zusammen, die vor Jahr und Tag, oft schon als Kinder mit ihren Eltern nach Frankreich ausgewandert seien, längst auf ihre Zugehörigkeit zu Deutschland verzichtet, auch im französischen Heere gedient hätten, aber noch in den deutschen Stammrollen weiter geführt würden, oder aber aus jungen Elsaß-Lothringern, die mit Zustimmung der Behörden wie der Bezirkskommandos usw. zur Weiterbildung oder Vervollkommnung in ihrem Beruf vorübergehend nach Frankreich gegangen seien und seit Kriegsausbruch dort festgehalten würden.

Wirkliche Refraktäre gab es, nach amtlicher Angabe, einige Hundert, denen zum Ausgleich des Kontos viele Tausende von Kriegsfreiwilligen gegenüberstehen! Das ist festgestellt worden und muß festgehalten werden. (z)

Lloyd Georges Niedergang.

Aus Amsterdam schreibt man uns: In einem interessanten Artikel schildert der Londoner Korrespondent des „N. Rott. Cour." das außerordentliche Wachsen des Ansehens Asquiths. Der Aufstieg des demagogisch so glänzend begabten Lloyd George zur Macht hat keineswegs Asquith, wie es manche erwartet hatten, ins Hintertreffen gedrängt. Vielmehr hat der frühere Ministerpräsident seine Autorität, die im Parlament wurzelte, noch erhöht. Mit beigetragen mag dazu der Umstand haben, daß Lloyd George die Würde des Leiters des Unterhauses Bonar Law übertragen hat, um sich ganz der Arbeit im Kriegskabinett zu widmen. Er selbst erscheint selten auf der Regierungsbank und seine letzten Reden haben ihm keinen großen Erfolg gebracht. Bonar Law aber kommt gegen Asquith nicht auf. Dazu kam insbesondere, daß Asquiths Verteidigung gegen den Bericht der Dardanellenkommission einen tiefen Eindruck machte. Die Veröffentlichung des Berichts selbst, mit seiner Tendenz, alle Schuld auf Asquith, Kitchener und Churchill zu laden, wirkte keineswegs günstig und das Mordsgeschrei der Northcliff-Presse gegen diese angeblichen Schädlinge der nationalen Verteidigung weckte bei allen besonnenen Leuten Entrüstung, weil man so zur Vermutung kam, daß das ganze als ein Schlag gegen die Opposition gedacht sei. Auch Churchills Verteidigung übte eine starke Wirkung, da es diesem Redner gelang, zu zeigen, daß der vorgebliche Widerstand der Sachverständigen gegen die ganze Dardanellenunternehmung in das Reich der Fabel gehöre.

Wie wenig der Erfolg der gegen den Führer der Opposition betriebenen Stimmungsmache den Absichten seiner Urheber entsprach, zeigte ein Zwischenfall im Unterhaus während der Debatte über den indischen Baumwollzoll. Als nämlich der Kolonienminister Chamberlain seine Verteidigung des Zolles mit einem Appell an Asquith schloß, worin er die Treue dieses seines früheren Chefs gegen seine Kollegen rühmte, brach auf der Linken ein Beifall aus, der sich nach den anderen Seiten des Hauses verbreitete und so den Charakter einer Demonstration gewann, die für den jetzigen Ministerpräsidenten keineswegs schmeichelhaft war.

Zugleich mit dem Wachsen des Ansehens Asquiths ist die Abnahme des Ansehens der jetzigen Regierung wahrzunehmen. Nach der Debatte über die indische Angelegenheit hat die über Irland der Regierung wenig Lorbeeren gebracht. Vor allem hat sich gezeigt, daß ein Ministerium, das als eines der „starken Hand" ans Ruder gekommen war, als die Sache schief ging, beizudrehen suchte. Die Sezession der Nationalisten hat der Regierung das Konzept verdorben. Und jetzt sucht sie wieder zu leimen, was sie auseinandergeschlagen hat.

Besonders eindrucksvoll aber trat Asquith in der Verhandlung über die Wahlreform hervor. Hier war er der eigentliche Repräsentant der politischen Verjüngung, deren Notwendigkeit von allen Einsichtigen anerkannt wird. Die Regierung aber hatte die führende Rolle verloren, weil man wußte, daß sich in ihrem konservativen Anhang Elemente befinden, die in ihrem verstockten Widerstand gegen die Demokratie nichts mehr wünschen, als die Reform zur Entgleisung zu bringen. Die innere Verlogenheit des regierenden Scheinradikalismus, der sich in Wirklichkeit von den Torys an der Leine führen läßt, ist unverkennbar geworden. Die Toten reiten schnell.

Wenn man zwischen den vorsichtig geschriebenen Zeilen des holländischen Beobachters liest, könnte man glauben, daß nach seiner Auffassung die Tage des englischen Briand gezählt sind.

Heftige Kämpfe an der Tigrisfront.

Vergeblicher Landungsversuch der Engländer im Golf von Akaba.

Der türkische amtliche Heeresbericht vom Dienstag meldet von der Irak-Front: Auf dem rechten Tigrisufer kam es am 22. April zu einem erneuten Gefecht. Auch an diesem Tage gelang es uns, den feindlichen Vormarsch aufzuhalten und dem Feinde sehr empfindliche Verluste zuzufügen. Nachdem zu Beginn des Kampfes ein feindliches Kavallerie-Regiment, das gegen unseren linken Flügel vorgehen wollte, verlustreich abgewiesen worden war, griff später stärkere feindliche Infanterie unseren linken Flügel an. Gegen Abend wurde diese Infanterie noch durch Kavallerie und Panzerwagen verstärkt. Da, wo es dem Gegner gelungen war, in unsere Stellung einzudringen, wurde er durch Gegenangriff mit dem Bajonett wieder hinausgeworfen. Nachdem so alle Angriffe des Feindes abgewiesen worden waren, wurden unsere Truppen planmäßig in neue Stellungen nördlich von Samara zurückgezogen. Auf dem übrigen Teil dieser Front kam es zu keinen Gefechtshandlungen.

Sinai-Front: Am 22. 4. nachmittags war das Artilleriefeuer bei Gaza zeitweise heftig, am 23. 4. vormittags schwächer. Der 23. April verlief im allgemeinen ruhig.

Am 2. 4. erschienen ein feindlicher Kreuzer, ein Kanonenboot und ein Transportschiff vor Akaba. Nach heftiger Beschießung, zum Teil auch mit Verwendung giftiger Gase, versuchten die Engländer, deren Stärke auf 2000 Mann geschätzt wird, sechsmal vergeblich zu landen. Die Moschee in Akaba wurde durch das feindliche Schiffsfeuer zerstört. Unsere Verluste durch die Beschießung betrugen nur 7 Mann, darunter 2 Tote.

Der Golf von Akaba ist der Ausläufer des Roten Meeres, der die Halbinsel Sinai im Osten umspült. Akaba liegt an seiner Spitze.

*

Englischer Bericht aus Mesopotamien vom 24. April. General Maude meldet: Die Schlacht am rechten Ufer des Tigris zwischen Samara und Istabulat dauert fort. In der Nacht vom 22. April kam es zu einem scharfen Handgemenge. Der Feind unternahm zahlreiche Gegenangriffe. Wir vertrieben den Feind aus einer hartnäckig verteidigten Stellung, die sorgfältig mit eisengedeckten Unterständen ausgestattet war. Wir nahmen die Verfolgung auf und besetzten die Station Samara. Am 23. 4. zerstörte der Feind in aller Eile, was er konnte. Unter unserer Beute befinden sich 16 Lokomotiven, 224 Eisenbahnwagen und 2 Barken mit Munition. Die Verluste des Feindes am 21. und 22. waren schwer.

Vom 25. April. Außer dem schon gemeldeten Eisenbahnmaterial wurden bei Istabulat am 21. und 22. April 667 Mann gefangen genommen, einschließlich 20 Offiziere, ein 5,9 Zentimeter-Geschütz, 14 Krupp-Kanonen, 1240 Gewehre und eine große Menge von Munition erbeutet. General Maude griff nach einem Nachtmarsch eine türkische Division auf dem Westufer des Schat-el-Hain an und zwang sie zum Rückzuge zehn Meilen nordwärts. Wir machten 131 Gefangene.

Englisches Eingeständnis der Niederlage bei Gaza.

London, 25. April. Amtlich. Die türkischen Streitkräfte in Palästina, die Verstärkungen erhalten haben, halten eine starke Stellung, die sich von Gaza aus in der Richtung auf Berseba erstreckt. Die Befestigung der Stellungen, die von den britischen Truppen vor der Front der türkischen Hauptlinie gewonnen worden sind, schreitet in befriedigender Weise fort. Unsere Artillerie hat, unterstützt durch die Mitwirkung der Flugzeuge, ein feindliches Munitionslager in Gaza in die Luft gesprengt.

Parteinachrichten.

Berichtigungskünstler Kautsky.

Im „Vorwärts" vom 18. März hatte der Abgeordnete Davidsohn sich gegen Kautsky gewendet, weil dieser wieder einmal den Abgeordneten, die für die Kriegsanleihe gestimmt, „Opportunismus" vorgeworfen hatte. Davidsohn hat mit vollem Recht betont, daß in der Sitzung der Reichstagsfraktion vom 3. August 1914 nur Einer opportunistisch gesprochen habe, nämlich gerade Kautsky. Dieser habe erst Stimmenthaltung gewünscht; als diese abgelehnt, habe er sich für die Bewilligung der Kriegsanleihe gegen Kompensationen — Gegenforderungen — ausgesprochen.

Kautsky erwidert in der „Neuen Zeit" vom 13. April, daß er „dies Histörchen" schon früher Landsberg und mir gegenüber „richtiggestellt" habe.

Da Kautsky der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht mehr angehört, sondern durch seine Beteiligung an der Reichskonferenz der „Unabhängigen" sich dieser Sekte angeschlossen hat, so kann meine Antwort kürzer sein, als sie sonst gewesen sein würde.

Kautsky hat gar nichts „richtiggestellt", sondern hat lediglich bestätigt, was ich seinerzeit bei Zurückweisung seines gegen mich gerichteten Angriffs behauptet hatte. Er hatte zugegeben, daß er, wie ich behauptet, die Bewilligung der Kriegskredite gegen Kompensationen vorgeschlagen hatte, nur wollte er „Aufklärungen und Zusicherungen" statt Kompensationen gemeint haben. Das läuft sachlich ganz auf dasselbe hinaus, was Kautsky nicht gehindert hat, meine Angaben als „direkt unwahr" zu bezeichnen.

Kautsky, der sich inzwischen längst wieder in die Löwenhaut des „Unentwegten" gehüllt, verfährt einfach nach der Formel:

1. Ich war für die Kriegsanleihe.
2. Ich war gegen die Kriegsanleihe.
3. Ich habe meine Auffassung von der Sache nicht im geringsten geändert.

Damit sei's genug.

Degerloch, April 1917.

Wilhelm Blos.

Ein mißglückter Spaltungsversuch. Eine Kreiskonferenz für den Wahlkreis Löwenberg (Schlesien), die in Greiffenberg abgehalten wurde, beschäftigte sich mit den inneren Parteistreitigkeiten. Der auf dem Boden der Minderheit stehende Kreisvorstand hatte sich den Landtagsabgeordneten Fleißner aus Dresden verschrieben. Obwohl dieser sich jeder persönlichen Angriffe zu enthalten versprach, erging er sich in seinem zweistündigen Referat in den gehässigsten Verleumdungen der bekannten Parteiführer der Mehrheit und des Parteivorstandes. Der Bezirksvorstand hatte eine Beteiligung an der Konferenz abgelehnt, da er es als unzulässig bezeichnen mußte, daß eine Person, die unserer Organisation nicht mehr angehört, auf einer Konferenz für die Absplitterung und Zerstörung der Parteiorganisation wirkt. Mit Stimmengleichheit wurde der beantragte Anschluß an die in Gotha neugegründete sogenannte Unabhängige Partei abgelehnt. Hätten die Kreisvorstandsmitglieder, die für den Antrag waren, nicht mitgestimmt, so wäre der Antrag mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt worden. In einer Erklärung brachten die Vertreter der Ortsgruppen Greiffenberg, Schlosdorf und Rackwitz zum Ausdruck, daß sie trotz aller Meinungsverschiedenheiten für die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung nach wie vor eintreten werden.

Groß-Berlin

In der Frühe.

Sie haben alle den gleichen Weg. Winters und Sommers. In der Frühe, wenn sie aus den dunklen Haustoren hinausströmen auf das graue Zwielicht der Straße, ziehen sie, einer Riesenschlange gleich, aus den Quartieren der Vorstädte hinein in die Stadtmitte, wo die Geschäfte und Bureauräume, die Werkstätten und Arbeitsstuben, die Kanzleien und Fabriken ihrer harren. Zu Friedenszeiten sind es immer die gleichen Gestalten und Gesichter: Frauen und Männer aller Altersklassen und bestimmter Gesellschaftsschichten.

Jetzt im Kriege aber hat sich in diesem Frühbilde gar manches verschoben. Die Frauen überwiegen bei weitem. Und von den Männern fehlen die kräftigen Gestalten. Nur die Knabenhaften und die schon gebeugt einherschreitenden Graubärte sind geblieben. Und stiller und ernster ist dieser täglich neu quellende Strom geworden. Man merkt es: Jeder hat mit sich zu tun! Der Krieg hat nicht umsonst nahezu drei Jahre seine furchtbare Geißel geschwungen. Wie viele Frauen gehen in schwarzen Gewändern! Wievielen alternden Männern sieht man es an, daß ihnen ein herber Verlust das Haupt auf die Brust gedrückt hat!

So ziehen sie im Morgengrauen durch die dämmernden Straßen, — durch die Straßen, in deren schnurgeraden Zeilen kein Baum grünt, kein Vogel seine Stimme erhebt und in die erst verhältnismäßig spät die Sonne ihre Strahlen gießt. Einzeln und schweigend ziehen sie meist dahin. Nur selten findet sich eine kleine Gruppe, die einem gemeinsamen Ziele zustrebt. Jeder hat mit sich zu tun, jeder trägt ein Körnlein von dem großen, allgemeinen Leid, jeder hat einen Angehörigen, Freund oder Verwandten draußen im Felde, um den er sorgt und bangt . . .

Verteilung von Frühgemüse.

Gegenwärtig hat die Zufuhr von holländischem Frühgemüse nach Groß-Berlin begonnen. Es wird dafür Sorge getragen, daß alle Stadtbezirke gleichmäßig beliefert und daß auch möglichst alle Kleinhändler, die vor dem Kriege bereits ihr Gewerbe betrieben haben, beteiligt werden. Es ist freilich gegenwärtig noch nicht darauf zu rechnen, daß in allen Bezirken Groß-Berlins täglich auch nur einiges Gemüse verteilt werden kann, da dazu die Zufuhr noch bei weitem nicht ausreicht. Aus diesem Grunde wird auch an jedem Tage eine andere Gruppe der Kleinhändler beliefert werden. Die Gruppen sind so gebildet, daß sie sich tunlichst gleichmäßig über den zu beliefernden Bezirk verteilen.

Zum Schutz aufsichtsloser Kinder

hat der für Groß-Berlin zu diesem Zweck ins Leben gerufene Kriegsausschuß die Möglichkeit der Unterbringung in Horten vermehrt. In einer Versammlung der Vorstände und Leiterinnen von Krippen, Kindergärten, Kinderhorten und Kinderbewahranstalten berichtete Stadtrat Sassenbach als Vorsitzender des Kriegsausschusses, daß in der letzten Zeit aus den vom Ausschuß zusammengebrachten Mitteln neue Anstalten geschaffen und schon bestehende erweitert worden sind. Die Hoffnung, daß Unternehmer der Rüstungsbetriebe diese dem Wohl der Kinder erwerbtätiger Frauen dienenden Bestrebungen zu fördern suchen würden, hat sich nur zum Teil erfüllt. An den rund 80 000 M., die der Ausschuß bisher eingenommen und auch bereits ausgegeben hat, sind die Beiträge von Unternehmern nur mit rund 15 000 M. beteiligt. Dabei hatte der Ausschuß sich an etwa 1200 Unternehmer, besonders an die der Rüstungsbetriebe, mit einem Werbeschreiben gewandt. Dem Ausschuß hat jetzt auf seine Bitte das Kriegsamt zugesagt, daß es die Unternehmer, die viel Arbeiterinnen beschäftigen, zu Beiträgen für die Hortsache veranlassen wird. Die an das Oberkommando gerichtete Bitte, den Unternehmern die Beschäftigung von Müttern nur dann zu gestatten, wenn die Kinder in Krippen, Horten usw. untergebracht sind, will der Ausschuß durch eine in den Schulen vorzunehmende Umfrage ermitteln, die sich auch auf die noch nicht schulpflichtigen Geschwister der Schulkinder erstrecken soll. Für den Sommer erwartet er geringere Inanspruchnahme der Horte, weil die Verschickung der Kinder aufs Land die Aufsichtslosen vermindern wird. In der Versammlung wurde auch erörtert, wie Hortkinder am besten zu beschäftigen sind. Wünschenswert sei, den Horten das Schulmäßige möglichst fernzuhalten und zur Mitverwaltung ältere Kinder heranzuziehen. Der Ausschuß hat die Leitungen der Horte veranlaßt, jetzt mittags früher zu eröffnen und abends später zu schließen. Er hofft zu erreichen, daß alle Horte auch in den Ferien offen bleiben.

Die Geschichte einer Teuerungszulage.

Eine bittere Enttäuschung ist vielen im Hauptsanitätsdepot arbeitenden Frauen bereitet worden, die nach den ihnen gemachten Zusicherungen auf eine Teuerungszulage von täglich 1,50 M. gerechnet hatten. In dieser Höhe wurde die Zulage im Winter gezahlt, aber der Betrag für März blieb aus, während sonst die Zahlung immer bald nach Monatsschluß erfolgt war. Auf Anfragen wegen der unangenehm empfundenen Verzögerung kam der Bescheid, die Verrechnung dauere diesmal etwas lange, weil ein früher zuviel gezahlter Betrag zurückgefordert werden solle. Die Frauen mußten sich noch bis Mitte April gedulden, und als dann endlich die langersehnte Auszahlung der Teuerungszulage statt-

fand, brachte sie ihnen eine schmerzliche Ueberraschung. Nur diejenigen, deren Lohneinkommen, auf den Monat umgerechnet, unter 100 M. bleibt, erhielten noch die 1,50 M. pro Tag als Teuerungszulage. Wer im Monat mehr als 100 M. verdient, wurde mit einer Teuerungszulage von nur noch 1 M. pro Tag abgespeist. Man sagt uns, daß diese Kürzung die meisten Frauen getroffen habe, weil bei den meisten der Monatsverdienst etwas über 100 M. hinausgeht. Diejenigen, denen früher die Teuerungszulage in Höhe von 1,50 M. pro Tag gezahlt worden war, mußten den schon ein paar Monate zuviel bezahlten Betrag jetzt zurückzahlen. Auch dieses Geld wurde sogleich von der für März zu zahlenden Teuerungszulage einbehalten, so daß manchen Frauen nicht mehr viel von ihr übrig blieb. Jeder kann sich leicht denken, wie das auf die Frauen wirkte, die mit der früheren Teuerungszulage gerechnet hatten und aus dem angesammelten Monatsbetrag notwendige Anschaffungen machen wollten. Wenn die 1,50 M. irrtümlich versprochen worden waren, so hätte man mindestens für die schon geleistete Arbeit daran festhalten und vollends keine Rückzahlung fordern sollen. Im übrigen würde bei einem Stundenlohn von 45 Pf. und einem Tagesverdienst von 4,05 M. für neun Stunden Arbeit auch durch eine Teuerungszulage von 1,50 M. das Gesamteinkommen wirklich noch nicht auf eine allzu „großartige" Höhe gesteigert. Den Frauen wären in dieser Teuerungszeit die 1,50 M. zu gönnen. (z)

„Ausreichende" Hilfe.

Aus der Berliner Armenpflege wird uns folgender Fall bekannt. Eine in der Neuen Hochstraße wohnende 78jährige Witwe K. erhielt bisher Armenunterstützung, während ihre unverheiratete 52jährige Tochter, die mit ihr die Wohnung teilt, durch Näharbeit ihren Lebensunterhalt erwarb. Die Tochter, die kränklich ist, kam in der letzten Zeit so herunter, daß sie erwerbsunfähig wurde und gleichfalls die Hilfe der Armenpflege in Anspruch nehmen wollte. Nach der uns gegebenen Darstellung soll ihr geantwortet worden sein, sie sei „noch zu jung", um schon Armenunterstützung zu erhalten. Inzwischen hat die Tochter in ein Krankenhaus gebracht werden müssen, wo sie bis auf weiteres den notwendigen Schutz vor Mangel und Entbehrung fand. Uns wird versichert, daß die alte Mutter zurzeit außer einem monatlichen Almosen von 35 Mark und gelegentlichen Beihilfen, die ein verheirateter 50jähriger Sohn aus seinem keineswegs „glänzenden" Arbeitsverdienst ihr zukommen läßt, keine Einnahmen hat. 35 Mark Monatsalmosen geht ja über das hinaus, was in der Berliner Armenpflege sonst üblich ist. Doch wie weit kommt man mit 35 Mark in dieser Kriegszeit, wo angesichts der Lebensmittelteuerung mit Recht jeder nach Teuerungszulage ruft? Der „Verein gegen Verarmung" soll auf ein Bittgesuch unter Ablehnung geantwortet haben, daß er (was bei schon eingetretener Verarmung seinen Grundsätzen entspricht) auf die öffentliche Armenpflege verweisen müsse. Die öffentliche Armenpflege aber meint, genug getan zu haben. Kann wirklich einer glauben, daß hier ein Mehr an Hilfe nicht nötig sei?

Wohl noch kein Mangel an Arbeitskräften?

Zu der Klage, daß Arbeitskräfte jetzt rar seien, wollen die Erfahrungen manches Arbeitsuchenden nicht so recht passen. Eine Kriegerfrau, die für zwei Kinder zu sorgen hat, schildert uns, wie es ihr bei der Arbeitsuche erging. Da sie von den Unterstützungen für sich und ihre Kinder und dem Ertrag ihrer Heimarbeit die durch notwendige Anschaffungen gesteigerten Kosten des Lebensunterhaltes nicht decken konnte, so wollte sie in einem großen Warenhaus eine Stellung als Aushilfsverkäuferin annehmen. Ausgerüstet mit Zeugnissen über frühere Stellungen, die sie als Verkäuferin in anderen Geschäften gehabt hatte, glaubte sie bei ihrer Bewerbung auf Erfolg rechnen zu dürfen. Daß sie etwas lahmt, würde — davon war sie überzeugt — kein Hindernis sein, sie als Verkäuferin zu beschäftigen. Sie war nicht wenig überrascht, als ihr in dem Warenhaus, ohne daß man auch nur ihre Zeugnisse ansah, erklärt wurde: „Ach, Sie gehen ja lahm! Tut mir leid!" Die in dieser Weise abgefertigte Kriegerfrau wirft die Frage auf, ob etwa die dort kaufenden Damen und Herren sich verletzt fühlen würden, wenn eine etwas lahm gehende Verkäuferin sie bedienen sollte. Sie sei, schreibt sie uns, zehn Jahre hindurch in anderen Geschäften tätig gewesen, ohne Anstoß zu erregen. Nach der ihr jetzt widerfahrenen Abweisung ist ihr eingefallen, wieviele Soldaten für die Daheimgebliebenen ihre Gesundheit eingebüßt haben und als Kriegsbeschädigte heimkehren. In der Tat muß man sich wundern, daß in solcher Zeit eine Frau wegen Lahmheit als ungeeignet für eine Verkäuferinstellung angesehen wird. Das Warenhaus hat wohl von Mangel an Arbeitskräften noch nichts gespürt?

Geldhändler.

Man schreibt uns: In den großen Kaffeehäusern ist es bereits gang und gäbe, daß sich die Kellner das notwendige Kleingeld von den Garderobenfrauen oder anderen Unterpächtern, an die man seinen Obolus gewöhnlich in kleiner Münze entrichtet, kaufen, und sie zahlen für 5 M. in Zehnpfennigstücken in der Regel 80 Pf. Aufgeld. Es liegt auf der Hand, daß bei dem gegenwärtig herrschenden Mangel an Kleingeld die Konjunktur weidlich ausgenutzt wird, und es dürfte nicht bei dem Satz von 80 Pf. bleiben, sondern er wird voraussichtlich ständig steigen. Viele Geschäfte und vor allem Warenhäuser verabfolgen an Stelle von Kleingeld fast nur noch Briefmarken, die der Käufer aber in den Geschäften, wo man bares Geld sehen will, nicht wieder los wird. Bei der Post werden diese Marken auch nicht gegen Geld umgetauscht, und den Schaden hat der Empfänger. Wenn dem Geldmangel nicht schnellstens energisch zu Leibe gerückt wird, werden wir bald dieselben Zustände des Geldwechselns bei uns sehen, wie man sie in der Türkei kennt, wo seit jeher ein ewiger Mangel an Kleingeld herrscht. Dort hat man die staatlich konzessionierten „sarafs", d. i. Geldwechsler, die an den Häuserecken, in den Korridoren öffentlicher Anstalten, bei den Bahnhöfen usw. sitzen. Da die Türkei bestrebt ist, der westländischen Kultur in jeder Weise Eingang zu verschaffen, ist es an uns, nicht in veraltete türkische Zustände zurückzuverfallen.

Zwar nicht Sozialdemokrat, „aber" bestraft!

Vor uns liegt eines der Formulare, wie sie die Berliner Polizeireviere zur Ausstellung von Führungszeugnissen zu militärischen Zwecken, bei Eintritt in den Postdienst, Einkauf in gewisse Anstalten, Erlernung des Hebammenberufs usw. benutzen. Das Formular enthält auf der vierten Seite, die vom Polizeipräsidium, Abteilung 5, auszufüllen ist, folgenden Vordruck:

Zur gefl. Kenntnisnahme von vorseitigen Ermittelungen mit dem Hinzufügen erg. übersandt, daß sich ..... soviel bekannt, an der sozialdemokratischen Bewegung nicht beteiligt hat und über seine (ihre) Führung Nachteiliges nicht bekannt geworden ist, aber wie folgt bestraft ist: .....

Diese Formulare sind alte Bekannte: „An der sozialdemokratischen Bewegung nicht beteiligt" — „aber bestraft"! Das kann so aufgefaßt werden, als ob die Zugehörigkeit zu unserer Partei schlimmer sei als eine Bestrafung. Im Gegensatz zu den beiden ersten Seiten des Formulars sind die Seiten 3 und 4 nicht ausgefüllt. Warum trennt man die letzteren, wenn sie nicht mehr benutzt werden, nicht ab? Oder gibt es doch noch Fälle, in denen eine Ausfüllung stattfindet? Das Aktenstück stammt nicht etwa aus der „guten alten Zeit", sondern ist aus dem Monat März 1917 datiert.

Gewerbeaufsichtsbezirke im Landespolizeibezirk Berlin.

Die Bezirke der Gewerbeinspektionen im Landespolizeibezirk Berlin, umfassend die Stadtkreise Berlin, Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Neukölln, Berlin-Lichtenberg und die Landgemeinde Berlin-Stralau, sind wie folgt abgegrenzt:

1. **Gewerbeinspektion Berlin C.** Umfassend die Polizeireviere: 1, 2, 12—16, 19—21, 27, 38 und 40. Bureau: NO. 18, Elisabethstraße 50/51. Fernspr.: Amt Kgst. 9421.

2. **Gewerbeinspektion Berlin O.** Umfassend die Polizeireviere: 22—24, 44, 45, 52, 65, 66, 93—96, 102, 103, 108, 110, 111, und 116. Bureau: O. 34, Bromberger Str. 6. Fernspr.: Amt Kgst. 7220.

3. **Gewerbeinspektion Berlin SO.** Umfassend die Polizeireviere: 25, 43, 49, 53, 54, 70, 79, 86 und 87. Bureau: SO. 26, Mariannenplatz 21. Fernspr.: Amt Mpl. 13 117.

4. **Gewerbeinspektion Berlin S.** Umfassend die Polizeireviere: 28, 30, 41, 42, 47, 48, 67, 72, 78 und 85. Bureau: S. 53, Gitschiner Str. 110. Fernspr.: Amt Mpl. 7588.

5. **Gewerbeinspektion Berlin-Luisenstadt.** Umfassend die Polizeireviere: 26, 29 und 55. Bureau: SO. 16, Michaelkirchstr. 4. Fernspr.: Amt Mpl. 2561.

6. **Gewerbeinspektion Berlin SW.** Umfassend die Polizeireviere: 3, 31—37, 39, 56, 63, 71, 73 und 77. Bureau: W. 57, Bülowstr. 98. Fernspr.: Amt Lützow 4087.

7. **Gewerbeinspektion Berlin W.** Umfassend die Polizeireviere: 4, 64, 74—76, 83, 84, 100, 104 und 118. Bureau: NW. 21, Bundesratsufer 2. Fernspr.: Amt Mk. 3970.

8. **Gewerbeinspektion Berlin NW.** Umfassend die Polizeireviere: 5—8, 57, 58, 69, 82, 91, 101, 107, 112 und 117. Bureau: N. 4, Invalidenstr. 36/37. Fernspr.: Amt Norden 5145.

9. **Gewerbeinspektion Berlin N.** Umfassend die Polizeireviere: 9—11, 17, 46, 50, 59—62, 88—90, 97, 99, 109, 114 und 115. Bureau: N. 20, Prinzenallee 88. Fernspr.: Amt Mk. 4037.

10. **Gewerbeinspektion Berlin NO.** Umfassend die Polizeireviere: 18, 51, 68, 80, 81, 92 98, 105, 106 und 113. Bureau: NO. 55, Hufelandstr. 11. Fernspr.: Amt Kgst. 9446.

11. **Gewerbeinspektion Charlottenburg.** Umfassend den Stadtkreis Charlottenburg. Bureau: Charlottenburg, Windscheidstr. 15. Fernspr.: Amt Wilhelm 3321.

12. **Gewerbeinspektion Neukölln.** Umfassend den Stadtkreis Neukölln. Bureau: Neukölln, Hermannstr. 74. Fernspr.: Amt Neukölln 9659.

13. **Gewerbeinspektion Schöneberg-Wilmersdorf.** Umfassend die Stadtkreise Berlin-Schöneberg und Berlin-Wilmersdorf. Bureau: Berlin-Wilmersdorf, Am Seepark 81. Fernspr.: Amt Pfalzburg 6430.

14. **Gewerbeinspektion Lichtenberg.** Umfassend den Stadtkreis Berlin-Lichtenberg und die Landgemeinde Berlin-Stralau. Bureau: Berlin-Lichtenberg, Müggelstr. 21a. Fernspr.: Amt Kgst. 8605.

Zur Auskunftserteilung über alle die Gewerbeaufsicht betreffenden Angelegenheiten sind Gewerbeaufsichtsbeamte in den Diensträumen der Gewerbeinspektion täglich von 1—3 Uhr anwesend.

Falsche Gerüchte über eine Brotverkürzung sind in Berlin verbreitet. Der Magistrat teilt daher nochmals mit, daß die Brotration keine Aenderung erfahren wird.

Berliner Schulkinderspeisung. Auf Beschluß des Magistrats ist die den Kindern als Mittagessen gereichte Speiseportion auf $^7/_{10}$ Liter der für die Volksspeisung hergestellten Mittagsmahlzeit erhöht worden. Die kleineren Kinder erhalten etwas weniger als $^7/_{10}$ Liter, die größeren etwas mehr. An 23 Stellen findet die Schulkinderspeisung in den Räumen der Volksspeisung, aber von dieser getrennt statt; in 239 Schulen sind außerdem besondere Schulkinderspeisestellen eingerichtet.

Keine Verlängerung der Polizeistunde. Die Petition des Reichsverbands deutscher Gastwirte, die Polizeistunde während der Sommerzeit zu verlängern, ist vom Reichsamt des Innern abschlägig beschieden worden.

Die Volksbüchereien der Stadt Berlin erhalten seit langer Zeit zum ersten Male wieder einen Zuwachs. Der Stadtteil Wedding hatte bisher nur die ganz außerordentlich stark benutzte Volksbücherei nebst Lesehalle in der Ravenéstraße und weit draußen am Schillerpark die Kinderlesehalle in der Edinburger Straße. Für eine neue Volksbücherei nebst Lesehalle, die der nördlichen Hälfte des Wedding zugute kommen, sind Räume in dem neuen Gemeindeschulhause an der Malplaquetstraße vorgesehen. Hiermit steigt die Gesamtzahl der Volksbüchereien auf 29, die der Lesehallen auf 14, ungerechnet die 4 Kinderlesehallen. Seit dem Jahre 1900, wo die 28. Volksbücherei eröffnet wurde, war keine weitere Vermehrung erfolgt. Die Verwaltung hat inzwischen größeres Gewicht darauf gelegt, die vorhandenen Volksbüchereien länger offen zu halten und dadurch den Lesern leichter zugänglich zu machen. Von 28 Volksbüchereien waren in 1901 nur 6, in 1916 aber 18 jeden Tag geöffnet. Zu wünschen ist, daß möglichst bald auch für die übrigen Volksbüchereien endlich der tägliche Betrieb eingeführt wird.

Die Mainummer des „Wahren Jacob" kommt heute zur Ausgabe.

Einer Mehlschiebung ist die Kriminalpolizei auf die Spur gekommen. Im Osten der Stadt wurde ein Kutscher angehalten, als er vor einer großen Fabrik vorfuhr und versuchte, 10 Sack Mehl unter der Hand zu verkaufen. Die Kriminalpolizei hielt bei dem Fuhrherrn, der selbst die Fuhre besorgt hatte, eine Haussuchung ab und fand noch 23 Sack. Jetzt erklärte dieser, daß er das Mehl nur in Verwahrung gehabt habe. Wegen Platzmangels sei ihm die Ware im Wege gewesen und so habe er sich entschlossen, sie zu verkaufen, weil er von seinem Auftraggeber nichts mehr gehört habe. Die Kriminalpolizei geht den Spuren der Herkunft des Mehles weiter nach. Die Säcke waren mit Bleisiegeln der Rathenower und der Oranienburger Dampfmühle, der Großen Mühle, Stargard in Pommern, G. Karow u. Gebr. Lehmann, versehen.

Zwei Verkaufsstellen einer Konsum-Genossenschaft wurden in der Nacht zum Donnerstag wieder von Einbrechern heimgesucht, eine in Lichtenberg, die andere in Moabit. Die Einbrecher erbeuteten zusammen für 3500 M. Butter, Margarine, Eier, Mehl, Graupen, Zucker, Zigarren usw.

Durch einen Sprung aus dem Fenster hat sich ein 24 Jahre alter Kellner Fritz Sch. das Leben genommen. Sch. verbüßte eine Gefängnisstrafe in Tegel und war dort wegen einer Erkrankung an der Lunge nach einer hiesigen Klinik gebracht worden. Hier sprang er abends aus einem Klosettfenster im dritten Stock auf den Hof hinab, wo er tot liegen blieb.

Sperrung der Chausseestraße. Der Polizeipräsident teilt mit: Die Chausseestraße zwischen Bohen- und Sellerstraße wird wegen Arbeiten an der Ueberwölbung der Panke auf drei Wochen für den Durchgangsverkehr von Fahrzeugen gesperrt. Die Omnibusse fahren in beiden Richtungen durch die Schulzendorfer, Neue Hoch- und Liesenstraße. Der Straßenbahnverkehr bleibt bestehen.

Charlottenburg. Dankwoche. Anläßlich der Dankwoche für die Witwen und Waisen der gefallenen Krieger wird in Charlottenburg eine Reihe von festlichen Veranstaltungen stattfinden. Am Sonntag, dem 29. April, werden Militärkonzerte abgehalten auf dem Wittenbergplatz (10—11 Uhr), Wilhelmplatz (11½—12½ Uhr), Stuttgarter Platz (2½—3½ Uhr) und Kurfürstendamm, Ecke Joachimsthaler Straße (4—5 Uhr). Abends 6½ Uhr ist im Deutschen Opernhause eine Festaufführung der „Meistersinger von Nürnberg". Am Sonntag, dem 6. Mai, zu denselben Zeiten Militärkonzerte auf dem Wittenbergplatz, Luisenplatz, Savignyplatz und wieder Joachimsthaler Straße. Die Konzerte werden ausgeführt von der Kapelle des Ersatzbataillons des Elisabeth-Regiments. Am Dienstag, dem 8. Mai, wird schließlich eine Festvorstellung im Charlottenburger Schiller-Theater die Aufführung der klassischen Posse „Robert und Bertram" bringen.

Neukölln. Abgabe von Kartoffeln. Für die beiden Wochen vom 30. April bis 13. Mai 1917 sollen je 5 Pfund Kartoffeln für den Kopf der Bevölkerung zur Ausgabe gelangen. Die Entnahme für beide Wochen kann auf einmal in der ersten Woche erfolgen.

Lichtenberg. Zur Sicherstellung der Volksernährung hat der Lichtenberger Magistrat beschlossen, von der Eisenbahnverwaltung den großen Lagerplatz am Bahnhof Lichtenberg—Friedrichsfelde an der Ecke der Eckertstraße und der Frankfurter Allee zu pachten. Er soll für die Lagerung der städtischen Gemüsevorräte verwendet werden und würde gewissermaßen Ersatz für die vom Magistrat früher verfolgte, von den Stadtverordneten aber abgelehnte Gemüsemarkthalle dienen.

Für die Gewährung der billigen Fleischzulage an die Lichtenberger Einwohnerschaft betragen die städtischen Zuschüsse wöchentlich 20360 M. Der Magistrat hofft, daß es entsprechend einem von ihm im Gemeinschaft mit nördlichen und östlichen Vorortgemeinden gestellten Antrage gelingen wird, die Stadt von dieser außerordentlich hohen und drückenden Belastung wenigstens teilweise zu befreien. Diese Gemeinden haben an den Regierungspräsidenten in Potsdam den Antrag gerichtet, ihnen statt des jetzigen staatlichen Zuschusses von 70 Pf. einen solchen von 90 Pf. für jede billige Fleischzulage zu gewähren. Ferner hat der Magistrat beschlossen, der Fettstelle Groß-Berlin, die den städtischen Abmelkwirtschaften Groß-Berlins für jedes Liter Milch einen Zuschuß von 4 Pf. gewährt, einen täglichen Beitrag von 450 M. zu bewilligen. Auch hier hofft der Magistrat, daß es gelingen wird, diese großen Unkosten durch die finanziellen Wirkungen der Uebernahme des Mehl- und Fleischgroßhandels in städtische Verwaltung auszugleichen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Mahlsdorf (Ostbahn). Die Mitgliederversammlung findet morgen Sonnabend, den 28. April, abends 8 Uhr, im Lokal von E. Anders, Bahnhofstraße, statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Gemeindevertreter. Referent: Genosse Oswald Schumann 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Potsdam und Umgegend. Sonntag, den 29. April, abends 8 Uhr, findet eine Versammlung im „Friedrichsgarten", Alte Luisenstraße 37, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über „Rück- und Ausblick in der Partei". 2. Wahl des Vorstandes.

Wichtig für österreichische Staatsangehörige.

Durch kaiserliche Verordnung vom 30. März 1917 sind einige Bestimmungen des Gesetzes vom 26. Dezember 1912, den Unterhaltsbeitrag für Angehörige von Mobilisierten betreffend, abgeändert und ergänzt worden. Die kaiserliche Verordnung vom 11. Mai 1916, die vom erhöhten Unterhaltsbeitrag der Angehörigen unter 8 Jahren handelt, wurde außer Kraft gesetzt. Nach der Verordnung vom 30. März 1917 erhöht sich der Unterhaltsbeitrag der Ehefrau des zur aktiven Dienstleistung Herangezogenen, wenn sie zur Zeit der Entstehung ihres Anspruches ihren ordentlichen Wohnsitz hatte

a) in Wien: um 25 Proz.,
b) in Orten, die in die für Staatsbedienstete geltende I., II. oder III. Aktivitätszulagenklasse eingereiht sind: um 20 Proz. bzw. 15 Proz. und 10 Proz.,
c) in Orten, die in die für Staatsbedienstete geltende IV. Aktivitätszulagenklasse eingereiht sind, sofern sie von der politischen Landesbehörde nach Anhörung der Handels- und Gewerbekammer als Industrieorte erklärt werden: um 10 Proz.,
d) in Orten außerhalb des österreichischen Staatsgebietes: um 20 Proz.

Eine Ehefrau mit einem Nebenverdienst oder Renteneinkommen hat jedoch auf diese Erhöhung nur dann Anspruch, wenn der durchschnittliche Monatsbetrag dieser Einkünfte

a) im Falle der Kinderlosigkeit das einfache,
b) bei einem oder zwei anspruchsberechtigten Kindern das anderthalbfache,
c) bei drei oder mehr anspruchsberechtigten Kindern das doppelte

Ausmaß des ihr ohne Rücksicht auf vorstehende Erhöhung gebührenden Unterhaltsbeitrages nicht übersteigt.

Ein diese Grenzen überschreitender Betrag von Einkünften der obenbezeichneten Art, der kleiner ist als die Erhöhung, schließt den Anspruch auf die Erhöhung zwar nicht aus, vermindert sie aber um den gleichen Betrag.

Die Ehefrauen, die in genannten Orten oder im Ausland wohnen, haben also einen höheren Unterhaltsbeitrag zu erhalten, so im Ausland statt täglich 1 Krone 20 Heller, jetzt 1 Krone 44 Heller.

Die Verordnung vom 11. Mai 1916 bestimmte, daß unter der Voraussetzung, daß die Kinder unter 8 Jahren auf Wohnungsmiete angewiesen seien, der Unterhaltsbeitrag 75 Proz. des Unterhaltsbeitrags der Ehefrau zu betragen habe. Durch diese Verordnung wurde daher der Unterhaltsbeitrag für Kinder unter 8 Jahren von 60 Heller auf 90 Heller erhöht. Die neue Verordnung vom 30. März 1917 hebt die Bestimmung vom 11. Mai 1916 wieder auf und wird für die Kinder unter acht Jahren, die der Wohnungsmiete bedürfen, der Unterhaltsbeitrag wieder auf 60 Heller heruntergesetzt. Mit der einen Hand gibt man etwas, und noch nicht einmal allen Ehefrauen, mit der anderen nimmt man, denn in kleinen Orten in Oesterreich, die nicht als Industriegemeinden angesehen werden, tritt die Erhöhung für Ehefrauen nicht ein.

Die Ehefrauen, welche Kinder unter acht Jahren haben, stellen sich sogar noch schlechter, wie vor der Verordnung vom 30. März 1917. Die im Auslande, zum Beispiel in Deutschland, wohnende Frau eines Mobilisierten, welche ein Kind unter 8 Jahren hat, erhielt früher für sich als Unterhaltsbeitrag 1 Kr. 20 Heller, für das Kind 90 Heller, insgesamt 2 Kr. 10 Heller. Nach der Verordnung vom 30. März 1917 erhält die Ehefrau nun 1 Kr. 44 Heller und für das Kind unter 8 Jahren 60 Heller, zusammen 2 Kr. 4 Heller, demnach 6 Heller weniger pro Tag.

Nutzen haben nur jene Ehefrauen, deren Kinder über 8 Jahre alt sind.

Gerichtszeitung.

Zu den „Hyänen des Arbeitsmarktes" wollten Staatsanwalt und Vorsitzender des Schöffengerichts Berlin-Mitte die Frau Johanna Hirsch aus der Greifswalder Straße gerechnet wissen, die wegen fortgesetzten Betruges angeklagt war. Gegen sie traten zahlreiche Frauen und Mädchen auf, die in ihren durch die Angeklagte angefachten Hoffnungen auf Erlangung guter Heimarbeit arg getäuscht worden sind. Die Angeklagte betreibt eine Krawattennäherei ganz geringen Umfanges und hat einen Umsatz von kaum mehr als 300 Dutzend. Trotz dieser Unbedeutendheit ihres Geschäfts erließ sie fort und fort Anzeigen im Arbeitsmarkt verschiedener Zeitungen, in welchen sie „Heimarbeiterinnen schnellstens; auch Anlernen" verlangte. Darauf meldeten sich zahlreiche weibliche Personen, die in den schweren Zeiten hofften, sich durch Krawattennähen durchhelfen zu können. Bei ihren Unterredungen mit der Angeklagten glaubten sie annehmen zu dürfen, daß, wenn sie täglich nachmittags zwei Stunden bei Frau Hirsch lernen würden, sie imstande wären, sich einen einigermaßen nennenswerten Nebenverdienst zu verschaffen. Für den Kursus mußten 6 M. bezahlt werden, die

Vernehmen erhielten dann zwei Muster, nach denen sie Krawatten nähen sollten, zu deren sie die Zutaten zu bezahlen hatten; fielen — wie es fast stets der Fall war — die Leistungen nicht zur Zufriedenheit der Angeklagten aus, dann wiederholte sich der Vorgang unter nochmaliger Zahlung von 5 M. Ein großer Teil der Zeuginnen war sich bald klar darüber, daß sie unnütz ihr Geld und die täglichen Straßenbahnkosten weggeworfen hatten und brachen die aussichtslosen Kurse ab. Einige wenige hielten aus und bekamen Zutaten und Heimarbeit zugewiesen, wofür sie Kaution stellen mußten; hatten sie nicht Geld genug bei sich, dann nahm Frau Hirsch auch einen Ring als Kaution an. Aber auch die paar Zeuginnen, denen Arbeit übertragen wurde, waren bald bitter enttäuscht, denn für das Anfertigen eines ganzen Dutzends langer Krawatten bezahlte die Angeklagte 80 Pf., für ein Dutzend kurzer Krawatten 60 Pf. Die Angeklagte versicherte hoch und teuer, daß sie nicht auf Betrug ausgegangen sei. Die Gutachten des Fräulein Dr. Gäbel und des Direktors Paul Schröter belasteten sie aber stark. Letzterer betonte u. a., daß leider unter den Frauen die irrige Meinung verbreitet sei, daß das Krawattennähen sehr leicht und die beste Gelegenheit sei, in der Heimarbeit schnell Geld zu verdienen. Eine Erlernung in acht bis zehn Tagen sei völlig ausgeschlossen; unter drei bis sechs Monaten sei fast niemand im Stande, sich durch Krawattennähen einen einigermaßen lohnenden Erwerb zu verschaffen. — Der Staatsanwalt hielt für erwiesen, daß die Angeklagte nur auf Gimpelfang ausgegangen und es ihr nur darauf angekommen sei, die 5 und 10 M. einzuheimsen, ohne sich darum zu kümmern, was später aus den Frauen wurde. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr sechs Monate Gefängnis und sofortige Verhaftung. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe.

Die Prämie des Lehrlings. Ein Kölner Fabrikant hatte mit dem Vater eines Lehrlings einen schriftlichen Lehrvertrag abgeschlossen, nach welchem der Lehrling eine Prämie von 150 M. erhalten sollte, wenn er nach absolvierter dreijähriger Lehrzeit noch mindestens ein Jahr im Hause bliebe. Nachdem diese Bedingung erfüllt war, verlangte der Lehrling die verdiente Prämie, sie wurde ihm aber vom Fabrikanten mit folgender Begründung vorenthalten: Nach beendeter Lehrzeit hätte er dem Lehrling freigestellt, weiter mit halbem Akkordlohn zu arbeiten, in welchem Falle er die Prämie erhalten sollte, oder aber auf die Prämie zu verzichten und dafür den vollen Akkordlohn zu erhalten. Der ausgelernte Lehrling hätte sich für das letztere entschieden und 3100 M. im ersten Gesellenjahre verdient. Mithin sei das Prämienversprechen hinfällig geworden. Der für den minderjährigen Sohn klagende Vater stützte sich demgegenüber auf den mit ihm selber geschlossenen Lehrvertrag. Zu einem Verzicht auf die im Lehrvertrag festgelegte Prämie habe er seinem Sohn keine Genehmigung erteilt. — Das Gewerbegericht verurteilte den Beklagten auch zur Auszahlung der 150 M. Prämie. Die der Abmachung im Lehrvertrag entgegenstehende Vereinbarung mit dem Lehrling blieb rechtsunwirksam, da die Genehmigung des Vaters fehlte.

Aus aller Welt.

Mangel an Chemikalien in England.

Amsterdam. In der „Times" wird die Aufmerksamkeit auf den Mangel und die ungeheure Preissteigerung von Arzneimitteln gelenkt. Verschiedene Arzneimittel sind selbst in den gewöhnlichen Drogerien und Apotheken ausverkauft und nur bei wenigen Apothekern mehr zu bekommen, in deren Bezirk zufällig keine Nachfrage bestand. Die Not ist so groß, daß das gewöhnliche Verhältnis zwischen Großhändlern und Kleinhändlern vollständig ausgeschaltet ist. Die Reisenden der Großhändler kaufen in verschiedenen Bezirken die Vorräte der Kleinhändler wieder auf, damit diese nach anderen Bezirken gesandt werden können.

Außerordentlich selten ist Permanganat von Pottasche, eines der beliebtesten Desinfektionsmittel, das man früher namentlich aus Deutschland bezogen hatte. Vor dem Kriege wurde es tonnenweise verkauft, aber nun gilt ein Pfund soviel wie früher ein ganzes Lager und der Preis ist um ungefähr das Dreißigfache gestiegen. Auch die anderen vielgebrauchten Chemikalien sind ungeheuer selten geworden. Sogar der Vorrat an Epsom-Salz sei klein geworden, da die Zufuhr aus Amerika sehr abgenommen habe. Einzelne Arzneimittel, die vor dem Kriege aus Deutschland kamen, insbesondere Aspirin, Salicylsäure und Phenacetin, fertige man jetzt in England selbst an, aber weil es an Rohstoffen und Arbeitskräften fehle, seien die Preise auch für diese Produkte bedeutend höher als vor dem Kriege.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. a. G. Hamburg). Filiale Baumschulenweg. Sonnabend, den 28. April, abends 8½ Uhr, im Lokal von Boche, Baumschulenstr. 67: Mitgliederversammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, 1. Hof links, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

G. H. Wittstock. Wir sind der Meinung, daß Sie den zuviel gezahlten Betrag eventuell durch Klage zurückfordern können, da der Verkäufer nur den nach der Bundesratsverordnung festgesetzten Höchstpreis fordern darf. — **A. B. 1.** Wenn der Schuhmacher seine Forderung glaubhaft nachweisen kann, sind Sie allerdings zur Zahlung der Schuld Ihrer verstorbenen Ehefrau verpflichtet. — **G. 100.** Nein, die Löhnung wird nicht vom Witwengeld in Abzug gebracht. — **J. B. 55.** Wenden Sie sich wegen der von Ihnen gewünschten Beschäftigung direkt an die Küche einer Kaserne. Kürzung der Unterstützung kann erfolgen je nach dem Verdienst. — **L. G. R. 65.** Sie müssen sich den Geburtsschein beschaffen. — **Schiedsgericht.** 1. Darüber müssen Sie sich am Ort erkundigen, event. an Gerichtsstelle. 2. Da in dem Vertrage gesagt ist, daß, wenn die zwei Sachverständigen über den Obmann sich nicht einigen, dieser vom Vorsitzenden der Anwaltskammer ernannt werden soll, so ist wohl damit anzunehmen, daß der Obmann ein Jurist sein soll. — **L. R.** a) Ja. b) Den vom Kreisausschuß angesetzten. c) Sie können sie auf die Jahre umlegen, solange Sie das Grundstück im Besitz haben. — **R. R. 1000.** Nein. — **R. M. 250.** 1. Bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Ehemann seinen Wohnsitz hat. 2. Eheschließungsurkunde. 3. Ja. 4. Erscheint der Kläger oder beide Parteien nicht, so muß der Kläger einen neuen Sühnetermin beantragen und den Beklagten dazu laden. Erscheint der Kläger, aber nicht der Beklagte, so ist der Sühneversuch als mißlungen anzusehen. Der Kläger beantragt dann bei Gericht die Ausstellung einer Bescheinigung über den fruchtlosen Verlauf der Sühne und kann dann die Ehescheidungsklage anhängig machen. Die Parteien können sich vertreten lassen. 5. Die Kosten sind nicht erhöhlich. — **A. T. 103.** 1. Sie könnten Antrag auf Gewährung einer Unterstützung aus der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen stellen. Diesen Antrag nimmt die städtische Fürsorgestelle, Antonstr. 10—15, entgegen. 2. Den Antrag auf Todeserklärung müßte die Ehefrau stellen. — **A. B. 2.** Sie sind seit Ihrer Beschäftigung zur Steuerzahlung verpflichtet. Einschätzung erfolgt nach dem gegenwärtigen Einkommen, da für das Vorjahr ein Jahresverdienst nicht vorliegt. — **K. D. 2.** Auch in der Kriegszeit kann der Mietsvertrag gekündigt werden. Sie sind dann zur Räumung der Wohnung verpflichtet. — **Christoph 176.** Sie haben keinen Anspruch auf Aufwandsentschädigung. — **Marie 19.** Nein. — **Kurt Sch.** Der Sohn muß sich zur Stammrolle melden. — **M. S. 19.** Ja, da Sie als sogenannter Staatenloser gelten. — **E. 13.** Die Znvalidenrente würde monatlich 19,50 M. betragen. — **O. S. 111.** 1. Nein. 2. Ein absoluter Anspruch auf die Löhnung des vermißten Sohnes besteht nicht; sie kann gewährt werden. Antrag ist an das Ersatzbataillon desjenigen Truppenteils zu stellen, zu dem Ihr Sohn eingezogen war. — **A. M. 1005.** Die Wohnungseinrichtung gehört nach Ihrer Mitteilung überhaupt nicht zum Nachlaß der Frau, sondern sie ist Ihr Eigentum. Infolgedessen haben die Verwandten keinen Erbanspruch darauf, ebenso wenig am Barvermögen; nur von dem Sachnachlaß hatten die Eltern oder Geschwister die Hälfte zu beanspruchen. — **K. P. 50.** 1. Nein. 2. Nein. 3. Auch dann nicht. — **E. 103.** Bedürftigkeit wird bei dem von Ihnen angegebenen Einkommen verneint werden. Sie haben deshalb keinen Anspruch auf Unterstützung. — **A. S. 10.** Das ist Sache des Wirts, sich darum zu kümmern. — **Av. H. 100.** Landsturmpflichtig 1. Grades. — **E. S. 28.** Sie können wegen des Diebstahls Anzeige bei der Polizei erstatten. — **F. B. Steglitz.** Der Vater erbt ein Viertel, die Kinder drei Viertel. — **A. B. 88.** Darlehnskasse der Reichsbank, Behrenstr. 21/22.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Ziemlich kühl, überwiegend bewölkt, mit meist geringen, nur an der Küste stärkeren Regenfällen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Herbert Becker

Schönhauser Allee 118, am 23. April gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 28. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Nordend aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schraubendreher

Emil Majenz

Neukölln, Steinmetzstr. 97, am 24. April gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 28. April, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobi-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Karl Schmidtke

Adlershof, Friedenstr. 16, am 9. April gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

171/3 Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Verwaltung Groß-Berlin.

Am Mittwoch, den 25. April verstarb unser Mitglied

Emil Holzkamm.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. April, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Marzahn aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Des weiteren verstarb am Montag, den 23. April, unser langjähriges Mitglied, der Mitbegründer der ehemaligen Zahlstelle Adlershof

Gustav Tempel.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. April, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Adlershof, Bismarckstr. 78, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Am Dienstag, den 24. April 1917, verstarb unser Mitglied

Willi Nandiko.

Ehre ihrem Andenken!

56/11 Die Ortsverwaltung.

Am Dienstag, den 24. April 1917, vormittags 5¾ Uhr, verschied nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden nach 19jähriger glücklicher Ehe meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Emma Knappe
geb. Brieger

im 41. Lebensjahre. 43922

Um stille Teilnahme bitten

Max Knappe und Kinder,
Allensteiner Str. 29.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 28. April, nachmittags 4¼ Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Friedhofes in Weißensee, Falkenberger Straße, aus statt.

Sozialdemokr. Verein Berlin IV.
Sozialdemokr. Partei Deutschl.

Den Genossen und Genossinnen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Emma Knappe geb. Brieger

im Alter von 41 Jahren verstorben ist.

In ihr verlieren wir ein treues Mitglied, welches bis in die letzten Stunden immer ihre Pflicht erfüllt hat.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 28. April, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Friedhofes in Weißensee, Falkenberger Straße, aus statt.

217/6 Der Vorstand.

Verband der Lithographen, Steindrucker u. verwandten Berufe
(Deutscher Senefelder-Bund).

Unseren Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß unser Kollege, der Photograph

Paul Genthe

am 22. April im Alter von 65 Jahren verstorben ist.

Ein ehrendes Andenken ist ihm gesichert.

Die Einäscherung erfolgt am Sonnabend, den 28. April, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße.

Um rege Beteiligung ersucht

109/19 Die Verwaltung.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Adlershof u. Umgegend.

Am 23. April verschied nach schwerem Leiden unser Kollege und langjähriger Vorsitzender

Gustav Tempel.

Adlershof, 26. April 1917.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. April, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Adlershof, Bismarckstr. 78, aus statt. 150/1

Eine glänzende Zukunft

wird allen erblühen, die die Zeichen der Zeit richtig zu deuten verstehen u. rechtzeitig ihre Vorbereitungen treffen, um teilzunehmen an dem großen wirtschaftlichen Aufschwung, der die sichere Folge dieses Völkerringens sein wird. Es werden überall

gebildete u. leistungsfähige Mitarbeiter gesucht

sein. Beamte, Lehrer, Angestellte des Handels u. d. Industrie sollten nicht versäumen, jetzt ihre Vorbereitungen zu treffen. Das beste Mittel, rasch u. gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht auf ein Examen vorzubereiten, die Einj.-Freiw.-Prüfung u. das Abitur.-Examen nachzuholen oder die fehlenden kaufmänn. Kenntnisse zu ergänzen sowie eine vortreffl. Allgemeinbildung sich anzueignen, bietet die **Selbstunterrichts-Methode „Rustin".** Ausführl. 60 S. starke Broschüre kostenlos durch

Bonness & Hachfeld, Potsdam
Postfach 224.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter
und verwandter Berufsgenossen. Zahlstelle Berlin.
Geschäftsstelle: C 54, Mulackstr. 10 I. Fernspr.: Amt Norden 4518.

Sonntag, den 29. April 1917, nachmittags 2 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 1:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1917. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Mitteilungen.

Eintritt nur gegen Buch oder Karte.

Es ist dringende Pflicht aller Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
43/20 Die Ortsverwaltung.

Uhren — Goldwaren
Piltz & Co., Lindenstr. 100.

Kostüme
wasserdichte Mäntel, Röcke, Wintermäntel,
neueste Formen, beste Stoffe, gibt an Private Damenmäntelfabrik **Bilski, Krausenstraße 30.** Dönhoffpl. Sonntag 12—2 geöffn.

Kennen Sie die Wohltat einer Leibbinde?
Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maßanfertigung sowie
Bruchbandagen aller Art.
Artikel z. Gesundh.- u. Krankenpflege
Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lothringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen.

Zelluloid- | Film- und **Hartgummi-Abfälle**
kauft **Ordower,** Georgenkirchstraße 50, beim Alexanderplatz, 9—12, 3—6 Uhr. 22/4*

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.

Heute: Großes Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchesters,
Leiter: Komponist Frz. v. Blon.
Anfang 7½ Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7½ Uhr.
An allen Wochentagen Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt und voller Orchesterbesetzung.

Zigaretten
direkt von der Fabrik zu Originalpreisen

100 Zig.	Kleinverkauf 1,8 Pfg.		1,70
100 „	„ 3 „		2,50
100 „	„ 4,2 „		3,20
100 „	„ 6,2 „		4,50

Versand nur gegen Nachnahme von 100 Stück an.
Zigarren prima Qualitäten, von 100,— b. 200,— M. p. Mille
Goldenes Haus Zigarettenfabrik
G. b. m. H.
Berlin, Friedrichstraße 89.
Fernspr. Zentrum 7487.

Gewerkschaftshaus.
Sonntag, den 29. April: Im großen Saal
Frühlings-Vergnügen
des Schöneberger Frauen- und Mädchenchors.
Der Heldentenor **Kokowski** als Gast.
Im Mahagonisaal: **Erweiterter Restaurationsbetrieb.**

Sonntag mittag:

Nägersuppe	0,25	Osterbraten	2,50
Karotten mit Pökelfleisch	2,00	Maihuhn	2,50
Szegedyner	2,00	Kompott	
Schellfisch mit Senftunke	2,00	Salat	

Heute und morgen ein sehr billiger Schnellverkauf:
Ein Riesenposten **Fetthühner** daumendick Fett über dem Rücken.
Ein großer Posten **Kaninchen** das Pfund **3,75.**
Kaninchen-Pökelfleisch und Kasseler zu den billigsten Tagespreisen.
Hühnerbrühe a Liter **60 Pf.,** und darin gekochte Hühner a Stück **6,00 M.** 1213

Singer unübertroffen
Ueber die Vorteile verlange man unsere
10 Druck-Sätze
Singer Läden überall

Spezialarzt
Dr. med. Colemann
für Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinkranke.
Ehrlich-Hata-Kuren
(Dauer 12 Tage), Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung.
Königstr. 34-36, Alexanderpl. Stadtbhf.
Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10—1.

Sofort Nachnahme
senden. Ich zahle für:

Gr. Kaninchen, abgezogen, Pfd.	3,—
Masthühner, sauber gerupft „	4,—
Puten, „	4,50
Gänse- oder Entenschmalz „	14,—
Größere Ziegen, geschlachtet „	3,—
Große Tauben . . . . Stück	2,—

Tasche, Berlin, **Planufer 21.**

Elektrische Drähte
isoliert, Stark- und Schwachstrom, Litzen kauft jeden Posten
Trapp, Wittenbergplatz 3
28/7* Steinplatz 4659.

Hämorrhoiden!
Verlangen Sie Gratisprospekt.
Dr. Gebhard & Cie.,
Berlin 116, Hallesche Str. 23d.

In Freien Stunden.
Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk Pro Heft 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sommer-Paletots
Sport-Paletots
Loden-Pelerinen

M. Schulmeister
Dresdener Straße 4 Kottbuser Tor
Sonntags von 12—2 Uhr geöffnet
Maßanfertigung zu allerbilligsten Preisen.

Sakko-Anzüge
Rock-Anzüge
Jünglings-Anzüge

Nr. 114 — 1917

Unterhaltungsblatt des Vorwärts

Freitag, 27. April

Ein Musterstaat im Tierreiche.

Die Kunst der Staatenbildung ist bekanntlich nicht nur unter den Menschen, sondern auch bei den Tieren verbreitet. Regelrechte Staatenwesen in unserem Sinne gibt es allerdings nur in der Welt der Insekten, und zwar sind hier Hummel-, Wespen-, Bienen-, Ameisen- und Termitenstaaten bekannt. Diese Tierstaaten, von sogenannten sozialen Insekten gebildet, sind besonders psychologisch für den Menschen interessant, da man bei ihnen in mannigfacher Beziehung die Gewohnheiten und Gesetze beobachten kann, die auch unser Gesellschaftsleben beherrschen. Da die Staatsmaschine der sozialen Insekten aber viel einfacher ist und bedeutend ruhiger und sicherer arbeitet als die der Menschen, läßt sie sich mit ihren Einzelheiten mit ziemlicher Genauigkeit feststellen. Das am wenigsten ausgebildete Staatswesen besitzen die Hummeln, eine höhere Stufe nehmen bereits die Wespen ein, hierauf folgen die Bienen und Ameisen, die unstreitig höchste Entwickelung der Staatsform aber wurde von den Termiten erreicht.

Nach den Forschungen des Münchener Professors K. Escherich, über die Dr. phil. O. Damm im „Prometheus" ganz neuartige Mitteilungen macht, hat man bei den Termiten sozusagen den Musterstaat im Tierreiche aufgedeckt. Vorbemerkt sei, daß die Termiten nicht, wie häufig angenommen, mit den Ameisen verwandt sind, sondern vielmehr zur Familie der niedrigst organisierten Insekten, etwa zu den bei uns bekannten Küchenschaben, die meisten Aehnlichkeiten aufweisen. Wenn man den Bau eines Termitenstaates — z. B. der Termes bellicosus — vor Beginn der Regenzeit untersucht, findet man darin sechs verschiedene Formen. Und zwar erstens das königliche Paar, zweitens geflügelte Tiere, drittens die in der überwiegenden Mehrheit vorkommenden Arbeiter, viertens große Soldaten, fünftens kleine Soldaten und sechstens die Jugendstadien. Uebrigens ist die Zusammensetzung bei den einzelnen Termitenstaaten verschieden und hängt auch von der Zeit ab. Derselbe Termitenbau enthält in der Trockenzeit z. B. keine geflügelten Tiere. Bei anderen Termitenarten findet man nur eine Art von Soldaten, oder auch gar keine oder auch wiederum drei verschiedene Soldatengruppen.

Die höchstorganisierte Art hat natürlich auch die ausgeprägteste Kastenbildung. Das königliche Paar und die Geflügelten sind als die eigentlichen Fortpflanzungstiere des Staatswesens zu betrachten. Der König und die Königin haben nach dem Hochzeitsfluge die Flügel durch Selbstverstümmelung verloren. Die Königin ist ausschließlich da, um für den ganzen Stamm das Geschäft des Eierlegens zu besorgen. Eine Königin allein vermag die Staatseinwohnerschaft auf Hunderttausende, selbst auf Millionen zu vermehren. Im Gegensatz zu anderen staatsbildenden Insekten bleibt der König auch nach dem Hochzeitsfluge am Leben.

Gleich dem Königspaar sind auch die geflügelten Tiere beträchtlich größer als die übrigen Staatsmitglieder, da die Arbeiter- und Soldatengruppen sich aus verkümmerten Tieren zusammensetzen. Im Gegensatz zu den Bienen und Ameisen gehören der Arbeiterklasse nicht nur Weibchen, sondern auch Männchen an. Die Arbeit selbst ist außerordentlich vielartig. Die Hauptarbeiten sind Nestbau, Herbeischaffen der Nahrung, Fütterung und Reinigung des königlichen Paares und der Soldaten, Reinhalten der Wohnungen, Pflege der Brut usw. Die zur Verteidigung des Staates berufenen Soldaten sind sozusagen hochspezialisierte Arbeiter mit besonderer Ausbildung des Kopfes und der Mundteile. Man unterscheidet die normalgebauten Soldaten mit stark entwickelten, langen und oft phantastisch gekrümmten Kiefern, und die sog. Nasuti mit retortenförmig ausgezogenem Kopf. Bei den einen werden die Kiefer als Waffe benutzt, bei den andern sondert der nasenförmige Fortsatz des Kopfes ein klebriges Sekret ab, das durch seine ätzende Wirkung als Kampfmittel gebraucht wird.

Bezeichnend für das Organisationstalent der Termiten ist der heute besonders interessierende Umstand, daß sie auch über eine regelrechte Nahrungsmittelorganisation verfügen. Ein Teil der aufgenommenen Stoffe wird als verarbeitete Nahrung zur Fütterung der zahlreichen Larven verwendet. Besonders wichtig bei der Ernährungsfrage ist die Zucht gewisser Pilzarten. Zu diesem Zweck stellen die Termiten schwammartige Körper, die „Pilzkuchen" her, welche sozusagen als Mistbeete dienen. Sie bestehen aus Holz, sind mit Poren übersät, die zu labyrinthartig gewundenen Gängen führen, und ihr Gerüst wird von dem Fadengeflecht des Pilzes durchwuchert. Wie hoch entwickelt die Termiten sind, kann man an dem Abbeißen der Unkräuter erkennen, so daß sie auch eine regelrechte gärtnerische Tätigkeit zur Schaffung ihrer Nahrungsmittelvorräte ausüben.

Der Laubenkolonist im Felde.

Jawohl, er ist auch da! Der Krieg vernichtet nicht nur, nein, seine Leute bauen auch auf und an. Während an der Front die Granaten die Felder pflügen und nur Tod und Verderben säen, gewaltige Minen den Bauch der Erde aufschlitzen bis zu gähnenden Tiefen und alle menschliche Intelligenz der Mechanik des Krieges, der Vernichtung dienstbar gemacht wird, bauen hinter der Zone des Todes fleißige Hände Acker und Gärten an. Und das ist für den Soldaten nicht Arbeit, das ist Erholung zugleich. Deshalb schon, weil es nach langer Zeit oft die erste faktisch zweckmäßige Arbeit ist, die die Nerven befriedigt und den Geist beflügelt . . .

Ein drecköges polnisches Dorf ist jetzt unsere Heimat. Der Schlamm steigt bis über den Brettersteg, den wir an einer Seite der Dorfstraße gelegt haben, um nicht als zweibeinige Amphibien im Morast zu versinken. So öde und langweilig die Straße, so verödet und verkommen auch die Gärten. Statt der deutschen Bauerngärten nur Mistkloaken; statt der Blumen und Fliederbüsche, Kastanien- und Lindenbäume einige wilde Obst- und Waldbäume. Der Boden ist nicht schlecht, desto miserabler aber seine Kultur. An den spärlichen Vogelkirschbäumen hängt langes Moos und Raupennester vom Vorjahre warten des neuen Ungeziefers . . .

Nun soll es dieses Jahr anders werden! Wir sind mit großem Fleiß dabei, den Panjes ein gutes Stück Berliner Laubenkultur ins Land zu verpflanzen. Mit Gartenschere und Kalkpinsel haben wir in den (wenn auch teils wilden) Obst„gärten" Einkehr gehalten. Und nun stehen sie stolz da, die weißgekalkten, fachmännisch geschnittenen Bäume, uns verheißend den Lohn in Form von Früchten, die der Baum bringen soll. Andere fleißige Hände sind dabei, mit Spaten und Harke Beete für Gemüse herzurichten. Und besonders findige Köpfe haben sich Fenster verschafft und primitive Frühbeete angelegt. Die schwarze, mollige Erde atmet nun Licht und Sonne — wir in Hemdsärmeln natürlich auch. Birkenzäune und Birkenlauben werden gebaut, fein säuberlich im feldgrauen Jugendstil, wobei sich so manches „Genie" erst selbst entdeckt hat. Und sind wir so richtig „mang", dann denkt man mit Wehmut an seine „Scholle und die Olle", die mit den „Jöhren" nun schon den dritten Lenz zu Hause hegt und pflegt. Und auch an die „Ernte"feste . . . Na ja, wir denken doch, bis dahin wieder in der Heimat zu sein.

Der Ortskommandant ist im Nebenfach Samenhändler geworden. Er hat in seiner Behausung allerlei Säckchen und Beutel, an denen die Namen nur so tanzen: Kohlrabi, Möhren, Salat, Radieschen, Wirsing, Zwiebeln usw. Wir säen, was wir nur bekommen können, denn wir säen ja für unseren Magen. Spezialität sind Bohnen und Möhren und in der Nachbarschaft die Kartoffeln dazu. Leider wächst Fleisch und Fett nicht auf Gemüsebeeten, aber die Heimat liefert ja auch gutes Fleisch. Und ist der Widerstreit zwischen Animalier und Vegetarier nicht schon sehr ausgeglichen worden? Na also!

Vielen Kummer macht uns der vor der Haustür angelegte Ziergarten, der, mit schönem Birkenzaun umgeben nur leider noch wartet auf den Blumensamen. Die schwarze Erde trauert noch und wartende Kraft und Schönheit, die im Boden träumt, kann nicht erlöst werden.

Träumende Poesie ohne Formen. In ganz Ostpolen gibt es wohl überhaupt keine Gartenblume. Nebenbei: auch auf den Kirchhöfen blüht nicht eine Blume und kein Strauch. Kahl und nüchtern, traurig und arm wie die Leute, ist auch ihre Umgebung (oder umgekehrt). Nun haben wir doch einen wilden Rosenstrauch gefunden und vom Wald einige Beerenstauden dazu geholt; so stehen die Beete nicht ganz verlassen da. Das Auge wird sich nun bald an der Komposition von Kunst und Natur erfreuen, denn grünen wird's und auch blühen, wenn auch aus wilden Dolden. Und kommen einst die Panjes in ihre Dörfer zurück, zu den Gemüse- und Ziergärten, werden sie doch nicht glauben wollen, daß wir die von aller Welt verfemten Barbaren sind. Und nun wollen wir uns zu allem gut Wetter wünschen, auch in dem Sinne, daß nicht nur Gärten und Felder, sondern auch der Frieden gedeihe. E. P.

Ein Feldpostbrief aus dem Dreißigjährigen Kriege.

In die Lage kriegführender Soldaten früherer Zeit gewährt ein vor kurzem aus dem Staub der Archive hervorgeholter „Feldpostbrief", den zu Pfingsten des Jahres 1631, also während des Dreißigjährigen Krieges, ein Fähnrich Johann Christian Schneiden an seine Frau richtete, fesselnde Eindrücke. Der Fähnrich, der zu dem Regiment gehörte, das die Stadt Köln den Kaiserlichen zur Verfügung gestellt hatte, schrieb also: „Der ehr- und viel tugendsamen Frau Agathe Schneiden, Fähnrichin in Kölln, meiner herzallerliebsten Hausfrau, wohnhaft in der Glöcknergasse. . . . Ach, meine tausend herzallerliebste Agatha, ehelichen Gruß und Treue zuvor! Von Deiner Gesundheit etwas zu hören, wäre mir eine herzlich große Freude, wie auch ein trostbringendes Schreiben zu empfangen, sintemalen ich noch keines erhalten habe. Was mich betrifft, so bin ich nur leidlich gesund, mit Ungeziefer bedeckt, ein armselig und von aller Welt verlassenes Geschöpf. So Du es wahrhaft wissen könntest, wie es um uns hier steht, würde sich wohl auch ein Stein erbarmen. Wir sind für nichts geachtet; ob einer krank, gesund, liegend oder stehend ist, gilt gleich. Kein Mensch redet fürs Köllnische Regiment, und wir sind unseres ganzen Regimentes noch nicht hundertundfünfzig Mann. Wir haben heftig verloren und keinerlei Ehr davon. Der Feind hat uns verfolgt, uns umzingelt und uns gejaget bis nach Münster in Westfalen. Wir liegen in Leibes- und Lebensgefahr, scharmützieren auch täglich mit dem Feind. Wir liegen vor der Stadt unter freiem Himmel, und in drei Monaten bin ich nicht aus meinen Kleidern gekommen und hatte immer nur Stroh unter mir als meine Lagerstatt. Meine Sachen mit meinem Knecht und Pferd, deren ich sechs nacheinander verloren habe, ein Schaden von vierhundert Reichstalern, sind alle fort. Es ist gar nichts mehr übrig, als daß ich auch noch mein junges Leben verliere. Wir liegen auf der Straße wie das krepierte Vieh und leiden großen Mangel. O Brot! o Brot! o frisches Wasser! Wenn ich das Leben verwirkt hätte, so könnte man mich nicht in ärgeres Leben bannen. Ich habe mich ehrlich und ritterlich, wie es einem Fähnrich gebühret, bisher verhalten, aber länger ist das nicht möglich, und ich muß wider meinen Willen mein Fähnlein verlassen. Alle meine Kameraden sind gleich mir müde und begehren ihren Abschied. Alle Tage reißen Soldaten aus und Offiziere. Alle vier Tage bekomme ich ein Pfund Brot und sonst nichts mehr. Oh, es ist nicht mit Worten zu sagen, wie wir leiden. Die gemeinen Knechte leben noch besser als ich. Ich habe noch kein einziges Quartier bei guten Bürgers- oder Bauersleuten gehabt. Ja, wenn mir meine Sachen nicht gestohlen wären, dann wollte ich ein Stück Geld erspart haben. Nun ist alles hin. Unsere eigenen Reiter haben der Hauptleute Bagage geplündert, als sie sahen, daß die Feinde auf uns heranKamen und wir die Flucht ergreifen mußten. Wir werden nur als Schanzen- und Gräbenfüller angesehen, und stets geschieht es, daß das Köllnische Kriegsvolk an die Spitze gestellt wird. Auch werden wider das Herkommen die Fähnriche zum Sturm und in die Laufgräben kommandiert. In Summa, ich kann solches nicht länger aushalten. Ach, wie warte ich mit Verlangen auf ein Antwortschreiben von Dir! Man wundert sich, daß Du mir noch nicht geschrieben hast und ich keinen Brief von Dir erhalten habe. Das ist doch wahrlich gegen Gott und alle eheliche Liebe. Habe ich Dich erzürnet, so verzeihe es mir. Hiermit, mein getreuer Schatz, viel tausend gute Nacht!"

Notizen.

— Theaterchronik. Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater wird als zweite Arbeiter-Vorstellung für das Kriegsamt am Sonntag, den 29. April, nachmittags 3 Uhr „Der Waffenschmied" zur Aufführung gelangen.

— Ein Indianermuseum. In Newyork ist jüngst der Grundstein zu einem neuen Museum gelegt worden, welches die Bezeichnung „Museum of the American Indian" trägt und bestimmt ist, alles zu vereinigen, was sich auf den sterbenden Roten Mann bezieht.

— Elenantilopen im Berliner Zoo. Die Elenantilope oder Cama hat ihre Heimat im Lande der Buschmänner und am Orangefluß. Sie besitzt die Größe eines Pferdes und kann im Gewicht und Geschmack dem deutschen Hausrind zur Seite gestellt werden. Da sie leicht zu zähmen ist, wird sie in den Tropen vielfach als Haustier gehalten. Dem Berliner Zoologischen Garten wurde kürzlich ein Pärchen dieser Gattung als Geschenk überwiesen. Die Tiere sind äußerst wertvoll, wurden aber, da ihre Schwänze und Ohren durch andauernden Aufenthalt im Freien Frostschaden erlitten haben, nicht im Antilopenhaus, sondern im großen Hirschhause gegenüber untergebracht.

Arbeiter.

1]

Von Stijn Streuvels.

Berechtigte Uebertragung aus dem Flämischen von Georg Gärtner.

Die Buben, die in dem vermoosten, zertrampelten Vorgärtchen beim Spielen waren, hatten zuerst gesehen, daß der Briefträger den kleinen Pfad nach ihrer Wohnung einschlug.

Sie stoben in die Höhe und liefen um die Wette ins Haus, um der Mutter dieses ungewöhnliche Ereignis zu künden.

„Mutter, der Briefträger kommt 'rauf!"

Die Frau, die am Webstuhl arbeitete, hörte das Rufen und blieb ungläubig sitzen. Aber mit einem flüchtigen Blick sah sie doch über die Schulter durch die Fensteröffnung der Webstube und . . . wahrhaftig, da sah sie den Briefträger herankommen! Sie erkannte ihn an seinem blauen Kittel und an seiner Dienstmütze und an der Ledertasche, die ihm an der Seite hing. Er kam den Pfad herauf, direkt auf das Haus zu. Im Nu war ihre Neugierde geweckt und zur gleichen Zeit stieg ein Gefühl banger Erwartung in ihr auf — die Furcht vor einem Etwas, das geschehen war oder geschehen würde und das sie zum Weinen bringen würde; in dieses Gefühl mischte sich aber auch noch einiger Zweifel, ob es wirklich „Etwas" sein würde — etwas so Plötzliches, so Unerwartetes, das über sie kam, während sie hier so gemütlich bei der Arbeit saß . . . an diesem gewöhnlichen Vormittag, während die Buben spielten und sie von nichts wußte, sich an nichts erinnerte: an keine Ahnung, kein Vorzeichen, an gar nichts, nicht einmal eine Spinne am Morgen beim Aufstehen . . . auch hatte sie nichts geträumt, daß ihr irgendwelche Erklärung geben konnte . . .

Sie hatte keine Zeit, weiter nachzudenken oder Vermutungen anzustellen, sie mußte schauen, ob der Briefträger, der niemals hierher kam, sich auch wirklich näherte.

Sie blieb sitzen, mit der einen Hand noch an der Lade des Webstuhls, mit der anderen am Hebel, ohne daß sie sich zu rühren wagte, aus Furcht, die Erscheinung möchte verschwinden und sie säße dann da wie verzaubert.

Er kam auf das Zaunpförtchen zu.

Die Buben waren wieder draußen und standen an der Haustür und erwarteten mit großen, verwunderten Augen den Mann, der ein kleines Gabelstöckchen trug. Ja, nun war kein Zweifel mehr: er war da. Die Frau hüpfte vom Webstuhl herunter und kam in die Stube, um sich mit den Händen auf den Tisch zu stützen und durch das Fenster zu starren. Sie zählte die Schritte, die er auf dem Pfade vor dem Gärtchen machte. Der Mann stapfte mit seinem Gabelstock daher, indem er gleichgültig umherguckte, wie einer, der gar nicht weiß, was er alles in seiner Ledertasche mitbringt.

Die Frau zitterte und hielt den Atem an, und immer noch stand sie vor diesem ungewöhnlichen Fall mit Neugierde und Furcht vor einem Unglück.

Jetzt erreichte er das Pförtchen. Er suchte den Wirbel, stieß das wackelige, schiefhängende Türchen auf, das in seinen ledernen Angeln auf dem Erdboden schleifte. Jetzt schritt er über den Weg, der mitten durch das Gärtchen schnurgerade auf die Haustür zuginn.

„Is die Mutter daheim?"

Sie hörte ihn die Buben fragen, die bolzengerade stehen blieben.

„Ja", antworteten sie schüchtern. Und in dem Augenblick, da der Mann den Fuß in die Türöffnung gesetzt hatte, waren sie ihm alle fünf auf den Fersen und stellten sich um ihn herum, um zu sehen, was nun geschehen würde.

„Frau Balcaen . . ."

„Postbot' . . ."

„Ich hab hier was für euch."

„Für mich, Postbot'?"

„Ja, 'n Brief."

Er tastete in seine Tasche, die mit Papieren vollgepfropft war, und zog den Brief heraus.

„Hier, seht; 's is einer aus Frankreich."

„Ho! von Ivo!" rief sie überrascht.

Als der Briefträger schon lange wieder fort war, stand sie noch immer mit dem Briefe in der Hand und starrte auf die Adresse. Was sie da in der Hand hielt, war vielleicht die Kunde von ihrem Unglück.

„Ich sollt' ihnden Brief lesen lassen", war ihr erster Gedanke. Aber als sie durch das Fenster schaute, hatte der Briefträger schon wieder das Pförtchen passiert und schritt wacker fürbaß. Sie dachte nicht daran, den Umschlag aufzureißen — sie starrte nur immer auf die Buchstaben und auf den Stempel.

„Is er vom Vatter?"

„Mutter, darf ich mal sehn?" riefen die Buben, die die Frau umdrängten und die Hälse reckten nach dem Wunderding, das sie noch nie gesehen hatten.

Durch den Lärm war das Kleine in der Wiege aufgewacht und fing an zu schreien.

Die Frau fuhr auf, stopfte den Brief in die Schürzentasche und nahm das Kind auf den Arm.

„Still sein!" gebot sie; „auf Paulinchen acht geben und nicht aus dem Haus gehen, ich bin gleich wieder da."

Mit bloßen Füßen in ihren Holzpantinen, gekleidet, wie sie eben war, lief sie hinaus, querfeldein, geradenwegs nach dem Gütlein drüben an der breiten Straße.

„Natlie soll ihn vorlesen," meinte sie. In dem Maße, wie sie dem Gütlein näher kamen, wuchsen ihr Verlangen und ihre Erwartung, und zuletzt ward der Drang, zu erfahren, was ihr bestimmt war, so mächtig, daß sie aus Leibeskräften zu laufen begann. Neben ihrer Furcht vor einem Unglück tauchte jetzt auch eine Ahnung auf, daß es vielleicht eine erfreuliche Nachricht sein könne; aber sie blieb im Ungewissen und schwankte zwischen diesen beiden Annahmen, ohne daß die eine die andere überwog.

Vielleicht kommt er nach Haus? Aber nein, — daß er heimkommen würde, erwartete sie schon lange, viele andere Schnitter waren schon aus Frankreich zurückgekehrt — aber... wenn er nach Haus kam, würde er nicht erst schreiben — es mußte somit sicher etwas geschehen sein . . . aller Wahrscheinlichkeit nach war es eine schlechte Nachricht — ein Unglück im Zug? Ueberfahren? Krank geworden? — Getrunken? Gerauft? Ins Loch gesteckt? . . .

An der Hoftüre angekommen, wagte die Frau nicht mehr zu laufen — nach einer unbestimmten Eingebung des Aberglaubens mußte sie das erwartete Unglück dadurch abwenden, daß sie sich nicht anmerken ließ, daß ein Unglück geschehen sei — dadurch, daß sie selbst nicht daran glaubte. Sie zwang sich deshalb, gelassen zu bleiben, sich gleichgültig zu stellen. Aber als sie ins Haus kam und sah, daß Natlie allein war, fiel ihr Ausruf doch viel lauter, als sie gewollt hatte, und ein wenig gar zu aufgeregt und verstört aus:

„Denk dir Natlie, ich hab 'nen Brief bekommen . . . hier, sieh! Von Ivo, denk ich; der Postbot' sagt, er kommt aus Frankreich. Geh, lies ihn mir vor, willst du? Ich bin so erschrocken! Mir ist so bang; ich fürcht', daß etwas geschehn is . . ."

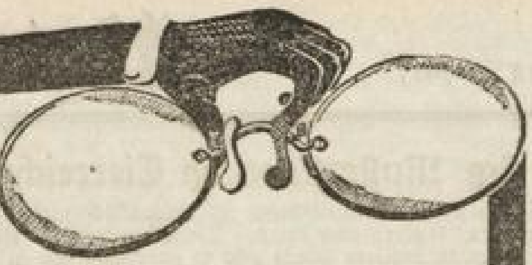
Mit der scharfen Spitze ihrer Scheere öffnete Natlie gleichmütig den Umschlag, suchte nach ihrer Brille und, während die Frau ungeduldig von einem Fuß auf den andern trat, entfaltete Natlie das kleine Stückchen Papier und betrachtete es, ohne ein Wort zu sagen.

„Schlechte Nachricht, nich wahr?" fragte die Frau, die der Meinung war, daß Natlie nicht den Mut habe, es zu sagen.

Natlie betrachtete das Papier noch aufmerksamer.

„'s is schlecht geschrieben, ich weiß nich, ob ich mich drinn' auskenne," entschuldigte sie sich. (Forts. folgt.)

Vom vorzeitigen Altern



Die ersten Anzeichen sind Runzeln und Krähenfüße. Diese aber kommen weniger oft von Kummer und Sorge als von Ueberanstrengung der Sehkraft. Selbst kleine Fehler der Augen führen zu einem ständigen unbewußten Anspannen der Augenmuskeln und Nerven, wobei man unwillkürlich die Augen zusammenkneift. Dadurch aber bilden sich Furchen und Runzeln auf der Stirn und an den Augen, die sich mit der Zeit tief einprägen.

Da aber trotz der Anstrengung der Augen das Sehen nicht vollkommen wird, so sind Kopfschmerzen, Augenbeschwerden und Nervosität die Folge. Bald tritt jene nervöse Abgespanntheit der Gesichtszüge ein, die ganz besonders vorzeitig alt erscheinen läßt. Wollen Sie recht lange jung und frisch aussehen, wollen Sie lesen und arbeiten können ohne schnell müde zu werden, wollen Sie Ihre Nerven schonen und sich vor Kopfschmerzen, soweit solche von den Augen herrühren, bewahren, so kommen Sie zu uns und lassen Sie sich genau passende Gläser anfertigen.

Sind's die Augen
Geh' zu Ruhnke!

Optiker Ruhnke
BERLIN.

Neu: Schöneberg
Haupt-Str. 21 am Kaiser-Wilh.-Platz

Friedenau:
Rhein-Str. 18, Ecke Kirch-Str. gegenüber der Kaiser-Eiche.

C. Am Alexander-Platz neben Aschinger.
Spittelmarkt, Ecke Wall-Str.
SO. Oranien-Str. 44, nahe Oranien-Platz.

W. Leipziger Str. 113, Ecke Mauer-Str.
Link-Str. 1, E. Potsdamer Str.
Friedrich-Str. 180, Ecke Tauben-Str.

NW. Friedrich-Str. 150, Ecke Dorotheen-Str.
N. Chaussee-Str. 72,
Invaliden-Str. 164, Ecke Brunnen-Str.

Charlottenburg:
Tauentzien-Str. 15, Ecke Marburger Str.
Joachimsthaler Str. 2, am Bahnhof Zoo.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7½ Uhr: **Der Geizige.**
Sonnabend: **Der Geizige.**
Kammerspiele.
7½ Uhr: **Fasching.**
Sonnabend: **Fasching.**
Volksbühne. Theat. a. Bülowplatz.
7½ Uhr: **Volk in Not.**
Sonnabend: **Volk in Not.**

Theater i. d. Königgrätzerstr.
7½ Uhr: **Paul Lange und Tora Parsberg.**

Komödienhaus
7½: **Die verlorene Tochter.**

Berliner Theater
7½ Uhr: **Die tolle Komteß.**

Lessing-Theater.
7½ Uhr: **Madame Legros.**
Sonnabend: **Madame Legros.**
Sonntag: **Madame Legros.**

Deutsch. Künstler-Theater.
Allabendlich 7¼ Uhr:
Der Kammersänger.
Comtesse Mizzi. I. Klasse.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Festspiele für die Marine
Zirkus Busch
Heute und folgende Tage
Beginn 7½ Uhr
Die Deutsche See
Dramatisches Spiel von Georg Engel
Musik von Paul Scheinpflug
Inszenierung Fritz Friedmann-Frederich
Hermine Körner, Ida Grüning, Ida Wüst, Marianne Altermann, Lore Rückert, Anita Berber, Olga Desmond, Josefine Klein, Marianne Genia, Theod. Loos, Adolf Klein, Cesar Bebo, Adolf Klein, Kurt Frederich, Marcell Gavern, Artur Wellu, Georg Blumdell
Das verstärkte Blüthner-Orchester unter Leitung des Komponisten.
2000 Mitwirkende
Preise M. 0.50 bis M. 10.00
Vorverkauf bei Wertheim, Bote & Bock, Invalidendank, an den Zirkuskassen und im Konzertbüro, Mosse. 1.

Zirkus A. Schumann
Nur noch 4 Tage.
Das große Zirkusprogramm.
Die türkischen Illusionisten **Delaune** und **Benita**
Eine Flucht mit Hindernissen
und die Prunk-Pantomime
Die Seeräuber.
Sonntag, 29. April: **2 Vorstell.** 3 u. 7½ U.: Vorletzte Aufführung der **Seeräuber** und das große Zirkuspr. Nachm. 1 angeh. Kind fr.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 7½ Uhr.
7½ Uhr: **Das neue April-Progr. Negro, 4 Remics, Fr. Steidl**
8½ Uhr: Allabendlich stürm. Beifall.
Großer Heiterkeitserfolg
Wenn's Mailüfterl weht.
Sonntag 4 Uhr: **Sein Puppchen.**

Admirals-Palast.
Die Novität
Abrakadabra
großes phantastisches Ballett
auf dem Eise.
7¾ Uhr. Verzügl. Küche.

Palast Theater Am Zoo
Tägl. 7½ Sonnt. 3½ u. 7½
Nur noch bis 30. April:
Gastspiel
der berühmten
Sent M'ahesa
und letzte Tage d. April-Progr.

WINTERGARTEN
Lucy
Kieselhausen
mit ihrem Ballett
Neue Tänze!
Paul Beckers
mit neuen Vorträgen
sowie der
abwechslungsreiche
April-Spielplan!

Apollo
FRIEDRICHSTR. AN DER KOCHSTR.
Allabendlich 7½ Uhr:
Das vielseitige
Varieté-Programm!
Die Kasse ist ab 10 Uhr geöffnet

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Cabaret „Feldgrau."

Anfang 7½ Uhr
Sonntag
letzte Nachmittags-Vorstellung zu ermäßigten Preisen!

Theater für Freitag, den 27. April.

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
7 Uhr: **Feuersnot.**
Hierauf: Die glückliche Insel.

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
7½ Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

Gebr. Herrnfeld-Theater.
7½ Uhr: **Ehe-Urlaub.**

Kleines Theater
7½ U.: **Hans im Schnakenloch.**

Komische Oper
7 Uhr 20 Min.: **Die Dose Sr. Majestät.**

Lustspielhaus
7½ Uhr: **Die schöne Kubanerin.**

Metropol-Theater
7 Uhr 10 Min.: **Die Czardasfürstin.**

Neues Operettenhaus
Schiffbd. 4a. Kassentel.: Nord. 281.
7½ U.: **Der Soldat der Marie.**

Residenz-Theater
7½ Uhr: **Die Warsch. Zitadelle.**

Schiller-Theater O
7½ Uhr: **Der Bibliothekar.**

Schiller-Th. Charlottenb.
7½ Uhr: **Die Kammerwahl**

Thalia-Theater
7 Uhr 25 Min.: **Das Vagabundenmädel.**

Theater am Nollendorfpl.
7½ U.: **Die Gulaschkanone.**

Theater des Westens
7½ U.: **Die Fahrt ins Glück.**

Trianon-Theater
8 Uhr: Dreher i. **D. alte Feinschmecker.**

Rose-Theater.
7½ Uhr: **Das Findelkind.**

Walhalla-Theater.
7½ U.: **Der fidele Bauer.**

NATIONAL-THEATER.
8¼8. Größter Lacherfolg. 8¼8.
Zum **100.** Male:
Studentenliebchen.
Posse mit Gesang u. Tanz in 3 Akt.
Musik von Walter Bromme.
Sonntag 3½ Uhr: **Jugend.**
Vorverkauf ab 10 Uhr ununterbrochen.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Heute 7½ Uhr:
Der Tanzteufel.
Sonnabend 7½ U.: Die Maikönigin.
Sonnt., 29. 4., nachm. 3: Der Tanzteufel.
Abends 7 Uhr: Die Maikönigin.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche.
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof
Behandl. von **Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleid.,** spez. chron. Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise. Teilzahlung. Sprechstunden 10—1 und 5—8. Sonnt. 11—1.

Verkäufe

Teppich-Thomas, Oranienstr. 44 spottbillig farbenfehlerhafte Teppiche, Gardinen. Vorwärtsleiern 5 Prozent Extrarabatt. 64*

Leihhaus Warschauerstraße 7. Verkauf allerlei neuer Waren! Pelzgarnituren! Herrengarderobe! Bettenverkauf! Plüschdecken! Tüllgardinen! Uhrenverkauf! Schmucksachen! Allerbilligste Preise! 1698*

Leihhaus Moritzplatz 58a. Gelegenheitskäufe neuer Maßgarderobe sowie Paletots, Ulster in erstklassiger Verarbeitung. Ferner Skunksstolas, Muffen, Marder, Nerz, Alaska, Blau- und Weißfüchse, Pelzmäntel, Wagenpelze, Plüsch- und Astrachanmäntel, Kostüme, Ulster, 20—125 Mark. Extra-Angebot in Lombard gewesener Portieren, Betten, Uhren, Brillanten, Schmucksachen, enorm billig. Leihhaus Moritzplatz 58a. *

Vogelfutter, beste Qualität. Weidemann, Neukölln, Hobrechtstraße 28. 31/11*

Hühnerfutter. Weidemann, Neukölln, Hobrechtstraße 28. 31/11*

Kaninchen, billigst, zum Aussuchen, Weidemann, Neukölln, Hobrechtstraße 28. 31/34*

Teppiche, Portieren, Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Diwandecken billigst. Vorwärtsleser Extrarabatt. Potsdamerstraße 109, Fischer. *

Damentaschen, Geldtaschen usw. wegen Auflösung. Gelegenheitseinkauf für Private. Lederwarenfabrik Andree, Ritterstraße 106 II. †36*

Deutsche Bücherei. Soweit Vorrat jede Nummer broschiert statt 30 Pfennig nur 20 Pfennig, gebunden statt 50 Pfennig nur 35 Pfennig Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3.

Möbel

Möbel auf Kredit und bar liefert an jedermann. Stein, Oranienstraße 1. 19452*

Speisezimmer, seltene Gelegenheit, großes Büfett, oben und unten rund gebaut, reizende Kredenz, großer Auszugtisch, 6 schwere Lederstühle, komplett 1435,—, regulär 1735,—. Möbelhaus Osten, nur Andreasstraße 30. 165R

Musikinstrumente

Wandermandoline, 18,—, erstklassige 30,—, Konzertlaute 45,—, Wandergitarre 12,—, bessere 22,—, Unterricht 6,— Monatshonorar, Notenlager, alteingespielte Geige 30,—. Ernst, Oranienstraße 166, III. 1938*

Kaufgesuche

Leinölfirnis, Standöl bis 13,—, Fußbodenlacke, Oellacke, Kopallacke, Weißlacke bis 6,—, kaufen sofort Gebr. Borowski, Gneisenaustraße 5. (Kollendorf 2279.) 243/4*

Kaufe alles, Firnis, Leim, Bienenwachs, Paraffin, Kopal usw. Zahle anerkannt höchste Preise. Noack, Große Frankfurterstraße 25. 31/1*

Leinölfirnis, Mark 12, Standöl, Lacke 7, Terpentin, Terpentin-Ers., Schellack. Zöls, Neuenburgerstr. 16. Moritzplatz 5861. 201/4*

Schmucksachen, Brillanten, Perlen, Farbsteine, Ketten, Ringe, Zahngebisse, Platina 7,60, Uhren kauft Juwelier Fuß, Seydelstraße 32, Ecke Spittelmarkt. 19306*

Sparmetalle! Kupfer! Messing! Antimon! Zinn! kauft für Kriegslieferung der Kriegsmetallges.; außerdem kaufe Zahngebisse! Platinabfälle 7,60. Silberschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstr.) *

Staunende Preise für Möbelstücke, ganze Einrichtungen, Warenläger, Pelzsachen, Federbetten, Teppiche und Nachlässe zahlt Goldmann, Danzigerstraße 49. Königstadt 7631. *

Metallkontor Peters, Prenzlauerstraße 24. Königstadt 3885. Höchste Preise. 18862*

Metallkontor Peters, Reinickendorferstraße 12. Norden 6479. Höchste Preise. 18842*

Platinabfälle! Gramm bis 7,70! Zahngebisse! Schmucksachen! Ketten! Ringe! Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! höchstzahlend! Silberschmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31, Telephon Alexander 4213. 98*

Borax, Leinölfirnis, Emaillelack, sämtliche Oellacke, Terpentinersatz, Bienenwachs, Paraffin, Zeresin, Leim kauft, höchste Preise zahlend, Walter, Thaerstraße 6. 19122*

Elektrische Leitungsdrähte und Materialien kauft Elektrizitätsstätte Norden, Brunnenstraße 193. 19662*

Schellack, Kilogramm 16 Mark, Leim, Kilogramm 2 Mark, kauft Schmock, Stargarderstraße 51. [31/16

Sektkorken, Weinkorken, Kunstkorken kauft W. Reike, Steglitz, Bergstraße 2. (4—7.) 18662*

Unterricht

Mandolinenspiel, Gitarren, Lautenspiel, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung, 6,— Monatshonorar, Lehrinstrumente billigst, Klavier-, Violinspiel unterrichtet schnell fördernd Ernst, Oranienstr. 166.

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swientz, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV

Vermietungen

Laubenkolonie verpachtet Parzellen. Näheres Restaurant Wittchow, Bahnhof Wittenau (Nordbahn), Endhaltestelle 28. 31/7*

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Drücker auf Zink, Kriegsarbeit, verlangt Neuenburgerstraße 27.

Lehrlinge im Alter von 14—15 Jahren, welche mindestens die erste Klasse einer Gemeindeschule besucht haben, aus achtbaren Familien sofort gesucht. Meldungen in unserer Personal-Verwaltung, III. Etg. Kaufhaus des Westens, G. m. b. H., Tauentzienstr. 21/24. 1618*

Umdrucker für Kartographie sucht Institut Moser, Potsdamerstraße 110.

Maschinenmeister für Steindruck sucht sofort Institut Moser, Potsdamerstraße 110. 217/11

Tüchtige selbständige Jacken- und Rockarbeiterinnen auch außer dem Hause sofort verlangt. Modellhaus Magdalena, Nürnbergerstraße 13.

Mamsells auf Kostümjacken, Ulster verlangt Alsat, Brunnenstraße 132.

Botenfrauen verlangt Bernsee, Steglitz, Mommsenstraße 59, „Vorwärts"-Spedition. *

Zeitungsausträgerin sofort verlangt „Vorwärts"-Spedition Pankow, Mühlenstraße 70. *

Zeitungsausträgerin sofort verlangt „Vorwärts"-Spedition Schöneberg, Meiningerstraße 9, Laden. *

Schneider
auf leichte Damenpaletots im Hause verlangen 19626*
Epstein & Baruchsohn,
Bernauer Str. 74.

Tüchtige Schlosser und Schmiede
sofort bei dauernder Beschäftigung verlangt **Schulz u. Holdefleiß,**
31/5* **Fennstr. 13.**

Wir suchen für dauernde Beschäftigung für unseren Betrieb
ungelernte Arbeiter und Platzarbeiter
in größerer Zahl. Arbeitsuchende wollen sich schriftlich oder mündlich wenden an
Arbeiterannahmestelle der
Pulverfabrik Premnitz,
22/4* Rathenow, Bahnhofstraße 22.

Gelernte Metalldreher
verlangt **Munitionsfabrik** 19742*
F. Gaebert, Berlin, Sophienstr. 22.

Tüchtiger Beizer
sofort gesucht. **M. Schlewinsky u. Co.,** Dirckenstr. 31. 43842*

Steinsetzer-Polier,
welcher Pflasterarbeiten bei Jüterbog in Akkord übernimmt, mit Gesellen und Rammer gesucht. **Thermer,** Reinickendorf-West, Blankestr. 2.

Grundierer
Bronzepolierer
Arbeitsburschen
auf **dauernde Arbeit** verlangt
Albert Spiesicke, Goldleistenfabrik
22526* **Bergmannstr. 102.**

Korbmacher auf 98er und 21 cm-Transportkörbe gesucht. **Hauschildt,** Spandau, Charlottenstraße 10.

Buchdruck-Maschinenmeister
für Dux-Anlegeapparat verlangt sofort
Arthur Scholem, Beuthstr. 6.

Fabrik-Arbeiterinnen
werden eingestellt 19132*
D. Coundé, Rungestr. 21.

Arbeiterinnen
auf leichte Damenpaletots im Hause verlangen 1963L*
Epstein & Baruchsohn, Bernauer Straße 74.

Von sofort gesucht 43892
2 Ledersortiererinnen
für **Abfälle sortieren.**
3 Stepperinnen
für **Kraftbetrieb.**
Max Gebhardt,
Berlin-Tempelhof, Neuestraße 3.